

## Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

7. Sitzung vom 27. September 2010 • von 19.00 Uhr bis 00.45 Uhr • Casino Wohlen

---

**Vorsitz:** Arsène Perroud, Präsident

**Protokollführung:** Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz:** **Einwohnerrat**  
Mitglieder des Einwohnerrates: 35  
Absolutes Mehr: 20  
Zweidrittelsmehr: 26

**Gemeinderat**  
Walter Dubler, Gemeindeammann  
Matthias Jauslin, Vizeammann  
Toni Schürmann, Gemeinderat  
Paul Huwiler, Gemeinderat  
Urs Kuhn, Gemeinderat  
Bruno Breitschmid, Gemeinderat  
Ruedi Donat, Gemeinderat

**Weitere Anwesende**  
Christoph Weibel, Gemeindeschreiber  
Marcel Handler-Wegmann, Bauverwalter  
Florian Püntener, Bereichsleiter Hochbau  
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter  
Urs Spielmann, Leiter Soziale Dienste  
Ernesto Hitz, Schulverwalter  
Thomas Laube, Chef Gemeindesteueramt  
Werner Lüpold, Betriebsbeamter  
Marco Veil, Chef Regionalpolizei  
Beat Herzog, Leiter Reg. ZSO  
Marcel Christen, Feuerwehrkommandant  
René Bossert, Informatikverantwortlicher  
Franco Corsiglia, Schulpflegepräsident  
Guido Benz, Schulpflegemitglied

**Entschuldigungen**

Marc Läufer, SVP

Maja Meier, Freis Wohle

Tomi Schmid, Freis Wohle

Johannes Siebenmann, EVP

Eric Lütolf, CVP, trifft um 20.55 Uhr ein

Christian Lanz, SVP, trifft um 19.45 Uhr ein

## Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 12017 zum dringlichen Postulat 11051 der CVP  
„Welche Aufgaben muss die Gemeinde streichen, um bei einem Steuerfuss von 105 % eine gesunde Rechnung zu gewährleisten?“
3. Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Wohlen AG
4. Nachtragskredit 12019 (NK) IV – 2010 für Erneuerung Flachdach Gemeindehaus

Perroud Arsène, Präsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Wir behandeln heute den Voranschlag 2011. Offensichtlich haben viele Leute die Erwartung, dass die Sitzung morgen fortgesetzt wird, resp. dass der Einwohnerrat Wohlen heute nicht im Stande ist, den Voranschlag zu Ende zu diskutieren. Die Haltung hat mich etwas erstaunt, weil ich bis heute davon ausgegangen bin, dass wir bereits heute zu einem Schluss kommen werden. Ich bitte Euch also, im Sinne eines effizienten Ratsbetriebes, Eure Voten kurz und prägnant zu halten, damit wir auf die morgige Fortsetzung verzichten können. Ich erwarte vor allem, dass alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sowie Gemeinderäte heute Abend mit Anstand und Respekt politisieren. Es soll diskutiert werden, dafür gibt es das Parlament. Diskussionen um politisch unterschiedliche Positionen sind erwünscht und werden sogar freudig erwartet. Persönliche Anfeindungen sind jedoch nicht angebracht und zu unterlassen. Wir haben heute die jährlich grosse Aufgabe vor uns, über einen Voranschlag zu befinden, mit dem wir dem Gemeinderat die nötigen Mittel in die Hand geben, um Wohlen zu gestalten und zu entwickeln. Den Voranschlag abzusegnen bedeutet für uns alle eine grosse Verantwortung. Wir steuern die Entwicklung im nächsten Jahr für die Kleinstadt Wohlen. Es bedeutet, dass wir insbesondere die grossen Bögen des Finanzhaushaltes im Blick behalten müssen und dass wir z.B. die Zusammenhänge zum Finanzplan herstellen und auch bewerten müssen. Verantwortung können wir aber nur dann übernehmen, wenn wir Vertrauen in die ausführenden Instanzen, in die Verwaltung und in den Gemeinderat haben. Wir benötigen eine gewisse Grösse, um auch die Bedürfnisse der anderen zu berücksichtigen, dass wir einen Kompromiss suchen und eingehen können. Ich erinnere an dieser Stelle nochmals auf das Amtsgelübde, das wir alle hier abgelegt haben. *„Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates meine Verantwortung gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Gemeinde Wohlen zu fördern und den Gesetzen gemäss nach bestem Willen und Gewissen zu handeln.“* In diesem Satz stecken unglaublich viele Aussagen. Z.B. Verantwortung gegenüber Menschen wahrnehmen, die Wohlfahrt der Gemeinde Wohlen zu fördern oder nach bestem Willen und Gewissen zu handeln. Wenn wir diese Grundsätze einhalten, die wir in unserem Amtsgelübde abgelegt haben, bin ich überzeugt, dass die heutige Sitzung konstruktiv, respektvoll und mit gesundem Augenmass abgehalten werden kann. Der Erfolg der politischen Arbeit des Einwohnerrates Wohlen muss an dem gemessen werden, das sich positiv auf die gesamte Gemeinde und alle Einwohnerinnen und Einwohner auswirkt und nicht an dem, was verhindert oder vernichtet wurde. In dem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Sitzung.

---

Perroud Arsène, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 30. August 2010 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 12016 Kenntnisnahme Freiraumplanung Gemeinde Wohlen
- Bericht und Antrag 12017 zum dringlichen Postulat 11051 der CVP  
"Welche Aufgaben muss die Gemeinde streichen, um bei einem Steuerfuss von 105 % eine gesunde Rechnung zu gewährleisten?"
- Anfrage 12018 betreffend Bibliothek
- Bericht und Antrag 12019 Nachtragskredit (NK) IV - 2010 für Erneuerung Flachdach Gemeindehaus
- Einladung zur 7. Einwohnerratssitzung vom 27. September 2010
- Fiko-Bericht zum Voranschlag 2011
- Einladung zur Informationsveranstaltung der Schulpflege am 30. September 2010 (per E-Mail)
- Parkierungskonzept 2011 (per E-Mail)
- Motion 12020 der Grünen Wohlen betreffend Minergiegebäude auf Gemeindeland (liegt auf)
- Jugendratzytig

Wie Ihr vorhin an der Namensänderung von Marcel Wegmann unschwer erkennen konntet, hat er geheiratet. Am letzten Freitag war der glückliche Tag. Im Namen der Gemeinde Wohlen wünsche ich den beiden frischvermählten und immer noch frischverliebten Menschen alles Gute.

## Ordnungsantrag der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon

Bertschi Bruno, SVP: Vorab herzlichen Dank an den Präsidenten für die Eingangspredigt.

Die SVP-Fraktion verlangt eine Umstellung der Traktandenliste, und zwar wie folgt:

1. Voranschlag 2011
2. NK 12019 betr. Dachsanierung Gemeindehaus
3. B+A 12017 betr. Postulat der CVP

Begründung:

1. Der Voranschlag 2011 ist klar das Hauptthema der heutigen Sitzung.
2. Die Dachsanierung des Gemeindehauses ist dringend, weil es undichte Stellen gibt. Wir möchten nicht, dass dem lieben Hans Hufschmid bei seiner Arbeit noch Schwimmhäute wachsen.
3. Der B+A 12017 ist das Resultat des dringlichen Postulats 11051, welches vom 3. Mai 2007 stammt. Nachdem der Gemeinderat insgesamt über 1'200 Tage benötigte, um dieses Postulat zu bearbeiten, kann der vorliegende B+A wohl nicht diejenige Priorität geniessen, die ihm jetzt plötzlich gegeben wird.

Ich bitte Sie namens der einstimmigen SVP-Fraktion, unserem Begehren zuzustimmen.

Perroud Arsène, Präsident: Eine kurze Erläuterung über die Reihenfolge: Wir erachten die Beantwortung des Postulates als wichtige Grundlage für die Bearbeitung des Voranschlages. Natürlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass Bruno Bertschi und die SVP-Fraktion eine andere politische Meinung haben als ich. Wir werden hier nie auf einen Nenner kommen. Wir haben das so besprochen, dass wir diese Frage der Traktandenliste mit einer Abstimmung klären.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Nur eine Bemerkung, keine politische: Dass man das Traktandum vor den Voranschlag nimmt, ist eine politische Handlung. Das ist erlaubt. Wenn man aber sagt, man wolle morgen die Sitzung fortsetzen, wenn diese heute nicht rechtzeitig um 23.00 Uhr endet, haben wir von der SVP das Gefühl, man solle sinnvoll traktandieren und zwar so, dass der Voranschlag 2011 heute vor 23.00 Uhr beendet wird. Das wichtigste Geschäft des heutigen Abends ist der Voranschlag und nicht irgendeine anderen Sachen. Das ist rein sachlich argumentiert. Noch sachlicher ist es, Herr Präsident, wenn ich das Büro auf §9 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates hinweisen darf „*dass die Einladungen zu den Sitzungen mindestens 14 Tage vor den Sitzungen zuzustellen sind*“. Wenn wir also acht Tage vorher eine E-Mail erhalten, mit dem Hinweis, dass morgen eine Sitzung ist, ist es leider den meisten werktätigen SVP-Einwohnerräten nicht möglich, sich so zu organisieren, dass sie morgen kommen können. Falls wir morgen fortsetzen müssten, würde von uns die Hälfte fehlen. Man kann jetzt sagen, es spiele keine Rolle, ob der hohe Steuerfuss von zwölf oder von sieben Personen abgelehnt wird. Wenn ich die leeren Reihen bei Freis Wohle sehe, die bereits heute nicht kommen, obwohl es richtig angekündigt wurde, stelle ich mir vor, was das morgen für ein Trauerspiel gibt, wenn bei uns und auch bei anderen die Leute fehlen. Das kann es nicht sein. Nur aus dem sachlichen Grund, dass wir morgen die Sitzung gar nicht durchführen können, selbst wenn der Herr Präsident das möchte, wäre es sinnvoll, das Budget vorzuziehen und unseren Antrag zu unterstützen. Nicht aus politischen Gründen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir sind einverstanden mit dem Vorschlag des Präsidenten betreffend der Reihenfolge. Der Einwohnerrat hat bei der Abnahme des Geschäftsberichtes ausdrücklich gewünscht, dass der Vorstoss abgehandelt wird. Das wurde gemacht und ist jetzt sinnvoll. Wir bitten sie, den Antrag der SVP abzulehnen. Das erfreuliche

für den Präsidenten: Der Gemeinderat wird sich bemühen, dass heute Abend alle Traktanden abgewickelt werden können.

### **Abstimmung Ordnungsantrag**

*Der Ordnungsantrag der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon zur Änderung der Traktandenliste*

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 20 Nein Stimmen bei keinen Enthaltungen

abgelehnt.

**Bericht und Antrag 12017 zum dringlichen Postulat 11051 der CVP  
"Welche Aufgaben muss die Gemeinde streichen, um bei einem Steuerfuss von 105 % eine gesunde Rechnung zu gewährleisten?"**

---

Gregor Ariane, GPK: Die GPK schätzt die deutlichen Aussagen des vor uns liegenden Berichtes. Es war richtig und wichtig, dass der Einwohnerrat im Juni dieses Jahres dem GPK-Antrag gegen die Abschreibung des dringlichen Postulates gefolgt ist. Wie von der GPK vorgeschlagen wurde, sind die aktuellen Zahlen des Voranschlages 2011 als Grundlage erfasst worden. So haben wir nun ein wichtiges Dokument in den Händen, welches zukunftsweisenden Charakter hat. Die Informationen werden hoffentlich in die nachstehende Budgetdebatte einfließen.

Eigentlich ist es eine Zumutung, dass ein dringlich eingereichtes Postulat erst 3 Jahre später beantwortet wird. Glücklicherweise sind die im Postulat definierten Eckwerte aber auch nach 3 Jahren noch aktuell.

Aus der Vorlage ist zu entnehmen, dass wir bei einem wünschenswerten Steuerfuss von 105 % einen Ertragsausfall von über 2 Mio. Franken hätten. Der Nettoaufwand müsste nicht nur im Voranschlag 2011 um CHF 3.5 Mio. reduziert, sondern auch in den Folgejahren weiter verringert werden. Weiter müssten die Investitionen über die nächsten 10 Jahre auf rund CHF 14 Mio. beschränkt werden. Im aktuellen Finanzplan 2010 – 2014 sind schon CHF 68 Mio. als Investitionen eingeplant. Die Schlussfolgerung, welche aus dem gemeinderätlichen Bericht gezogen werden kann, ist, dass drastische Massnahmen ergriffen werden müssten, um die im Postulat definierten Rahmenbedingungen bei einem Steuerfuss von 105 % erfüllen zu können.

Die drastischen Massnahmen betreffen die noch nicht gesetzlich notwendigen Aufgaben aus dem Voranschlag 2011. Die Auflistung des Wahlbedarfes im Bericht ist erschreckend und würde bei einer Streichung einzelner oder aller Massnahmen ganz sicher die Attraktivität unserer Gemeinde massiv schmälern. Wollen wir einen Leistungsabbau?

Den Steuerfuss auf 105 % zu senken, ist in Anbetracht der heutigen finanziellen Lage der Gemeinde kaum möglich. In der GPK werden aber doch noch drei weitere Einsparungsmöglichkeiten aufgezählt. Unter anderem fehlt im vorliegenden Bericht das mögliche Sparpotential im Strassenunterhalt. Auch der Stellenetat in den einzelnen Abteilungen der Verwaltung könnte überprüft werden, Ausgangslage dafür bietet die OBT-Verwaltungsanalyse. Auch die Privatisierung des „Chinderhuus“ könnte vorangetrieben werden.

Für diese Sparvorschläge lieferte uns der GR die entsprechenden Unterlagen nach, aus denen wir Folgendes entnehmen können:

- Der Bericht „roadconsult“ zeigt auf, dass 86 % der Strassen mit gut oder ausreichend definiert sind und 14 % das Prädikat kritisch bis schlecht erhalten. Der Strassenunterhalt wurde bereits gekürzt, ist also unter den Empfehlungen der Fachspezialisten.
- Die Stellenetats in den einzelnen Verwaltungsbereichen sind laut GR gerechtfertigt.
- Und die Abklärungen betreffend Privatisierung „Chinderhuus“ sind am Laufen, eine konkrete Antwort kann in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt werden.

Mit unserem hohen Steuerfuss, so urteilen viele politisch denkende Personen, siedeln sich keine gutbetuchten Bürgerinnen und Bürger in Wohlen an, resp. sie ziehen weg. Nichts

desto trotz sind aber laut einer Statistik über Einkommensstrukturen in den letzten Jahren auch Personen mit Einkommen im oberen Steuersegment zugezogen.

Für die GPK ist klar, dass Wohlen als Zentrumsgemeinde nicht auf sämtliche als Wahlbedarf bezeichneten Aufgaben verzichten kann. Die Standortattraktivität würde darunter massiv leiden. Wir haben es heute in der Hand, allfällige konkrete Massnahmen im Rahmen der Behandlung des Voranschlages zu fordern.

Die GPK hat den vorliegenden Bericht zur Kenntnis genommen und stimmt dem Abschreiben des Postulates einstimmig zu.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Besten Dank für die Ausführungen der GPK-Präsidentin. Sie haben ausführliche Unterlagen erhalten. Ich möchte ein paar Ergänzungen und Erläuterungen machen, die Sie nicht in diesen Unterlagen finden.

Das Postulat gibt als Eckwerte einen Steuerfuss von 105 %, eine Belastungsquote von mindestens 10 %, eine Pro-Kopf-Verschuldung von höchstens CHF 2'500.00 und die Gewährleistung des Unterhalts an Gebäuden und Anlagen vor.

## *Eckwerte Postulat 11051*

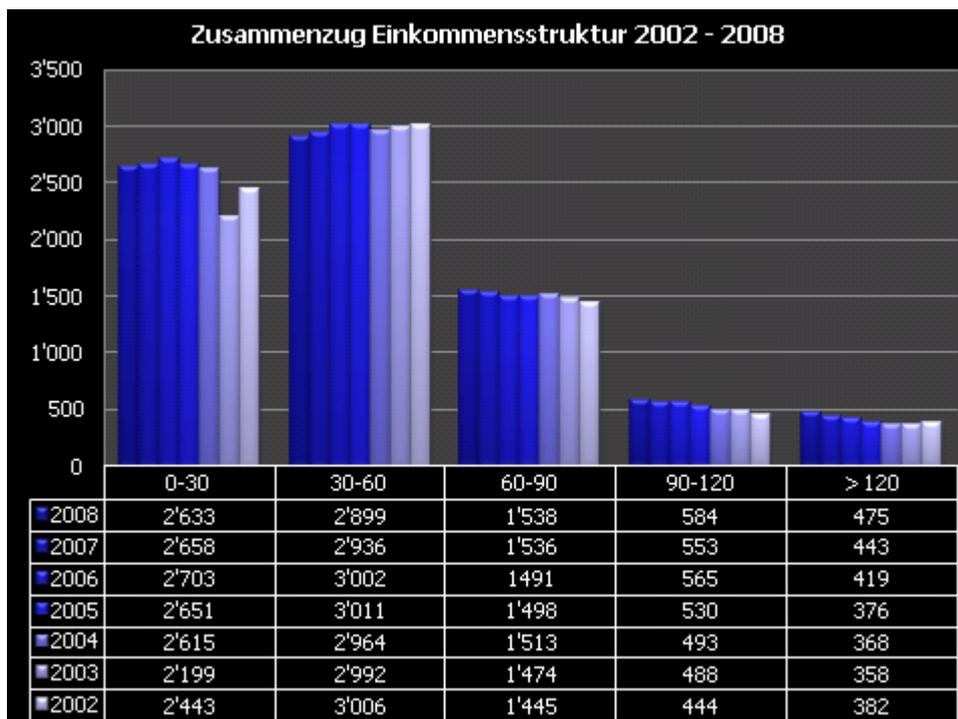
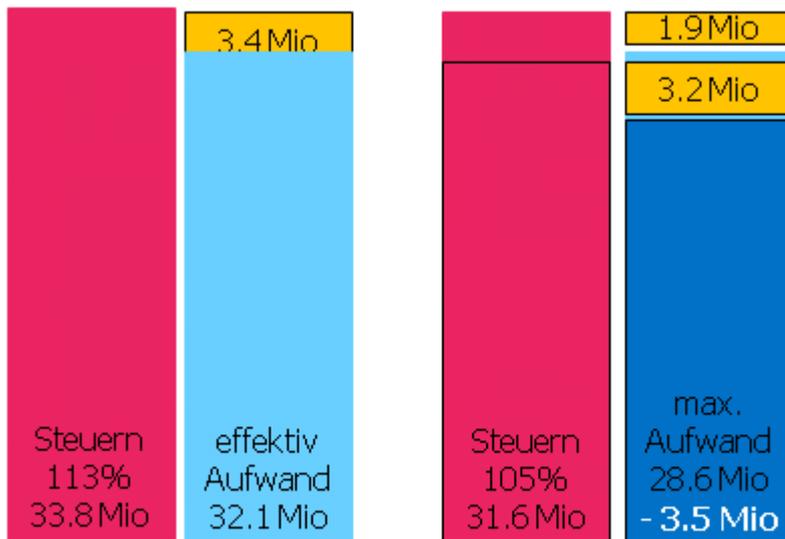


- Steuerfuss 105%
- Belastungsquote mindestens 10%
- Pro-Kopf-Verschuldung von höchstens Fr. 2'500
- Gewährleistung Unterhalt Gebäude und Anlagen



Diese Sachen haben Sie überwiesen. Es tut mir Leid, dass das 3 Jahre gedauert hat. Wir haben das im letzten Geschäftsbericht abschreiben wollen. Sie haben darauf bestanden, dass wir das noch etwas genauer betrachten.

*Erklärt untenstehende Grafik.*



Es wird immer erzählt, wie schlecht wir sind und dass alle reichen Leute wegziehen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Personen mit hohen Einkommen bedanken, die nicht wegziehen, sondern auch hierherziehen. Angeblich ist nicht nur der Steuerfuss entscheidend sondern auch andere Standortvorteile. *Erklärt obige Grafik.*

Die Behauptung, dass durch hohe Steuern die Leute wegziehen, kann so nicht belegt werden.

Behauptungen, vor allem auch in den Fraktionssitzungen waren: Das ist ja wahnsinnig, wenn wir die Prozente nicht heruntergehen mit dem Steuerfuss. Was heisst das überhaupt?

Fiktive Steuerfussreduktion 105%

Gemeinde  Wohlen

steuerbares Einkommen		60'000	
			(8%)
Tarif		A	B
Steuertarif	100%	Fr. 3'552.00	Fr. 2'070.00
<b>Steuerfüsse in %</b>			
<b>Wohlen ist</b>	<b>113%</b>	<b>Fr. 4'013.76</b>	<b>Fr. 2'339.10</b>
<b>Wohlen soll</b>	<b>105%</b>	<b>Fr. 3'729.60</b>	<b>Fr. 2'173.50</b>
Kanton Aargau	109%	Fr. 3'871.68	Fr. 2'256.30
Kath. Kirchensteuer	17%	Fr. 603.84	Fr. 351.90
<b>Total Wohlen ist</b>	<b>239%</b>	<b>Fr. 8'489.28</b>	<b>Fr. 4'947.30</b>
<b>Total Wohlen soll</b>	<b>231%</b>	<b>Fr. 8'205.12</b>	<b>Fr. 4'781.70</b>
<b>Entlastung in Fr.</b>		<b>Fr. -284.16</b>	<b>Fr. -165.60</b>
<b>Entlastung in %</b>		<b>-3.35</b>	<b>-3.35</b>

Tarif A = Alleinstehende; Tarif B = Verheiratete und Alleinstehende mit Kinder



Fiktive Steuerfussreduktion 105%

Gemeinde  Wohlen

steuerbares Einkommen		90'000	
			(12%)
Tarif		A	B
Steuertarif		Fr. 6'442.00	Fr. 4'420.00
<b>Steuerfüsse in %</b>			
<b>Wohlen ist</b>	<b>113%</b>	<b>Fr. 7'279.46</b>	<b>Fr. 4'994.60</b>
<b>Wohlen soll</b>	<b>105%</b>	<b>Fr. 6'764.10</b>	<b>Fr. 4'641.00</b>
Kanton Aargau	109%	Fr. 7'021.78	Fr. 4'817.80
Kath. Kirchensteuer	17%	Fr. 1'095.14	Fr. 751.40
<b>Total Wohlen ist</b>	<b>239%</b>	<b>Fr. 15'396.38</b>	<b>Fr. 10'563.80</b>
<b>Total Wohlen soll</b>	<b>231%</b>	<b>Fr. 14'881.02</b>	<b>Fr. 10'210.20</b>
<b>Entlastung in Fr.</b>		<b>Fr. -515.36</b>	<b>Fr. -353.60</b>
<b>Entlastung in %</b>		<b>-3.35</b>	<b>-3.35</b>

Tarif A = Alleinstehende; Tarif B = Verheiratete und Alleinstehende mit Kinder



steuerbares Einkommen		200'000	
			(18%)
Tarif		A	B
Steuertarif		Fr. 17'867.00	Fr. 14'835.00
<b>Steuerfüsse in %</b>			
<b>Wohlen ist</b>	<b>113%</b>	<b>Fr. 20'189.71</b>	<b>Fr. 16'763.55</b>
<b>Wohlen soll</b>	<b>105%</b>	<b>Fr. 18'760.35</b>	<b>Fr. 15'576.75</b>
Kanton Aargau	109%	Fr. 19'475.03	Fr. 16'170.15
Kath. Kirchensteuer	17%	Fr. 3'037.39	Fr. 2'521.95
<b>Total Wohlen ist</b>	<b>239%</b>	<b>Fr. 42'702.13</b>	<b>Fr. 35'455.65</b>
<b>Total Wohlen soll</b>	<b>231%</b>	<b>Fr. 41'272.77</b>	<b>Fr. 34'268.85</b>
<b>Entlastung in Fr.</b>		<b>Fr. -1'429.36</b>	<b>Fr. -1'186.80</b>
<b>Entlastung in %</b>		<b>-3.35</b>	<b>-3.35</b>

Tarif A = Alleinstehende; Tarif B = Verheiratete und Alleinstehende mit Kinder



Sie können bei einer Steuerfussreduktion nicht einfach sagen, ich zahle CHF 40'000.00 Steuern. Mit 113 %, dann ziehe ich 5 % Steuersenkung ab und aufrechnen auf die effektive Zahl – das funktioniert so nicht.

Ich möchte aber auch für diejenigen, die das nicht so stark betrifft, einen Aufruf machen. Auch diese Personen müssen verstehen, dass wenn jemand über CHF 200'000.00 verdient und das versteuern muss, für ihn der Betrag höher wird, und zwar nicht linear. Es macht etwas aus. Denken Sie bei Entscheidungen mit, dass ein gut verdienender etwas für die Allgemeinheit tut, aber von der Stimmkraft her nicht dieselbe Kraft hat, wie diejenigen, die CHF 0.00-30'000.00 versteuern.

## Schlussfolgerung

- Wahlbedarf LR von 011 ER bis 570 Bifang aufgelistet
- Minderausgaben und Mehreinnahmen aufgelistet
- 105% und BQ 10% drastische Massnahmen nötig
- Gemeinderat hält an beschlossenen Aufgaben fest
- Gemeinderat erkennt grossen Investitionsbedarf
- Gemeinderat will Attraktivität gemäss Leitbild fördern
- Gemeinderat stellt keine Pseudosparanträge auf Kosten der Attraktivität und auf Kosten von Leistungen
- Gemeinderat bittet um Kenntnisnahme und Abschreibung



## Fraktionsmeinungen

Wüthrich Beat, Grüne: Der Bericht zeigt deutlich, dass ein tieferer Steuersatz für Wohlen nicht in Frage kommt. Der grösste Teil der Ausgaben der Gemeinde ist gebunden. Und wenn wir alles streichen, worüber wir noch selber bestimmen können, wo bleibt dann noch die Attraktivität von Wohlen?

Dass wir als Einwohner von den attraktiven Angeboten einer Zentrumsgemeinde profitieren können, hat seinen Preis. Dass auch Nachbargemeinden teilweise profitieren, ohne etwas zu den Kosten beizutragen, ist störend und sollte vom Gemeinderat angegangen werden. Dies gerade im Zusammenhang mit den grossen Aufgaben in unsere Infrastruktur, die in den nächsten Jahren anstehen.

Die Attraktivität von Wohlen kann nur erhalten oder gar gesteigert werden, wenn genügend Mittel zur Verfügung stehen, und das heisst, der Steuerertrag gesteigert werden kann. Ein Weg dazu soll ja die Ansiedlung neuer, guter Steuerzahler sein. Gerade das wird nicht gelingen, wenn Wohlen alles abschafft, was unsere Gemeinde attraktiv macht. Und welcher gute Steuerzahler wird schon in eine Gemeinde ziehen, die in wenigen Jahren ihre Ausgaben nicht mehr decken können.

Wir Grünen stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu, das Postulat als erledigt zu erklären.

Roeleven Corina, CVP: Zu diesem Postulat etwas vorweg: Es ist schon erstaunlich, wie dringlich ein „dringliches Postulat“ vom Gemeinderat behandelt wird. Dieser Verspätung wird glücklicherweise damit etwas Wind aus den Segeln genommen, indem der Gemeinderat das aktuelle Budget zur Behandlung des Postulats beigezogen hat. Über die alten Zahlen aus dem Voranschlag 2008 bzw. Finanzplan 2007-2011 zu diskutieren, erübrigt sich drei Jahre später ja wirklich. Zudem zeigten die drei Jahre mit einem Steuerfuss von 113%, dass sich die Lage keineswegs verbessert hat.

„Welche Aufgaben muss die Gemeinde streichen, um bei einem Steuerfuss von 105% eine gesunde Rechnung zu gewährleisten?“ Im Falle von Wohlen lässt sich diese Frage nicht einfach beantworten. Laut Bericht des Gemeinderats muss der Nettoaufwand um rund CHF 3,5 Mio. reduziert werden. Die Auflistung des Wahlbedarfs gibt uns darüber Auskunft, auf welche Angebote die Gemeinde Wohlen inskünftig verzichten müsste. Nebst Schulsozialarbeit, die das Volk gerade in diesem Jahr angenommen hat, Kindergarten für 5jährige, der ab 2013 verbindlich sein soll und Blockzeiten, die im Sinne einer familienergänzenden Betreuung der Verwahrlosung von Kindern entgegensteuern soll, steht auch der Einwohnerrat selbst auf dieser Liste.

Wir von der Fraktion CVP sind wie der Gemeinderat der Meinung, dass Wohlen kaum auf die aufgelisteten Aufgaben verzichten kann, ohne nicht an Attraktivität einzubüssen. Dennoch sehen wir Möglichkeiten, die Rechnung der Gemeinde zu optimieren. Beispielsweise die Privatisierung des Chinderhuus sollte mit allen Mitteln zu realisieren versucht werden. Diese und andere Möglichkeiten wurden bereits seitens der GPK diskutiert und der Gemeinderat hat zu diesen Fragen Stellung genommen.

Das Angebot an Bildung, Kultur und Sport trägt zur Attraktivität des Regionalzentrums Wohlen bei. In seiner Antwort stellt der Gemeinderat richtig fest, dass jedoch gerade diese zusätzliche Infrastruktur in Wohlen für eine steuerliche Mehrbelastung sorgt. Für uns stellt sich nicht die Frage, inwiefern dieses Angebots notwendig ist, sondern wie stark Nachbargemeinden, die davon profitieren, ausgeprägter zur Kasse gebeten werden müssen. Um endlich weiter zu kommen, müssen nicht Massnahmen zu Kosteneinsparungen diskutiert

werden, die zu Lasten der Attraktivität gehen. Im Gegenteil: Die Frage ist, wie Wohlen neue Einkünfte generieren kann. Dass die Senkung des Steuerfusses ein falscher Ansatz ist bzw. für gute Steuerzahler in diesem Umfang nicht ins Gewicht fällt, zeigen zahlreiche Untersuchungen. Wir werden sicherlich bei der Behandlung des Budgets noch näher darauf eingehen.

Kurz zusammengefasst: Ich kenne keine Gemeinde, die über eine schlechte Qualität in ihrer Infrastruktur verfügt und gleichzeitig tiefe Steuern erheben kann.

Zurück zum Postulat: Die Frage nach den Massnahmen zur Realisierung eines Steuerfusses von 105% erachten wir als beantwortet. Die Fraktion der CVP nimmt den Bericht des Gemeinderates zur Kenntnis und erklärt das Postulat 11051 einstimmig als erledigt.

Bertschi Bruno, SVP: Unsere Fraktion ist für die Abschreibung des Postulates, damit wir das auf der Pendenzenliste nicht mehr betrachten müssen. Es kann uns dann auch niemand mehr vorgaukeln, ein tieferer Steuerfuss sei nicht möglich. Im Prinzip wäre die Behandlung des Postulates unserer Meinung nach nicht nötig gewesen. Solange der Gemeinderat den Sparwillen dokumentiert, den er im neuen Voranschlag ausweist, muss über ein solches Thema gar nicht mehr diskutiert werden. Wir möchten das abgeschrieben haben.

Manimanakis Corinne, SP: Ich gebe die Meinung der SP zum Postulat der CVP bekannt zum leidigen Thema, was passiert, wenn der Steuerfuss auf 105% gesenkt werden würde. 3 Jahre hat es gedauert, bis das Anliegen beantwortet wurde. Aber es ist nicht weniger aktuell, wie das Ergebnis zeigt.

Denn interessanter Weise stehen grosse Sanierungen wie Badi, Eisbahn an. Das Gemeindehaus soll jetzt schon auf die lange Bank geschoben werden, weil die Finanzen es nicht zulassen, dieses zum jetzigen Zeitpunkt zu sanieren. Wie im Bericht zu sehen ist, stehen zudem Veränderungen für eine bedarfsgerechte familienergänzende Betreuung ab 2013 an, sowie auch der zweijährige Kindergartenbesuch soll verbindlich sein. Dies sind also schon mal Kosten, die auf die Gemeinde zukommen werden und woran sich nichts rütteln lässt.

Wenn wir von der SP die Auflistung des Wahlbedarfs sehen, welche nicht mehr finanziert werden könnten bei einem Steuerfuss von 105 %, tut uns das im Herz weh. Alle die Sachen die uns am Herzen liegen und ganz sicher jeder Familie, könnten nicht mehr sein.

Was würde passieren wenn all diese attraktiven Angebote nicht mehr in Wohlen angeboten werden könnten? Wäre Wohlen dann noch attraktiv?

Bei gesundem Menschenverstand würde man den Steuerfuss auf 115% ansetzen, und keinesfalls senken! Denn auch die Anfrage der GPK hat ergeben, dass man beim Strassenunterhalt nicht sparen kann. Dort wird nämlich schon unter dem Minimum repariert und unterhalten. Nicht besser sieht es bei der Frage aus, ob an Stellen eingespart werden könnte, im Bereich Zivildienst oder gar Betreibungsamt. Die Antwort ist klar nein, weil dort nämlich seit Jahren nicht mehr aufgestockt wurde und die Arbeit garantiert nicht weniger wurde.

Bei den Massnahmen, wie die Minderausgaben und Mehreinnahmen herbeigeführt werden könnten, steht zuoberst: Einführung Grüngebühren. Mich wundert, wer da dagegen war. All die baulichen Unterhalte die nicht mehr getätigt werden könnten, wären logischerweise nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. All die Gemeindebeiträge für Vereine, die für Wohlen Gutes tun und mit diesen oft ehrenamtlichen Arbeiten, zum Gemeinwohl beitragen, denen würde keine Wertschätzung mehr entgegen gebracht werden.

Dieser Schuss könnte böse nach hinten los gehen. Denn diese tragen dazu bei, dass Wohlen funktioniert und gute Angebote hat. Das ist sicher ein Gewinn.

Ach ja, die Weihnachtsbeleuchtung würde auch nicht mehr die Strassen in der Adventszeit schmücken.

Zudem finde ich es schade, wenn man dem Gemeinderat immer wieder vorwirft, er hätte keinen Sparwillen. Wenn man aus Wohlen etwas Gutes machen und sich positiv entwickeln will, benötigt man diese finanziellen Mittel.

Wir von der SP sehen nur einen Weg, wie die Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen gehalten werden kann. Man müsste den Steuerfuss eher anheben, aber auf keinen Fall auf 105 % senken.

## Einzelvoten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Dass die Sozialdemokraten, die CVP und die Grünen eine sozialistische Hochsteuerpolitik sehr gut finden, ist logisch. Es war ja auch das Ziel der SP, sie haben im Jahre 2005 bereits eine Motion eingereicht, dass der Steuerfuss auf 110 % ausgerichtet werden muss. Was ist passiert? Man hat es fertig gebracht, diesen auf 115 % zu heben, obwohl das Volk dies abgelehnt hat mit 80 % Mehrheit. Dann ist er auf 113 % runter. Dann sind die Voranschläge beim Volk durch. Nun haben wir ein sozialistisches Paradies und jedes Jahr gibt es mehr Stellen. Die Reihe hier hinten wird jedes Jahr länger, jetzt müssen wir anbauen, die reicht nicht mehr für die Chefbeamten. Jedes Jahr drei bis acht Stellen mehr, jede Einwohnerratssitzung ein bis zwei Stellen mehr, nebst den anderen Ausgaben. Sozialismus pur.

Wenn selbst Niederwil, das an einem Schattenhang liegt, einen Steuerfuss von 95 % möglich macht. Und das nicht auf dem Buckel von Wohlen und den zentralörtlichen Leistungen. Sondern Dank Disziplin, Sparwillen und bescheidenen Gemeinderäten und vielleicht auch bescheidenen Bürgern. Eventuell ist dort die Anspruchsmentalität tiefer. Dann sollten auch wir das fertig bringen. Rundherum kann man das beobachten. Uezwil hat sogar einen tieferen Steuerfuss als wir. Irgendwo wird es beinahe lächerlich.

Wenn Gemeinderat Jauslin uns eine Skala zeigt, die bei CHF 120'000.00 endet. Was ist CHF 120'000.00 steuerbares Einkommen? Das ist der unterste Mittelstand, der auch beinahe am Verarmen ist. Man spricht ja nicht von einem Ein-Personen-Haushalt. Diese Familien haben vier oder fünf Personen. Das ist dieser Pro-Kopf-Steuerertrag von beinahe unter CHF 2'000.00. Der Durchschnitt ist ja in Wohlen CHF 2'000.00, auf 100 % heruntergemittelt, wenn man diese CHF 10'000.00 nimmt. Das sind nicht die wahnsinnig Attraktiven. Ich verlange vom Gemeinderat, wenn er eine Statistik zeigt, dass auch gezeigt wird, wie viele über CHF 160'000.00, wie viele über CHF 250'000.00 und wie viele über CHF 400'000.00 verdienen. Ab CHF 160'000.00 wird es interessant. Erstens sind das die attraktiven Steuerzahler und nicht der unterste Mittelstand, der am Verarmen ist. Zweitens wollen wir die Entwicklung sehen seit 2002. Nicht bei CHF 120'000.00 aufhören. Die Tabelle wäre informativer, wenn bei CHF 120'000.00 die erste Limite angesetzt würde, dann auf CHF 200'000.00, dann auf CHF 300'000.00 und dann auf CHF 500'000.00. Eine Behörde sollte umfassend, sachlich und objektiv informieren.

Mich würde auch interessieren, was die Freisinnigen zu diesem Thema meinen. Das ist ja eine sogenannte bürgerliche Partei. Die letzten drei Sätze des Gemeinderates als Beruhigungstablette für diejenigen die über CHF 120'000.00 versteuern. Das ist eine Diskriminierung, die hier stattfindet und zwar langfristig. Das ist schlecht für unsere Gemeinde.

Keller Anna, Grüne: Das ist sicher so, dass Uezwil günstiger ist. Dort hat es aber auch kein Schwimmbad, keine Eisbahn und auch keine Kantonsschule. Dann müsste man als Familie rechnen, wie oft man mit Kindern hin und her fährt. Spätestens ab der Bezirksschule benötigen sie ein Busbillet oder ein Velo. Wenn sie dann auch noch ins Schwimmbad oder auf die Eisbahn möchten, ebenfalls. Oder man fährt selber ständig hin und her. Dann sind die paar hundert Franken, die man mehr versteuert, schnell weg.

*19.45 Uhr: Christian Lanz trifft ein.*

Gregor Ariane, CVP: Dieser Bericht und Antrag zeigt klar auf, worauf wir alles verzichten müssten, wenn der Steuerfuss auf 105 % gesenkt würde. Auf was müssten wir alles verzichten bei 99 %? Vielfach wurde schon erklärt, dass die Standortattraktivität unserer Gemeinde leiden würde.

Ich fordere die SVP auf, einen Zehnjahresplan mit ihrem gewünschten Steuerfuss auf den Tisch zu legen und aufzuzeigen, welche Investitionen getätigt werden können, respektive nicht. Hört endlich mit diesen populistischen Forderungen auf und gebt dieser Gemeinde mit ihren Stärken und Schwächen endlich die Chance, die sie als attraktive Gemeinde mit Zentrumsfunktion im Freiamt verdient.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Wir sind der Meinung, dass es nicht realistisch ist, wenn wir jetzt kurzfristig den Steuerfuss auf 105 % senken würden. Es wäre tatsächlich nicht attraktiv, wenn Wohlen sofort auf alle Massnahmen im Wahlbedarf verzichten müsste. Wir sind aber ganz klar der Meinung, dass der Gemeinderat weiterhin mehr Sparwillen zeigen sollte und als Langfristaufgabe betrachten sollte, wie man den Steuerfuss senken könnte. Dazu gehört auch Standortförderung, Attraktivität, Sprechen mit den Nachbargemeinden, damit die Lasten, die eine Zentrumsgemeinde trägt, gleichmässiger verteilt werden können. Ich werde deshalb dieser Abschreibung zustimmen. Wir bitten aber den Gemeinderat, die Aufgabe in Zukunft nicht aus den Augen zu lassen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich wurde vorhin direkt angesprochen von Herrn Gallati. Ich spiele mit sehr offenen Karten. 2008 war mein steuerbares Einkommen bei CHF 209'000.00. Ich habe rund CHF 40'000.00 Steuern bezahlt. Davon ging ein Teil an die Einwohnergemeinde Wohlen, der andere Teil an den Kanton Aargau und ein kleiner Teil an die reformierte Kirche. Wenn man meint, als Gemeinderat könne man nur auf das eigene Portemonnaie schauen, liegen die Einwohnerräte falsch. Meine Verantwortung ist viel grösser als nur zu schauen, dass mein Säckli nicht dünner wird. Ich muss nicht schauen, dass ich CHF 2'000.00 pro Jahr einsparen kann. Meine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Gemeinde Wohlen auch in fünf und in zehn Jahren noch existiert und gut dasteht. Genau diese Verantwortung hat mir der Stimmbürger übergeben und der gesamte Gemeinderat will diese Verantwortung übernehmen. Einfach nur aus Effekthascherei die Steuern herunterschrauben, kann nicht die Verantwortung des Gemeinderates sein. Wenn der Einwohnerrat diese Verantwortung übernehmen will, liegt das bei ihm. Interessant ist die Aussage, dass Niederwil einen tieferen Steuerfuss habe. Das nützt Niederwil gar nichts. Wenn man dort alle Aktiensteuern abrechnet und dann dies durch die Anzahl Einwohner teilt, sieht man, welche sozialen Schichten einkommenstechnisch in Niederwil wohnen. Man kommt auf die interessante Zahl, dass diese tiefer ist als in Wohlen. In Wohlen verdienen die Leute im Schnitt eigentlich mehr als in Niederwil. Was nützt nun ein tiefer Steuerfuss in einem Schattenloch, wenn die Leute nicht dort wohnen wollen? Tut mir Leid. Wir müssen schauen, dass wir unsere Standortvorteile packen können, ausspielen und damit auch attraktiv für unsere Nachkommen sind.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Das war ein interessantes Votum vom Gemeinderat Matthias Jauslin. Ich danke bestens für die Offenlegung der persönlichen Steuerverhältnisse. Das war nicht unsere Frage und interessiert hier niemanden, zumindest niemanden von der SVP.

Die Frage war: Wie viele Steuerpflichtige gibt es in Wohlen statistisch seit 2002, die über CHF 120'000.00, über CHF 160'000.00 steuerbares Einkommen haben. Wir wissen, dass dem Gemeinderat die Zahlen vorliegen. Wir verlangen eine umfassende, offene Information. Wahrscheinlich wäre es Matthias Jauslin jetzt möglich, in seinem Ordner nachzuschauen, wie viele es gibt und er könnte das spontan mitteilen. Die Frage war wirklich nicht, wie viel er versteuert. Aber ich finde es gut, dass er richtig Steuern zahlt, das ist erfreulich. Niederwil würde ich persönlich nicht beleidigen und ich würde auch nicht beim durchschnittlichen Steueraufkommen das Gewerbe abziehen. Bei der Formel wie das berechnet wird, zählen diese Steuern ebenfalls dazu, das ist eine kantonale Sache und das können wir nicht beeinflussen. Das ist selektiv, wenn wir das Gewerbe abziehen. Es ist aber erfreulich, wenn Niederwil ein starkes Gewerbe hat.

Ariane Gregor hat im Namen der CVP die Frage gestellt, welche Investitionen gestrichen werden sollten. Die könnten wir beantworten, wenn wir über den Finanzplan diskutieren würden. Dieser liegt leider noch nicht vor. Eigentlich sollte zuerst das Legislaturprogramm und der Finanzplan vorgelegt werden, der Gemeinderat hat allerdings beides noch nicht gemacht. Die Gemeinde Niederwil hat übrigens ein Legislaturprogramm. Alle anderen Gemeinden, die ein Legislaturprogramm wollen, haben eines. Wir werden den aktuellen Finanzplan nach dem Voranschlag zu behandeln, obwohl wir alle wissen, dass dies falsch ist. Die SVP bezieht klar Position zu den Investitionen, die sie ablehnt. So sind wir beispielsweise gegen das neue Friedhofsgebäude. Es wäre schön, das zu machen, aber wir lehnen solche Investitionen konsequent ab. Wir lehnen auch Stellen wie die Schulsozialarbeit ab. Ich glaube, wir haben in den letzten zwei bis drei Jahren bloss bei der Polizei und beim Betreibungsamt für einen Stellenausbau gestimmt. Ich sage ganz offen, dass wir wahrscheinlich auch die Badi und die Kunsteisbahn ablehnen werden. Wir wollen zuerst den Steuerfuss senken. Seit 2004, Ariane Gregor, hätte die Gemeinde mit einem Steuerfuss von 99 % jedes Jahr einen Überschuss erzielt. Das kann man nicht wegdiskutieren, das stimmt leider.

## **Abstimmung**

Der gemeinderätliche Antrag

*Der Einwohnerrat möge den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen und das Postulat 11051 als erledigt zu erklären.*

wird einstimmig angenommen.

---

Perroud Arsène, Präsident: Der Voranschlag wird wie folgt behandelt: Zuerst nimmt die Fiko zum Voranschlag Stellung. Anschliessend spricht für den Gemeinderat Matthias Jauslin. Dann werden wir zu den allgemeinen Fraktionserklärungen schreiten. Während der Detailberatung werden Anträge jeweils direkt diskutiert und darüber abgestimmt. Die Anträge sind dem Ratsbüro schriftlich abzugeben. Ich danke für die Anträge, die wir bereits im Voraus erhalten haben. Anträge zum Steuerfuss werden vor der Schlussabstimmung behandelt. Liegen verschiedene Anträge mit unterschiedlichen Forderungen zum gleichen Thema vor, werden zuerst die beiden Anträge aus dem Einwohnerrat gegenübergestellt. Der Antrag, der obsiegt, wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt.

Erb Otto, Fiko-Präsident: Der Finanzkommission obliegt gemäss dem Gemeindegesetz die Prüfung des Voranschlages. Sie hat in einer ersten Phase in Arbeitsgruppen die Budgets der einzelnen Dienstabteilungen überprüft sowie eine Gesamtanalyse des Voranschlages vorgenommen.

Detailfragen wurden mit der Verwaltung und an einer Sitzung mit dem Vorsteher Finanzen, Vizeammann Matthias Jauslin, und Finanzverwalter Gregor Kaufmann besprochen und grösstenteils geklärt. Die Themen an der Sitzung mit dem Gemeinderat waren die Budgetziele, die zeitliche Abfolge von Finanzplan/Voranschlag und das Standortmarketing.

Die Finanzkommission dankt dem Gemeinderat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Mitarbeit am umfangreichen und informativen Voranschlag sowie für ihre Unterstützung bei unseren Prüfungsarbeiten.

Ebenfalls hat die Revisionsstelle der Gemeinde, die BDO AG, mit Herrn Martin Leuthard, den Voranschlag gesichtet, die Formalität beurteilt und die Zahlen in den Bereichen Steuerertrag, Abschreibungen und Nettoaufwand plausibilisiert.

Im Anschluss an ihre Prüfungsarbeit hat die Finanzkommission den Bericht und Antrag erarbeitet, der Ihnen allen vorliegt.

Ich werde darauf verzichten, den Bericht in allen seinen Details zu wiederholen.

Die relevanten Zahlen wird Ihnen Matthias Jauslin im Anschluss an mein Votum erläutern.

Ich werde mich auf den Ablauf des Budgetprozesses, das Ergebnis, sowie den Steuerfuss kurz einlassen.

Im Gegensatz zu anderen Gemeinden, die erst vor kurzem mit der Budgetierung für das Jahr 2011 begonnen haben, ist für die Gemeinde Wohlen bereits die Beratung über den Voranschlag 2011 angesagt. Meines Wissens nach ist sie eine der ersten Gemeinden im Kanton.

Durch die langen Vorlaufzeiten im Rahmen des ganzen Prozesses, wird in Wohlen bereits kurz nach Anfang des neuen Jahres mit der Budgetierung begonnen und bereits im April müssen die einzelnen Abteilungen ihre Budgetblätter eingereicht haben.

Zwar können bis zur Verabschiedung durch den Gemeinderat noch Korrekturen vorgenommen werden, aber diese bewegen sich in einem kleinen Bereich. Zudem werden gewisse statistische Zahlen des Kantons erst im Laufe des Sommers veröffentlicht, was eine so frühe Budgetierung umso schwieriger macht.

Trotz allen Unwägbarkeiten gelingt es unserer Finanzverwaltung immer wieder ein Budget zu erstellen, bei dem sich die Abweichungen in der jeweils nachfolgenden Rechnung im Bereich von +/- 10 % bewegen. Dies ist doch auch mal eine Erwähnung wert.

### **Zum Ergebnis des Voranschlags:**

Das Ergebnis des Voranschlages 2011 mit zusätzlichen Abschreibungen von CHF 1.72 Mio. kann die Finanzkommission nicht befriedigen, weil die Kommission daran festhält, dass für die Gemeinde Wohlen ein Cash-Flow von über CHF 3 Mio. notwendig wäre.

Der Gemeinderat hatte es sich zum Ziel gesetzt, diese mehr als CHF 3 Mio. zu erreichen. Leider hat er das aus verschiedenen Gründen nicht geschafft. Zum einen ist mit den vom Kanton an die Gemeinden delegierten, zusätzlichen Kosten der Pflegefinanzierung, im Falle von Wohlen CHF 1.015 Mio., ein happiger Brocken zu verdauen.

Zum anderen haben weitere Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen wie Sonderschulung/Heimaufenthalte, Personalaufwand, Berufsbildung und Regionalverkehr ebenfalls dazu beigetragen.

Gerade aber weil dieses wichtige Budgetziel nicht erreicht worden ist, fehlt der Finanzkommission ein wirksamer Massnahmenkatalog, der auch im Voranschlag aufgeführt wird. Vielleicht ist ja im entstehenden Legislaturprogramm ein entsprechendes Kapitel vorhanden.

### **Zum Steuerertrag:**

Gemäss den kantonalen Einschätzungen wird der Steuerertrag der natürlichen Personen im Jahre 2011 rund 2.5 % höher ausfallen als im Jahr 2010. Da in Wohlen der Steuerertrag in den Vorjahren immer tiefer ausgefallen ist als der kantonale Durchschnitt, rechnet man mit einem Anstieg von 1.5 % auf CHF 33.83 Mio. Steuerertrag.

Diese Schätzung dürfte sich als realistisch erweisen.

Da der Aktiensteuerertrag nicht vom Gemeindesteuerfuss abhängt, sondern von den Erträgen der Gesellschaften, ist hier wohl die vorsichtige Budgetierung sicher der richtige Weg. Sollte sich ein Mehrertrag einstellen, sagen wir nicht nein dazu.

### **Anträge:**

Die Finanzkommission stellt keine Anträge im Rahmen des Voranschlages 2011.

### **Und jetzt noch zum Thema Steuerfuss:**

Nach der mehrheitlichen Meinung der Finanzkommission ist eine Reduktion des Steuerfusses im Moment nicht realistisch.

Mit den Mehrausgaben, die vom Kanton jetzt und in den nächsten zwei bis drei Jahren auf die Gemeinden abgewälzt werden, sowie den anstehenden Investitionen wäre es unver-

antwortlich, den Steuerfuss zu senken. Man bedenke, dass nach dem immer noch gültigen Finanzplan 09 – 13 das Investitionsvolumen in den nächsten vier Jahren immer noch rund CHF 50 Mio. beträgt.

Seit dem Abschluss der Budgetdebatte in der Finanzkommission und der heutigen Sitzung, ist mir die Richtigkeit dieser Annahme durch verschiedene Zeitungsartikel bewusst geworden. Etliche Gemeinden in unserer näheren und weiteren Umgebung werden ihren Bürgerinnen und Bürgern nämlich eine Steuerfusserhöhung beantragen müssen. Dies eben in direktem Zusammenhang mit den angesprochenen Mehrausgaben der Pflegefinanzierung etc.

Die von verschiedenen Seiten angedachte, allfällige Senkung des Steuerfusses hätte, wenn wir die vorliegenden Zahlen ehrlich beurteilen, zudem zur Folge, dass wir uns ab den Jahren 2013/2014 in einen Aufwandüberschuss, sprich in ein Defizit, hinein manövrieren. Das hätte übrigens auch einen eklatanten Anstieg der Schulden zufolge und würde die Leistungsfähigkeit der Gemeinde extrem einschränken.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung: In diesem Rat wird immer wieder von den Fehlern unserer politischen Vorfahren gesprochen. Senken wir jetzt aber den Steuerfuss, begehen wir den gleichen Fehler und hemmen die Weiterentwicklung unserer Gemeinde. Und das wollen wir doch alle nicht.

Zum Schluss möchte die Finanzkommission ihre Empfehlung aus dem Bericht nochmals in Erinnerung rufen: Es muss unbedingt das Ziel einer zukünftigen Finanzstrategie des Gemeinderates sein, den Steuerertrag sowohl bei den natürlichen, wie auch bei den juristischen Personen zu erhöhen.

Die Finanzkommission beantragt ihnen, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, mit 3 zu 2 Stimmen, (bei 1 Enthaltung und 1 krankheitsbedingter Absenz) die Annahme des Voranschlages 2011 der Einwohnergemeinde Wohlen mit einem Steuerfuss von 113%.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich möchte mich bei Herrn Otto Erb herzlich für seine Ausführungen bedanken.

### *wichtig zu wissen...*



- **Nettoaufwand von Fr. 32.1 Mio. (+ 7.6 % zum Vorjahr)**
- **5.5 neue bewilligte Stellen (3 Schusoa, 2 REPOL, 0.3 Betr., 0.2 Musikschule)**
- **0.4 Stellen zusätzlich mit Voranschlag (0.2 Bauverwaltung, 0.2 Kusek)**
- **Erhöhung Lohnsumme Personal um 1% beantragt**
- **Kennzahlen AG Gesamtsumme i.O. (18 Wohlen, Max=24 Min=12)**
- **Aufgabenteilung Kanton-Gemeinde rund 1.3 Mio Fr. Mehrbelastung**
- **Ein Steuerprozent entspricht rund Fr. 275'000.-**
- **Steuerertrag Budget 2010 wird knapp (Stand Aug: 86.96% / VJ 97.43%)**
- **Zuschuss Steuergelder Abfallbeseitigung Fr. 948'500.- (3.4 Steuer %)**
- **Cash-Flow Mittel für Abschreibung, Investitionen, Schuldenabbau**
- **Voranschlag 2014 voraussichtlich HRM2 (neues Rechnungslegungsmodell)**



Wenn Ihr das Gefühl habt, es sei etwas in einem anderen Konto: Wir hatten letztes Mal die Schule mit der Aufteilung Bez., Sek. Real. HRM2 wird einen ganz anderen Kontenplan ergeben und aus diesem Grunde möchte der Gemeinderat keine grossen Verschiebungen mehr vornehmen.

Erklärt untenstehende Grafiken

Zusammenzug Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Wohlen (Seite 3)



	Voranschlag	Voranschlag	Rechnung	Abweichung	
	2011	2010 (inkl. NK)	2009	2010	2009
0: Allgemeine Verwaltung	4'545'200	4'395'100	4'560'178	3.4	-0.3
1: Öffentliche Sicherheit	2'051'600	1'856'400	1'758'514	10.5	16.7
2: Bildung	9'808'900	8'853'600	9'773'458	10.8	0.4
3: Kultur, Freizeit	2'379'400	2'407'800	2'472'414	-1.2	-3.8
4: Gesundheit	3'266'500	2'200'100	1'808'921	48.5	80.6
5: Soziale Wohlfahrt	7'271'600	7'086'400	5'672'190	2.6	28.2
6: Verkehr	3'268'300	3'187'600	2'954'972	2.5	10.6
7: Umwelt, Raumordnung	1'450'200	1'373'100	1'293'357	5.6	12.1
8: Volkswirtschaft	-100'300	-87'800	-111'758	14.2	-10.3
9: Finanzen	-1'821'200	-1'434'000	-2'383'427	27.0	-23.6
<b>Nettoaufwand Geld</b>	<b>32'120'200</b>	<b>29'838'300</b>	<b>27'798'819</b>	<b>+7.6</b>	<b>+15.5</b>
<b>Gemeindesteuern (DS 900)</b>	<b>33'845'000</b>	<b>32'893'000</b>	<b>32'746'596</b>	<b>+2.9</b>	<b>+3.4</b>
<b>Cash-Flow (Eigenfinanzierung)</b>	<b>1'724'800</b>	<b>3'054'700</b>	<b>4'947'777</b>		
<b>Vorgeschr. Abschreibungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		
<b>Zusätzl. Abschreibungen</b>	<b>1'724'800</b>	<b>3'054'700</b>	<b>4'947'777</b>		



Bedeutende Abweichungen Voranschlag 2011



### Mehreinnahmen Fr. 1'134'700

Fr. 952'000 Gemeindesteuern (DS 900) bei Steuerfuss von 113 %

Fr. 20'000 Andere Steuern (DS 905)

Fr. 142'700 Entschädigungen von Gemeinden

### Minderausgaben Fr. 417'600

Fr. 377'600 Kapitaldienst (DS 940)

Fr. 40'000 Schulgelder Sonderschulung



## Mehrausgaben Fr. 3'010'700

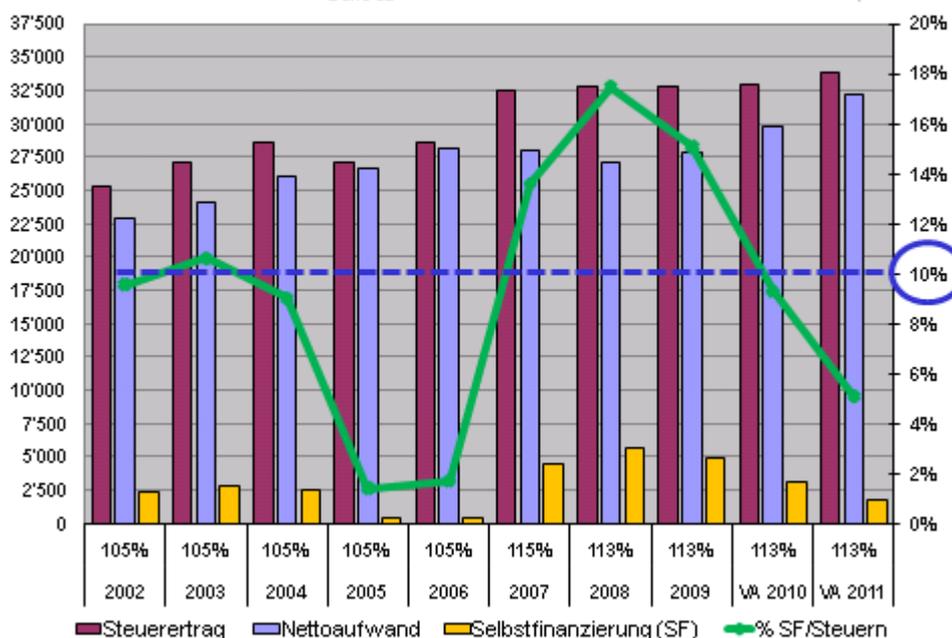
- Fr. 25'000 Beiträge an Spitäler
- Fr. 204'700 Restkosten Sonderschulung, Heimaufenthalte
- Fr. 40'000 Amtsvormundschaft
- Fr. 875'900 Personalaufwand (Aufwandart 30)
- Fr. 224'300 Sachaufwand davon: Unterhalt 87'000, Jugendfest 120'500
- Fr. 159'000 Gemeindeanteil Personalaufwand Lehrpersonen Volksschule (netto)
- Fr. 143'000 Regionalverkehr
- Fr. 201'500 Berufsbildung (DS 230)
- Fr. 1'015'000 Pflegefinanzierung**
- Fr. 33'700 Gemeindebeitrag Spitex-Krankenpflegeverein
- Fr. 88'600 Zuschuss Abfallbewirtschaftung



**Pflegefinanzierung: 14'500 x CHF 70.00.** Das würde uns die neue Pflegefinanzierung kosten. Vorhin wurde angetönt, dass es Gemeinden gibt, die ihre Steuern erhöhen müssen. Das ist richtig. Es gibt im Kanton Aargau einige Gemeinden, die genau wegen dieser Position entsprechende Korrekturen beim Steuerfuss vornehmen müssen.

**Gemeindebeitrag Spitex:** Durch die Langzeitpflege, die über die Gemeinden finanziert werden muss, wird auch der Betrag der Spitex ständig zunehmen. Es gibt immer mehr ältere Leute, die möglichst lange zu Hause bleiben möchten. Gemäss der neuen Pflegefinanzierung sind diese Kosten durch die Gemeinde zu tragen.

Steuerertrag / Nettoaufwand  
Seite 12



• Einwohnergemeinde	6,1 Mio. Fr.	
• Abwasserbeseitigung	0,6 Mio. Fr.	Eigenwirtschaftsbetrieb
• HPS	<u>- 3,1 Mio. Fr.</u>	Eigenwirtschaftsbetrieb
• Nettoinvestitionsvolumen	3,6 Mio. Fr.	

Investitionen und geringe Eigenfinanzierung ergibt Finanzierungsfehlbetrag

• Vorgesehenes Nettovolumen	3,6 Mio. Fr.
• Abschreibungen zusätzliche	- 1,7 Mio. Fr.
• Selbstfinanzierung Eigenwirtschaftsbetriebe	<u>- 0,2 Mio. Fr.</u>
• voraussichtlicher Finanzierungsfehlbetrag	1,7 Mio. Fr.

- Das Fremdkapital betrug anfangs 2010 35,6 Mio. Mit dem Finanzierungsfehlbetrag 1,7 Mio. wird das Fremdkapital erhöht.
- Die Nettoschuld beträgt Ende 2011 rund 2,3 Mio. Fr.



Zur Erklärung der Nettoschuld: Aktivposten und Passivposten werden einander gegenübergestellt und daraus ergibt sich die Nettoschuld, in diesem Fall CHF 2,3 Mio. Das ist pro Einwohner etwas mehr als CHF 150.00. Da sind wir sehr gut dabei. Das ist auch die Zahl, die uns in der Gesamtwertung des Kantons Pluspunkte gibt, damit wir die schlechte Selbstfinanzierung auffangen können.

Konto	Bezeichnung	Seite	CHF Änderung	CHF Budget neu	Bemerkungen
<b>LAUFENDE RECHNUNG</b>					
215.301	Löhne	66	-8'000	51'900	Korrektur
303.314.02	Baulicher Unterhalt durch Dritte	75	-40'000	4'600	Wegfall Trennwände, bereits im Rahmen der Bodensanierung ersetzt
990.331	Vorgeschr. Abschreibungen	99	0		
990.332.01	Zusätzliche Abschreibungen	99	48'000	1'772'800	
<b>INVESTITIONSRECHNUNG</b>					
Keine Änderungen					



Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Er ist auch überzeugt, dass wir unser Sparpotenzial, dort wo es offensichtlich ist, ausnutzen konnten. Wir sind überzeugt, dass es richtig ist, den Steuerfuss nicht zu senken. Nicht aus persönlichen Gründen. Es geht um die Gesamtheit von Wohlen und wir beantragen Ihnen, dem Voranschlag 2011 mit einem Steuerfuss von 113% zuzustimmen.

## Rückweisungsantrag

Breitschmid Tobias, SVP: Die SVP Fraktion möchte der Verwaltung für die ausführliche Erstellung des Voranschlages danken. Die Unterlagen wurden in unserer Fraktion studiert und ausgiebig diskutiert. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon stellt Ihnen einen Rückweisungsantrag für den Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Wohlen mit folgenden Begründungen:

- Das schon seit Jahren bekannte Ziel der SVP, nämlich ein Steuerfuss von maximal 99%, wurde nicht erreicht. Was wir bei der eingehenden Prüfung des Budgets vermisst haben, ist der ungebrochene Sparwille. Es wird viel zu wenig unternommen, um die laufenden und direkt beeinflussbaren Kosten zu senken.
- Auf der Einnahmenseite vermissen wir die positive Tendenz. Seitens Aktiensteuern sind wir im Vergleich zu anderen Gemeinden unterdurchschnittlich. Ein griffiges Standortmarketingkonzept wäre ein erstes positives Zeichen in die richtige Richtung.
- Bei der Kennzahlen-Auswertung erreicht Wohlen 18 Punkte, was ganz klar über den geforderten 12 Punkten ist. Was wir nicht ausser acht lassen dürfen, ist die Kennzahl der Nettoschuld. Diese weist ein beachtlich tiefes Niveau mit CHF 2.3 Mio. aus. Denken wir zurück an die Zeit als Wohlen noch grosse Schulden hatte, und gleichzeitig Steuereingänge von unter CHF 25 Mio.
- Die in Auftrag gegebene Lohnstudie ist noch ausstehend. Wieso eigentlich? Aufgrund des immer noch sehr hohen Steuerfusses sowie dem wettbewerbsfähigem Gehaltsniveau erachten wir eine Erhöhung der Löhne als unzulässig. Wir verlangen für 2011 eine Nullrunde bei den Löhnen der Gemeindeangestellten.
- Es gibt immer noch Pauschalbudgets anstelle Globalbudgets mit Leistungsvereinbarung in diversen Abteilungen. Das ist eine Schein-Lösung, weil der Gemeinderat die Vorschriften des Gemeindegesetzes zur Globalbudgetierung umgehen will. Wir fragen uns, wie lange der Einwohnerrat diesem Spiel noch zuschauen will? Hierzu möchten wir danach einen Abänderungsantrag stellen.

Wir verlangen, dass die Steuern konsequent auf ein normales Mass reduziert werden, d.h. eine kontinuierliche Senkung auf unter 100 %. Die Ausgaben haben sich nach den Einnahmen zu richten, und nicht umgekehrt. In den vergangenen Jahren wäre dies durchaus möglich gewesen und hätte zudem einen Einnahmenüberschuss bedeutet. Damit geben wir dem Gemeinderat die Gelegenheit, endlich seine Hausaufgaben zu machen. Es ist an der Zeit, dass wir den Steuerzahler mit einem tiefen Steuerfuss beglücken. Dies wird zu einem positiven Effekt bei den Steuereinnahmen führen und so zahlungskräftige Bürger und Bürgerinnen nach Wohlen ziehen.

Ich bitte sie unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen. Besten Dank!

Jauslin Matthias, Vizeammann: Selbstverständlich sind wir gegen eine Rückweisung. Wir haben unsere Position sauber dargelegt. Wir sind auch überzeugt, dass wir ihnen eine genaue Liste gegeben haben, welche Aufgaben wir streichen können. Es liegt an ihnen, die entsprechenden Streichungen vorzunehmen und auch effektiv auszuführen. Wir sehen nicht, dass das Budget zurückgewiesen werden muss. Verabschieden sie es zuhanden der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Wohlen.

## Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon

*Der Voranschlag 2011 ist an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, dem Einwohnerrat ein neues Budget 2011 mit einem Steuerfuss von 99 % vorzulegen.*

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

## Fraktionsmeinungen

Burkard Thomas, Grüne: Die Fraktion der Grünen Wohlen hat das Budget 2011 ausführlich beraten.

Wir sind der Meinung, dass der Voranschlag seriös erarbeitet wurde, und danken der Verwaltung für die Erstellung dieser umfassenden Unterlagen.

Der finanzielle Spielraum unserer Gemeinde ist und bleibt sehr eng. Der Voranschlag rechnet zwar mit höheren Steuereinnahmen, aber auch mit noch höheren Ausgaben. Auf die Mehrausgaben hat aber die Gemeinde, nur in sehr beschränktem Masse Einfluss.

Die tiefe Eigenfinanzierungsquote zwingt uns, ganz gezielt zu investieren und verlangt deshalb eine klare Prioritätensetzung. Investitionen aber braucht es: Wir alle wollen unsere Gemeinde positiv weiterentwickeln. Standortförderung heisst sinnvoll, nachhaltig investieren. Damit bleiben wir attraktiv, was sich früher oder später auch in einem höheren Steuerertrag und in einem tieferen Steuerfuss niederschlagen wird.

Wohlen bietet als Regionalzentrum viele Vorteile, und wir meinen, dass diese Zentrumsfunktion auch in Zukunft durch eine gute und moderne Infrastruktur weiter gestärkt werden sollte. Das verlangt eine Portion Mut zum Aufbruch und guten Willen zur Veränderung, fordert halt aber auch einen finanziellen Tribut.

Wir finden, dass die Prioritätensetzung, die der Gemeinderat vorgenommen hat, als Ganzes betrachtet, ausgewogen und realistisch ist.

Zur Lohnanpassung: Der GR beantragt 1% Erhöhung der Lohnsumme zugunsten unseres Gemeindepersonals. Wir erachten das als minimal im Vergleich zum Kanton und zur Privatwirtschaft und auch im Verhältnis zur guten Leistung, die unsere Verwaltung erbringt.

Zur Fiko: Von der Fiko würden wir uns eigentlich wünschen, dass sie in Zukunft –neben der aufwendigen und gut geleisteten Arbeit als Kontrollorgan - mehr Mut aufbringt, sich zur strategischen Ausrichtung unseres Finanzwesens zu äussern, und da und dort auch offensiv und mit Weitsicht Inputs gibt.

Nach all diesen Überlegungen sind wir der Meinung, dass weitere Anstrengungen auf der Einnahmen- wie Ausgabenseite nötig sind und dass zum jetzigen Zeitpunkt kein Spielraum für Steuersenkungen besteht. Eher das Gegenteil ist der Fall. Mit Blick auf die kommenden Jahre müssten wir jetzt eigentlich nachhaltiger budgetieren, damit die Schulden nicht unverhältnismässig ansteigen und unsere Nachkommen darunter leiden. Uns ist aber bewusst, dass eine Steuerfusserhöhung zum jetzigen Zeitpunkt und in diesem Umfeld nicht mehrheitsfähig ist.

Darum stimmen wir diesem Voranschlag mit Steuerfuss 113% im Sinne des Gemeinderates zu.

Balazs Dimitri, SP: Wir danken an dieser Stelle auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihre sehr gute Arbeit, insbesondere bei der Erstellung des Budgets. Wie im letzten Jahr sind wir aber vom Gemeinderat enttäuscht. Trotz der schlechten Prognose hat der Gemeinderat wieder ein Budget mit 113 % erstellt. Der Gemeinderat hat es vorhin bereits erwähnt, dass die 113 % sehr knapp kalkuliert sind und keinen Handlungsspielraum mehr zulassen. Die Bemühungen des Gemeinderates, zu sparen wo möglich, begrüssen wir selbstverständlich. Wie wir mittlerweile aber wissen, hat die Gemeinde Wohlen kein Ausgabenproblem, sondern ein Ertragsproblem. Der Pro-Kopf-Steuerertrag des Jahres 2009 ist mit CHF 2'040.00 massiv unter dem vom Kantonsmittel von CHF 2'520.00. Da wir ja wohl keinen potenten Steuerzahler einfach an Land ziehen können, müssen wir am Steuerfuss etwas machen. Im Finanz- und Investitionsplan ist gut ersichtlich, welche Investitionen in naher Zukunft anstehen und welche Auswirkungen das auf die finanzielle Entwicklung hat. Wenn man sich die Zahlen vor Augen führt, wäre es fahrlässig und blauäugig, sich nicht einzugestehen, dass die Gemeinde Wohlen dringendst einen höheren Steuerfuss als 113 % benötigt. Wir leisten uns zurzeit einen Steuerfuss, der im Moment nicht sehr schmerzt, aber trotzdem uns dazu verführt, überall zu sparen. Die meisten Einwohnerräte wurden gewählt, um die Gemeinde mitzugestalten und sich für alle Einwohnerinnen und Einwohner einzubringen. Wollen sie nicht auch weiterhin ein attraktives Wohlen oder wollen sie einen tiefen Steuerfuss. Im Gegensatz zu der SVP zahle ich lieber etwas mehr Steuern und habe eine Badi, eine Kunsteisbahn und generell eine gute Infrastruktur. Wenn wir ehrlich sind, müssten wir mit einem Steuerfuss von 113 % zu allen Investitionen „Nein“ sagen. Ich will das nicht. Auch das Personal der Gemeinde leidet unter der Sparwut. Letztes Jahr hat man dem Personal den Lohn um 0,5 % angehoben und in den vergangenen Jahren hat das Personal den Teuerungsausgleich fast nie ganz erhalten. Wir fordern deshalb, dass die Löhne um 2 % statt nur um 1 % ansteigen. Damit wir das alles finanzieren können, benötigen wir mehr Steuererträge, als wir jetzt haben. Deshalb fordern wir auch in diesem Jahr wieder einen Steuerfuss von mindestens 115 %. Ich bitte Sie, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, unsere Anträge zu unterstützen.

Gregor Ariane, CVP: Zuerst bedankt sich die CVP-Fraktion bei der Verwaltung für die Erstellung des umfassenden Werkes. Bis anhin ist der Voranschlag immer erst in der Oktobersitzung behandelt worden. Die Fraktionssitzungen mussten so immer in den Herbstferien abgehalten werden, mit wenig Freude. Das hat uns letztes Jahr veranlasst, den Gemeinderat um Vorverlegung zu bitten. Für diese nun früher terminierte Budgetsitzung bedanken wir uns.

Die CVP-Fraktion hat den Voranschlag 2011 geprüft. Der Gemeinderat muss die Gemeinde am Laufen halten und hat mit diesem Voranschlag die Verantwortung übernommen, die Mittel wirksam, effizient und sparsam einzusetzen.

Die Verteilung der Steuergelder kommt mir vor wie das Schwarzpeterspiel. Zuerst zieht der Bund die beste Karte, resp. nimmt Geld, danach zieht der Kanton eine Karte, und zu guter letzt darf die Gemeinde eine Karte ziehen - aber da bleibt nur die Schwarzpeterkarte übrig. Die hoch gepriesenen Einsparungen auf Bund- und Kantonsseite ergeben eine massive Mehrbelastung auf Seiten der Gemeinde. In den Bereichen Schule, Verkehr und Gesundheit werden die Ausgaben steigen. Circa 80 % der Steuereinnahmen sind gebunden, mit dem Rest dürfen wir unseren Wahlbedarf decken. Der Wahlbedarf für die Gemeinde ist im Voranschlag aus Sicht der CVP in Ordnung. Wir werden keine Kürzungen beantragen.

Wir wünschen keinen weiteren Leistungsabbau. Einsparungen auf Kosten des Personals wird die CVP nicht unterstützen. Einsparungen auf Kosten des Unterhaltes wirken sich als Bumerang aus, auch dabei besteht die CVP mindestens auf dem Status Quo.

Der Spielraum für Investitionen ist sehr klein und trotzdem dürfen wünschenswerte Projekte nicht von Jahr zu Jahr weiter geschoben werden. Dabei erinnere ich an die Badi, die Kunststeinsbahn, die Bibliothek etc. Investieren wir z.B. in diese drei Projekte, könnte die Attraktivität der Zentrumsgemeinde nachhaltig verbessert werden.

Die BDO erklärt den Voranschlag als in Ordnung mit sehr knappen Ergebnissen. Das zeigt, dass die Gemeinde keine Steuervorräte tätigt. Die CVP wird dem Voranschlag einstimmig zustimmen.

Duschén Andrea, FDP: Auch wir bedanken uns herzlich für den Voranschlag mit den ausführlichen Erläuterungen. Wir betrachten das Ganze etwas anders als die SP. Wir haben in einer sehr langen Sitzung den Voranschlag besprochen und haben bei vielen Positionen Reserven festgestellt. Das ist auch richtig so. Nur sind wir der Meinung, dass die Reserven zu hoch sind. Es ist nicht sinnvoll, dass wir nachher in der Detailberatung bei jeder Position den Finger heben und darauf hinweisen. Ich bitte Euch darum, das Budget genau anzuschauen und die Zahlen mit den Zahlen aus der Rechnung 2009 zu vergleichen. Ich bin der Meinung, wir haben in diesem Budget Reserven von 5-10 %. Wir werden am Schluss des Abends eine Steuersenkung um 2 % beantragen. Mit diesen 2 % werden wir nicht viel bewegen. Aber wir sind der Meinung, wir könnten damit ein Zeichen setzen, dass der Wille vorhanden ist, die Steuern zu senken. Der Grundsatz ist so tief wie möglich, aber so hoch wie nötig“.

## Einzelvoten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die Debatte ist ja nicht dazu da, um zum Fenster hinaus zu sprechen oder zum Publikum oder zu den Chefbeamten, sondern dazu, dass wir innerhalb des Rates unsere Meinung austauschen und eventuell auch Fragen stellen. Die Gemeinderäte, die nicht Finanzminister sind, haben auch bei der Budgetdebatte eine beratende Stimme. Mich würden zwei Fraktionen besonders interessieren. Vor zehn Monaten waren Einwohnerratswahlen und alle haben teure Prospekte gestaltet. Ich erlaube mir, nur einen Satz der CVP unter dem Stichwort Finanzen zu zitieren. Wohlen senkt den Steuerfuss mittel- bis langfristig auf das kantonale Mittel. Da würde mich interessieren, was mit mittel- bis langfristig gemeint ist? Oder ist gemeint, dass man wartet, bis das kantonale Mittel höher ist als das von Wohlen? Also gar nie. Oder ist gemeint, nach Ablauf der 4 Jahre? Formuliert das in vier Jahren noch etwas unverbindlicher, damit man euch nicht darauf behaften kann. Die FDP hatte auch einen schönen Prospekt. Beide waren teurer als unser. Finanzen – der heutige Steuerfuss muss unter das Kantonsmittel gesenkt werden. Deshalb finde ich das gut, wenn man 111 % beantragt. Das ist etwa 6 % vom Kantonsmittel weg, Irrtum vorbehalten. So kommt man nie auf das Kantonsmittel. Ich möchte euch bitten, die Fragen zu beantworten. Vielleicht auch denen gegenüber, die euch bei den Wahlen die Stimme gegeben haben.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Es hat mich erstaunt, mit welcher knapper Mehrheit die Finanzkommission dem Budget zugestimmt hat und nun der Bericht etwas dürftig ist. Ich hätte die Abhandlung einer Diskussion erwartet, die aufgrund des Ergebnisses entstanden ist. Ich habe auch konkrete Vorschläge vermisst. Unter Punkt 4 steht lediglich, dass möglicherweise der Einwohnerrat gute Vorschläge hat. Ich hätte eigentlich von der Fiko erwartet, dass man das genau betrachtet und Vorschläge bringt.

Es hat mich auch erstaunt, dass die Lohnanpassung einfach so geschluckt wird. Es ist angeblich gut, dass die Löhne gehoben werden, obwohl der Vergleich, der nach der OBT-Studie gefordert wurde, immer noch ausstehend ist. Das ist etwas, dass die Fiko immer wieder gefordert hat. Wir müssen immer nachhaken, da ist insbesondere die Fiko gefor-

dert, damit das Ziel, dass der Steuerfuss Richtung Kantonsmittel geht, auch in eine absehbare Frist und nicht in eine langfristige Perspektive rückt.

Gregor Ariane, CVP: Es ist nach wie vor unser erlesenes Ziel, mittel- bis langfristig auf das kantonale Mittel zu kommen. Unten steht aber noch der Satz, dass die Gemeinde ihr Geld haushälterisch und nutzbringend einsetzt. Das macht sie mit diesem Voranschlag. Ich könnte Jean-Pierre Gallati die Gegenfrage stellen, mit den 99%. Das wären etwa 5,3 Mio. die gesenkt werden müssten in diesem Budget. Wie wollt ihr das zustande bringen?

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir werden einige Kürzungsanträge stellen. Wir werden auch den Antrag unterstützen, der IBW mehr Gewinn herauszunehmen. Da geht es um einige hunderttausend Franken. Dann könnten wir auch damit leben, dass der Überschuss zwischen CHF 0.00 und CHF 1 Mio. ist. Wenn man die Anträge, die wir stellen werden, zusammenzählt, kommt man auf weit mehr als den Überschuss, den der Gemeinderat budgetiert.

Es war schon immer so, dass Reserven enthalten sind. Das hört man auch von diesem Tisch, 10 %, wie Andrea Duschén sagt, seien in diesem Budget Reserven. Wenn man diese abzählt, wären wir bereits bei CHF 3 Mio.

Zweitens ist es so, dass die Einnahmen immer etwas höher sind, die werden etwas heruntergespielt. Das weiss jeder Anwesende. Mit diesen Effekten kommen wir vielleicht sogar auf CHF 5 Mio.

*Eric Lütolf trifft um 20.55 Uhr ein.*

## Detailberatung

### Seite 47, Konto 011.319 Beiträge an Gemeinde- und Städteverband

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP-Fraktion beantragt, diese völlig unnötigen Ausgaben zu streichen. Wohlen, das sollte mittlerweile jedermann bekannt sein, ist keine Stadt sondern ein Dorf. Es gibt keinen Grund, sich bei solchen Verbänden anzubiedern. Solche Organisationen verursachen nur eine unnötige Papierflut. Das bindet im Gemeindehaus Ressourcen, die man für Sinnvolleres einsetzen könnte. Lehnen Sie mit uns diesen Budgetposten ab. Er ist unnötig und insbesondere unseren finanziellen Möglichkeiten nicht angemessen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat bittet sie, den Antrag abzulehnen. Im Kanton Aargau sind 7 Städte bzw. Gemeinden dabei (Aarau, Baden, Lenzburg, Rheinfelden, Dorf Wettingen, Dorf Wohlen und Zofingen). Wir sind Mitglied seit 1999. Es werden unter anderem auch Kurse angeboten, es gibt eine Vernetzung und einen Austausch. Das jüngste Beispiel, das auch vom Verband ausgehandelt wurde, sind die Gemeinde-Tageskarten der SBB. Der Städteverband ist ein ständiger Partner an Vernehmlassungsverfahren des Bundes und es ist eigentlich ein Akt der Solidarität, dass wir unseren Obolus für die geleistete Arbeit entrichten.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Man scheint vergesslich zu sein. Meines Wissens hat das Volk mit etwa 60 % abgelehnt, dass Wohlen eine Stadt werden soll. Nun will man trotzdem eine sein. Ich möchte an das Demokratieverständnis des Rates appellieren. Es geht uns in erster Linie um den Beitrag an den Städteverband und um die Explosion der Kosten. Das ist beinahe 100 % mehr. So müssen wir vielleicht eine Volksinitiative starten, damit wir auch hier austreten.

Keller Anna, Grüne: Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, dass es Gemeinde- und Städteverband heisst und meines Wissens sind wir eine Gemeinde.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Selbstverständlich akzeptieren wir sämtliche Volkssentscheide. Wir möchten uns das nicht unterstellen lassen. Aber auch realistisch sein. Probleme von Aargauer Städten berühren auch Wohlen und die Probleme und Angelegenheiten, die dort behandelt werden, sind für uns wertvoll. Auch die Vernetzung ist für uns wichtig. Das hängt nicht am Namen Stadt oder Gemeinde. Sondern an den Problemen, die sich stellen und an den Lösungen, die gesucht werden. Lehnen Sie den Antrag ab.

Kohli Benno, FDP: Ich muss sagen, dass mir CHF 10'000.00 für Networking zu viel sind. Wir haben fünf Grossräte in Wohlen. Ich bin überzeugt, dass diese sehr gut vernetzt sind und sehe nicht ein, dass wir dafür CHF 10'000.00 ausgeben müssen.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Budgetposten 011.319 sei ersatzlos zu streichen*

wird mit 14 Ja-Stimmen bei 22 Nein-Stimmen und keinen Enthaltungen abgelehnt.

### Seite 47, Konto 012.300.03 Gemeinderat Austrittsgeschenke

Gallati Jean-Pierre, SVP: Kein Antrag, aber eine Bemerkung: Ein Kompliment an den Gemeinderat, dass er diese Position überhaupt in den Voranschlag aufnimmt, weil er in der Vergangenheit dort Geld ausgegeben hat, jeweils ohne Voranschlagsposition, und uns dies erst in der Rechnung gezeigt hat. Wir sind auch mit dem Betrag von CHF 0.00 einverstanden. Es wäre ja nicht schön, wenn die Gemeinderäte so schnell zurücktreten würden. Wir hoffen, dass der Betrag von CHF 0.00 sogar zu einem Plus kommen könnte. Wenn man, die unserer Meinung nach ungerechter Weise ausbezahlt Betränge von insgesamt CHF 9'000.00, wieder in die Gemeindegasse zurückholt. Der Gemeinderat hat in Besetzung von drei Gemeinderäten beschlossen, dass er das Geld für die zurückgetretenen Gemeinderäte ausgibt. Wenn da sogar noch Geld reinkommen würde, wäre es schön und ich wünsche dem Finanzminister, dass Geld zurückkommt.

### Seite 47, Konto 012.317.01 Ehrengaben, Repräsentationskosten

Brunner Edi, SVP: Wir von der SVP-Fraktion sind klar der Meinung, dass der Budgetposten um CHF 4'000.00 gekürzt werden soll. Wir müssen Zeichen setzen. Jeder von uns muss seinen Sparwillen zeigen und auch aktiv umsetzen. Auch der Gemeinderat soll dazu angehalten werden. Gerade bei einem Budgetposten, wie das Repräsentationskosten darstellen, die nur zum Teil zweckgebunden sind, dürfen und müssen wir verlangen, dass der Franken zweimal umgedreht wird. Gerade hier kann der Gemeinderat den Wählern zeigen, dass es ihm mit dem Sparen ernst ist. Deshalb stellt die SVP den folgenden Antrag:

*Der Budgetposten 012.317.01 soll um CHF 4'000.00 gekürzt werden.*

Dubler Walter, Gemeindeammann: Dieser Posten war einmal viel höher als er hier nun ist. Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

## Abstimmung

Der Antrag

*Der Budgetposten 012.317.01 soll um CHF 4'000.00 gekürzt werden*

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

### Seite 48, Konto 012.319 Mitgliederbeiträge

Stäger Urs, SVP: Wir stellen den Antrag auf Streichung. Wofür sind diese Mitgliederbeiträge? Bisher ging es auch ohne.

Dubler Walter, Gemeindeammann: *Fragt den Finanzverwalter, ob es sich um die Geschäftsstelle Gemeindeammännerversammlung handelt. Dieser bejaht.* Dort machen alle Gemeinden mit. Es gab einen Beschluss an der Mitgliederversammlung der Gemeindeammänner des Kantons Aargau. Da werden Vernehmlassungen, etc. vorbereitet. Ich bitte sie, den Antrag abzulehnen. Wenn Wohlen nicht mitmacht, würden wir uns effektiv lächerlich machen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich weiss nicht, ob sich Wohlen lächerlich machen würde. Es geht hier wieder um den Aufbau einer neuen Stelle, die es bis jetzt nicht gab. Da kann man geteilter Meinung sein, ob es diese auch noch braucht oder nicht. Ich denke, dass es ein 50 %-Pensum ist. Diese Gemeindeammännerversammlung hat einen Geschäftsführer angestellt und der kostet etwas. Wir sind der Meinung, dass wir nicht nur in unserer eigenen Verwaltung beim Stellenwachstum zurückhaltend sein müssen, sondern auch bei solchen Vereinigungen. Wir haben nichts gegen diese Gemeindeammännerversammlung, aber wir sind auch hier gegen das Stellenwachstum und diese Stelle ist komplett überflüssig.

Kohli Benno, FDP: Wenn ich den ganzen Voranschlag betrachte, sehe ich all diese überregionalen Verbände, Vereinigungen, Amtsvormundschaften, etc. Da wird hemmungslos zugegriffen. Überall dort, wo wir nichts zu sagen haben, gehen die Beträge nach oben. Ich habe gar nicht gesehen, dass man für so etwas CHF 1'000.00 einsetzt. Immer machen wir uns lächerlich, wenn wir uns dagegen wehren. Es nützt nichts, den Kanton zu schelten betreffend dieser Pflegefinanzierung. Das ist genau dasselbe, nur in einem grösseren Ausmass. Wenn wir unten überall nachgeben, müssen wir gar nichts mehr sagen. Dann müssen wir akzeptieren, dass wir zum ganzen Budget und zu den Kosten nichts mehr zu sagen haben. Dann können wir alles in einen Regionalverband auslagern und nur noch Ja stimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Morgen über den Mittag tagt der Vorstand Gemeindeammänner. Ich habe verlangt, dass Regierungsrat Brogli anwesend ist und auch Regierungsrat Hoffmann wird dort sein. Ein Diskussionspunkt sind vor allem diese Aufgaben, die ihnen der Finanzvorsteher gezeigt hat, die zum Teil auf die Gemeinden heruntergeladen werden. Ich habe Verständnis für die Worte von Benno Kohli. Auch uns stört diese Entwicklung. Es war noch nie so wichtig wie heute, dass sich die politischen Behörden wehren, weil im Finanzhaushalt zwischen Kanton und Gemeinden eine zu starke Veränderung stattfindet. Sie haben es heute Abend eindrücklich gesehen. Es geht darum, in einem Klub unseren Obolus zu entrichten. Ich persönlich als Walter Dubler habe weder einen Vor- noch Nachteil. Aber es geht darum, dass Wohlen als viertgrösste Gemeinde ihre Rolle gegenüber allen anderen Gemeinden korrekt wahrnimmt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

## Abstimmung

Der Antrag

*Streichung der Mitgliederbeiträge*

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

## Lohnerhöhung

Balazs Dimitri, SP: Wie vorhin in meinem Votum erwähnt, stellen wir den Antrag auf Gehaltsanpassung.

**Die Gehaltsanpassung der Löhne sind um 2 % anzuheben.**

Wie bereits erwähnt, arbeiten die Angestellten der Verwaltung sehr gut und werden aus unseren Reihen auch gelobt. Wir haben in der Vergangenheit so gut wie nie den gesamten Teuerungsausgleich gewährt, so auch im letzten Jahr nicht. Deshalb fordern wir, dass die Lohnsumme um 2 % erhöht wird. Wir bitten um Unterstützung.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Das ist keine Überraschung, dass ein Beamter einen solchen Antrag stellt. Ich bin der Auffassung, zusammen mit meiner Partei und Fraktion, dass wir die Angestellten der Gemeinde Wohlen mit dem jetzigen Lohnreglement sehr gut behandeln. Wir sind der Meinung, dass wir die Lohnvergleichsstudie, die wir bezahlt haben und noch in der Schublade des Gemeinderates steckt, zuerst sehen sollten, bevor die Löhne gehoben werden. Wir stellen den Antrag, dass wir bei der Lohnsumme bei 0 % bleiben. Übrigens hat der Kanton noch gar nichts beschlossen. Das war der Antrag der Regierung und es ist zu hoffen, dass die bürgerliche Mehrheit diesen auf 1 % oder noch tiefer bringt. Wir müssen Steuern senken, um mehr Einnahmen zu generieren.

## Antrag Lohnerhöhung 0 %

Dubler Walter, Gemeindeammann: So sympathisch wie der Antrag der SP ist, bitten wir Sie, den Antrag abzulehnen. Wir haben vorhin gehört, dass die Regierung dem Grossen Rat 1,75 % beantragt, zudem 3 % Lohnsumme als Einmalprämie. Das wäre 2,05 %. Der Grosse Rat wird erst am 30. November darüber befinden. Ich möchte etwas klarstellen. Im Jahre 2004 hat der Einwohnerrat ein Besoldungsreglement erlassen und das basiert auf der Arbeit einer Arbeitsgruppe, unter anderem mit Mitgliedern des Einwohnerrates. Man hat damals Vergleiche angestellt. Man hat klare Kriterien im Dienst- und Besoldungsreglement betreffend Gehaltsanpassungen. Sie mögen sich erinnern, was letztes Jahr der abtretende Gemeindeschreiber Peter Hartmann gesagt hat. Es ist niemand hier, der ein solches Plädoyer halten wird. Wir haben ein Personalreglement, in dem die Kriterien festgehalten sind. Bitte halten sie sich daran. Es geht darum, dass sie mit dem Personal korrekt umgehen. In dem Sinne bitten wir sie, um Ablehnung des Antrages der SP, aber auch um Ablehnung des Antrages der SVP.

## Abstimmung

2 % Lohnerhöhung: 8 Stimmen

0 % Lohnerhöhung: 16 Stimmen

11 Enthaltungen

*Damit wird der Antrag 0 % Lohnerhöhung dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt.*

## Abstimmung

1 % Lohnerhöhung: 22 Stimmen

0 % Lohnerhöhung: 13 Stimmen

*Die Erhöhung der Lohnsumme des Gemeindepersonals wird auf 1 % festgelegt.*

### Seite 48, Konto 020.311 Mobiliaranschaffungen

Brunner Edi, SVP: Da drängt sich die Frage auf, was in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren mit dem Gemeindehaus in Wohlen passiert. Soll das jetzige Gemeindehaus aufgestockt werden, inkl. Verbauung der Lufträume? Oder plant der Gemeinderat einen Gemeindehausneubau? Solange hier kein klares Konzept vorliegt, werden auch keine Mittel für Neumöblierungen zur Verfügung gestellt. Zudem sind die jetzigen Möbel der Bauverwaltung durchaus zeitgerecht und erfüllen weiterhin ihren Zweck. Deshalb stellt die SVP folgenden Antrag.

Dem Budgetposten 020.311 werden die CHF 40'000.00 für die Neumöblierung der Büros 207, 212, 213 und 214 gestrichen.

Dubler Walter, SVP: Die Neumöblierung Büro, die sie bei den Detailerläuterungen sehen (Seite 13), betrifft die Möbel, die in der Bauverwaltung sind. Die sind dort, seit das Gemeindehaus bezogen wurde. Das war 1972 und feiert bald ihr 40-jähriges Jubiläum. Wann und in welcher Form etwas passiert mit dem Gemeindehaus ist unklar. Die Anschaffung dieser Möbel ist sicher nicht überflüssig. Wir bitten sie, gerade in der Bauverwaltung, die eine sehr wichtige Abteilung ist um eine Gemeinde zu entwickeln, die Möbel zu bewilligen und deshalb den Antrag von Edi Brunner abzulehnen.

## Abstimmung

Der Antrag

*Dem Budgetposten 020.311 werden CHF 40'000.00 für die Neumöblierung der Büros 207, 212, 213 und 214 gestrichen*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt

### Seite 50, Konto 023.301 Gemeindesteueramts Löhne

Gallati Jean-Pierre, SVP: Der Saldo ist vorgesehen mit CHF 764'500.00. Wir stellen den Antrag, dass die Löhne reduziert werden auf CHF 720'000.00, was nach unserer Berechnung etwa einem 50 %-Pensum entspricht. Wie kommen wir auf die Idee, eine Stelle zu reduzieren? Ganz einfach. Wir alle haben die teure Studie der OBt erhalten, wo ganz klar steht,

dass wir beim Steueramt 50 Stellenprozent zu viel haben. Was heisst das? Man muss sie abbauen. Überall dort, wo es heisst, man habe 50 oder 10 oder 20 % zu wenig, wird sofort aufgebaut und wir haben Bericht und Antrag, Stellenplan etc. Dort wo es heisst, wir hätten zu viel, wird nicht abgebaut. Die Begründung des Gemeinderates ist beinahe skurril, die OBt habe keine Ahnung, weil sie aus der Ostschweiz ist und dort ein anderes Steuerrecht gelte. Dann müsste man nicht die OBt nehmen, wenn man so argumentiert. Wenn wir sparen müssen, müssen wir auch bei gewissen Stellen sparen. Dann vor allem bei jenen, die es gemäss Studie nicht braucht. Ich möchte Euch bitten, auch die CVP unter der Führung von Ariane Gregor, spart doch dort, wo uns Studien sagen, man könne und solle sparen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Es ist effektiv so, dass die Verwaltungsanalyse OBt Erfahrungszahlen aus dem Kanton St. Gallen beigezogen hat. Die Aufgaben der Steuerverwaltung im Kanton St. Gallen sind nicht identisch mit den Aufgaben im Kanton Aargau. Die entsprechende Anfrage wurde auch in der GPK im Zusammenhang mit einem anderen Geschäft gemacht und diese habe ich auch entsprechend beantwortet. Wenn wir einen Benchmark im Kanton Aargau machen, kommen wir zu folgendem Resultat:

Wettingen macht pro Stelle 967 Verarbeitungen. Baden 824, Rheinfelden 938, Zofingen 992, Brugg 1'165, Lenzburg 900, Wohlen 1'133.

Wohlen ist ganz klar im Vergleich zu den anderen grösseren Städten/Gemeinden unterdotiert. Ich bitte sie, diesen Antrag, abzuweisen. Wir brauchen unbedingt diese Stellenprozent in der Steuerverwaltung. Dort müssen die entsprechenden Verarbeitungen gemacht werden und auf diese sind wir angewiesen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es ist ja fast unglaublich. Denn wenn die SVP, die sonst dem Gemeinderat nichts glaubt, einer Studie glaubt, die der Gemeinderat in Auftrag gegeben hat, ist die Studie falsch. Wenn die Stadt Brugg 1'100 verarbeitete Steuerpflichtige hat pro Steuerangestellten, muss man fragen, was das Steueraufkommen in Brugg ist. Das ist bedeutend höher. Ich schätze etwa CHF 2'500.00 bis CHF 3'000.00. Die haben wahrscheinlich kompliziertere Steuererklärungen als in Wohlen, wenn jemand eine einfache Lohnausweis-Steuererklärung hat. Nur die Zahlen, die vorgetragen wurden, sagen noch nichts über die Qualität, über das Anspruchsniveau der einzelnen Arbeit aus. 1'100 bei leichteren Verhältnissen ist wahrscheinlich schneller erreicht als 800, 900 in Baden mit komplexeren Steuerhältnissen der einzelnen Steuerpflichtigen. So einfach ist es ja nicht auf dieser Welt. Wir vertrauen nun dieser Studie. Ich möchte euch auffordern, dieser Studie ebenfalls zu vertrauen. Es ist offensichtlich: Immer dann wenn man etwas abbauen müsste, das zuviel ist, ist der Gemeinderat dagegen. Dann ist die Studie falsch, dann sollen sie doch das Honorar derjenigen kürzen, die die Studie gemacht haben. Das machen sie ja auch nicht.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Dürfte ich das Wort dem Steuerverwalter geben, damit er kurz die Abläufe abrisssmässig aufzeigen kann.

Laube Thomas, Vorsteher Gemeindesteuernamt: Selbstverständlich ist es ganz anders. Wir sind Ihre Ressourcen-Abteilung und sind zuständig, dass die Steuern gesetzeskonform veranlagt werden. Das tun wir auch. Wir bringen den Leistungsausweis im interkantonalen Verhältnis mit den 1'165 Steuerfällen, die wir pro Jahr bearbeiten, eindrücklich. Zudem machen wir das gesamte Steuererlassverfahren für den Gemeinderat seit etwa 4 Jahren als zusätzliche Aufgabe. Das bindet uns mindestens 20-30 Stellenprozent. Wir haben in den letzten Jahren Dank Ihren Investitionen, die Sie in die Informatik des Steueramtes bewilligt haben, eine Stellenpensenerhöhung abfedern können. Wir hätten sonst, alleine vom Wachstum 2001 bis jetzt mit rund 800 Steuerpflichtigen mehr, eine Stelle mehr haben müssen. Ich bitte sie, den Antrag gut zu überdenken. Wir versuchen, die Qualität der Steu-

erveranlagung in Wohlen aufrecht zu erhalten zum Wohle der Gemeinde und der Steuererträge.

## Abstimmung

Der Antrag

*Gemeindesteueramt Löhne statt CHF 764'500.00 nur CHF 720'000.00*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

## Seite 52, Konto 090.314.02 Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich

Stäger Urs, SVP: Wir stellen den Antrag auf Streichung. Da es ziemlich ungewiss ist, was mit dem Gemeindehaus passiert, finden wir diese Renovationen im Moment nicht dringend nötig. Wir erwarten aber gerne ein Gesamtkonzept für die Instandstellung des Gemeindehauses und stellen eine positive Mitarbeit gerne in Aussicht.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Sofern wir mit dem Budget schnell vorankommen, werden wir das Thema heute nochmals mit der Sanierung des Flachdaches behandeln. Ich glaube nicht, dass ich etwas Neues erzähle, wenn ich davon ausgehe, dass wir die nächsten paar Jahre mit Garantie in das Gemeindehaus investieren müssen, um einigermaßen anständige Arbeitsplätze garantieren zu können. Deshalb lohnen sich die Investitionen. Ich glaube, wir werden mit dem Finanzplan sehen, wann ungefähr das Gemeindehaus dran ist. Im Moment ist eine Studie beim Gemeinderat. Wir werden diese würdigen. Das haben wir der GPK und der Baukommission auch mitgeteilt und werden nachher Bericht erstatten. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Du hast gesagt, im Finanzplan sehen wir, wann das Gemeindehaus an der Reihe ist. Kannst du uns da schon Näheres sagen? Dann könnten wir auch eher abschätzen, ob das noch nötig ist oder nicht.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Das kann ich noch nicht sagen. Nicht, weil der Finanzplan in der Überarbeitung noch nicht vorliegt. Wir haben ja einen aktuellen Finanzplan, der nach wie vor Gültigkeit hat. Eingangs hat der Finanzvorsteher klar gesagt, wo der Investitionsbedarf in den nächsten Jahren etwa liegt. Es geht nun darum, dass wir ganz klare Prioritäten setzen müssen. Auch werden Anliegen nach hinten verschoben, weil wir mit unserer Finanzlage nicht alle Investitionsvorhaben miteinander realisieren können, die in unseren Augen zwingend sind. Wir werden bald soweit sein und können Ihnen Bescheid geben.

Stäger Urs, SVP: Wenn man das alles betrachtet, wollen wir dieses Jahr mehr als 1 Steuerprozent in das Gemeindehaus stecken. Wenn es dann renoviert wird, ist das Geldverschwendung.

## Abstimmung

Der Antrag

*Wir stellen den Antrag auf Streichung des Kontos 090.314.02 Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich*

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

## Seite 53, Konto 1.100.352.01 Beiträge an Amtsvormundschaft

Kohli Benno, FDP: Wieso steigen die Beiträge an die Amtsvormundschaft um 10 %? Von CHF 400'000.00 auf CHF 440'000.00. Was ist die Basis dazu? Wer kontrolliert schlussendlich die Amtsvormundschaft, damit das Geld kostengerecht eingesetzt wird? Was haben wir für Einflussmöglichkeiten, um dies wieder zu senken?

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Die Frage ist etwas komplex, da sie drei Teilgebiete beinhaltet. Es handelt sich um einen Gemeindeverband, der eine eigene Revisionsgruppe hat. Ein Sockelbetrag erfolgt aufgrund der Anzahl Einwohner und dann aufgrund der Fälle, auch aufgrund der Schwere der Fälle. D.h. einfache Fälle kosten weniger als komplexe. Wie man die Zahl herunterbringen kann, ist eine gute Frage. Wir haben immer mehr Demente, die bevormundet werden. Die Zahl wird meines Erachtens eher zunehmen. Es wird aber gesetzliche Änderungen geben. Voraussichtlich ab dem nächsten Jahr wird nicht mehr der Gemeinderat bestimmen, wer bevormundet wird, sondern ein „Gericht“. Mehr kann ich dazu leider nicht sagen.

## Seite 55, Konto 110.316.02 Leasing Fahrzeuge

Stäger Urs, SVP: Leasing Passat: Ich halte zuhanded Protokoll fest, dass wenn der Vertrag ausläuft, das Fahrzeug mittels Bericht und Antrag zu kaufen ist und nicht stillschweigend ein neues Fahrzeug geleast wird.

## Seite 56, Konto 140 Feuerwehr (Pauschalbudget)

Breitschmid Tobias, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon stellt Ihnen folgenden

### **Abänderungsantrag**

Bei den mit „P“ markierten Konten, ist das „P“ für Pauschalbudget im Voranschlag 2011 zu streichen. Ein Zusammenzug bzw. Verrechnung mehrerer mit „P“ markierter Konten wird deshalb nicht mehr zulässig sein und zwar mit folgenden Begründungen:

- Die Lesung und Prüfung des Budgets ist verständlicher und gibt geringeren Anlass zu Unklarheiten
- Die Transparenz wird durch eine eindeutige Zuweisung der Aufwände und Erträge auf das zugehörige Konto erhöht
- Die Möglichkeit einer unnötigen Budgetausschöpfung wird reduziert, d.h. wenn das eine Konto bereits das Budget erreicht hat, wird man bei einer Überschreitung des jeweiligen Kontos grössere Zurückhaltung üben

Jauslin Matthias, Vizeammann: Das „P“ ist jedes Jahr bei der Rechnung und beim Budget wieder ein Thema. Ich verstehe, dass das schwierig zu lesen ist, wenn hinten noch ein „P“ folgt. Ich kann Sie aber beruhigen, dass wir alles entsprechend transparent aufführen und auch hier der Gemeinderat den Vorteil gehabt hätte, dass er bei den beiden „Pauschalbudgets“ (Schule und Feuerwehr) klar bestimmen kann, was wir zur Verfügung stellen. Im Fall der Feuerwehr CHF 100'000.00 und bei der Schule CHF 1.65 Mio. Das wurde dann auf die einzelnen Positionen entsprechend verteilt. Wir haben diese Positionen ins Budget aufgenommen und sie können zu jeder Aufführung einen Antrag stellen. Es stört sie ja eigentlich nicht, ausser dass es schwierig zu lesen ist. Dass wir keinen Leistungsvertrag mit der Schule haben, wissen wir. Darüber haben wir auch schon diskutiert. Man hat auch mit der Schulpflege zusammen diskutiert, wie die Zukunft aussehen soll. Da sind noch keine Entscheide gefallen, ob es in eine Globalbudgetierung geht. Tatsache ist, dass wir dieses „P“ vor allem brauchen, um gut und klar zu definieren, was wir der Schule zur Verfügung stellen. Die Schule hatte übrigens einen höheren Budgetbetrag und wir haben ihnen den

Auftrag gegeben, zu sparen und auf die CHF 1,65 Mio. zu reduzieren. Das war seitens der Schule nicht sehr erfreulich, für den Gemeinderat aber ein klares Führungsinstrument. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Alle Jahre wieder, immer dasselbe. Auch hier könnt Ihr fortsetzen alle gegen die SVP. Kurz drei Punkte:

1. Die SVP lehnt die Globalbudgetierung ab. Wir haben nach Gesetz die Möglichkeit, diese zu wählen. Dann müsste man diesen Leistungsauftrag und auch das Controlling machen.
2. Man müsste die P nicht einfach verstreuen, sondern eine Zahl pro Bereich eingeben und dann die gesamten Aufgaben zusammenfassen. Aber das hier ist ein Witz. Einmal hat man das P, einmal hat man es nicht
3. Wir sind nicht gegen das P, weil wir es nicht lesen können. Diesen Buchstaben können selbst diejenigen der SVP lesen. So schlimm ist es nicht mit der Wohler Bildung. Ich bitte alle, kurz Seite 17 bei den Kommentaren zu lesen. Dort steht : « Mehrausgaben sind innerhalb der bezeichneten Konten durch Minderausgaben oder Mehreinnahmen zu kompensieren » . Das bedeutet, dass die Verwaltung einen Freipass in der Abwicklung durch das Jahr hindurch hat, zu machen, was sie will. Den Gemeinderat interessiert nur noch das Resultat. Klar können wir heute Anträge stellen, das ist uns bewusst. Aber Ihr gebt der Verwaltung die Freiheit, hier etwas mehr auszugeben, da etwas weniger, wenn das Gesamte stimmt. Das ist eben WOV und Globalbudgetierung. Dann müsstet Ihr unseres Erachtens auch die Spielregeln nach Gemeindegesetz einhalten. Das fänden wir richtig und man könnte auch Ziele der Verwaltung überprüfen. Das ist das, was der Gemeinderat nicht will. Er will keine Ziele setzen, man sieht es am fehlenden Legislaturprogramm und er will nicht überprüfen, ob die Verwaltung diese Ziele erfüllt.

Geissmann Thomas, FDP: Ausnahmsweise gehe ich mit der SVP einig, denn auch die FDP kann die SVP unterstützen, wenn sie vernünftige Vorstösse bringt.

Ich habe als Soldat erlebt, wie wir in den Wiederholungskursen Munition verschossen haben, damit wir für das nächste Jahr wieder genug erhalten haben. Ich habe tatsächlich ein wenig Bedenken, wenn das mit diesen Globalbudgets so gehandhabt wird. Es soll in einem Budget darum gehen, dass man sich jeder Jahr überlegt, was es wirklich pro Sachposten braucht und dann entsprechend eine Zahl einsetzt und nicht alles global betrachtet, letztes Jahr hatten sie soviel, also machen wir dieses Jahr etwas mehr.

Suter Stefan, SP: Ich darf kurz für die Feuerwehr Partei ergreifen. Es wird immer vom Leistungsnachweis gesprochen. Wir haben einen Leistungsausweis. Wir haben ein Controlling. Ich weiss nicht, was man da noch hinterfragen will. Wir haben auch ganz klar einen Leistungsauftrag, der ist in der Kommandoakte ganz klar kantonal geregelt. Man müsste nur nachfragen, dann wüsste man, dass das vorhanden ist. Der Kommandant Marcel Christen kann Ihnen das gleich eins zu eins weitergeben.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Nach Gemeindeinspektorat ist die Pauschalbudgetierung möglich. Die Feuerwehr hat in den letzten Jahren bewiesen, dass sie mit den Finanzen verantwortungsvoll umgeht. Ein Mittel dazu ist das Pauschalbudget. Das hat sich als Mittel bewährt, es wird nichts versteckt. Durch die Mehrleistungen konnten die Pauschalbudgets und auch der Nettoaufwand für die Feuerwehr markant gesenkt werden. Das ist eine Leistung der Feuerwehr, es liegt alles offen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Vorab herzlichsten Dank für das Zwischenlob der FDP. Wir haben etwa zehn Jahre benötigt, bis wir dieses Stadium erreicht haben. Von uns aus könnte man jetzt abbrechen.

Wenn schon Stefan Suter, der Mitglied des Feuerwehrkaders ist, sagt, es gäbe diesen Leistungsauftrag, müsste dieser von Gemeinderat erteilt worden sein und zwar jedes Jahr bevor das Jahr beginnt. Dann gibt es anschliessend auch die Zielerreichung. Ich möchte deshalb Toni Schürmann als Ressortvorsteher die Frage stellen

1. Wie heisst der Leistungsauftrag für das Jahr 2010?
2. Wie heisst der Leistungsauftrag für das Jahr 2011?

Nicht irgendwelche Gesetzesbestimmungen aus Aarau.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Einen Leistungsauftrag, den Jean-Pierre Gallati möchte, gibt es vom Gemeinderat nicht. Das ist in der Kommandoakte enthalten und die Aufgaben der Feuerwehr sind definiert nach Gesetz und den Richtlinien der AGV. Für uns ist es so, dass wir verantwortungsvoll mit den Finanzen umgehen. Auch die Feuerwehrleute sind Steuerzahler von Wohlen. Diese gehen ebenfalls verantwortungsvoll mit den Finanzen um. Wenn man die Bemühungen der letzten Jahre betrachtet, wie die Feuerwehr ihre Kosten senken konnte, hat sich das Mittel bewährt.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Eine Feuerwehr ist kein Debattierat. Sie rückt aus wenn es brennt, wenn gerettet werden muss oder wenn es Hochwasser hat. Der beste Test ist immer, ob diese kommen und ob sie die notwendigen Massnahmen ergreifen?

Ich mag mich nicht an eine einzige Reklamation erinnern, dass unsere Feuerwehr ihre Aufgaben nicht richtig wahrgenommen hätte. Toni Schürmann hat das richtig gesagt: Wenn man die Zahlen betrachtet, das war auch ein Grund, weshalb die Feuerwehr Dottikon mit Wohlen fusionieren wollte, konnten die Kosten im Pauschalbudget markant gesenkt werden. Wir bitten sie, den Antrag abzulehnen.

Kohli Benno, FDP: Es ist interessant: Wir reden auf einmal von der Feuerwehr. Selbstverständlich ist diese auch mit einem „P“ versehen. Sie ist aber im Gegensatz zur Bildung ein verschwindend kleiner Posten. Die Bildung macht 30 % unseres Gesamtbudgets aus und wird über „P“ budgetiert. Es ist für mich komisch, dass die Feuerwehr und die Bildung das „P“ haben. Ich möchte der Feuerwehr auch nicht sagen, sie verbrauchen zuviel Geld, auch nicht der Bildung. Aber wir haben bei der Bildung immer wieder Posten, bei denen wir das Gefühl haben, dass die restlichen Schulmobiliarbudgets ausgeschöpft werden. Das ist ein so grosser Teil unseres Budgets, wo tatsächlich mit dem „P“ etwas verschleiert wird, als ob man dazu nichts mehr sagen würde. Ich unterstütze die Aussagen von Thomas Geissmann und bin auch der Meinung, dass das „P“ gestrichen werden soll, weil es keinen Einfluss auf unsere Budgetierung hat.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Bildung entspricht mit CHF 9.8 Mio. 30,5 % der Nettoausgaben der Einwohnergemeinde. Das Pauschalbudget ist CHF 1.65 Mio. dessen. Es ist ein geringer Teil des gesamten Bildungsbudgets, das pauschal ist.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Bei den mit „P“ markierten Konten ist das „P“ für Pauschalbudget im Voranschlag 2011 zu streichen. Ein Zusammenzug bzw. eine Verrechnung mehrerer mit „P“ markierter Konten wird deshalb nicht mehr zulässig sein.*

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP-Fraktion beantragt die Streichung des gesamten Betrages, und zwar mit folgender Begründung:

Gemäss Auskunft des Präsidenten der Schützengesellschaft Bremgarten haben 26 schiesspflichtige Obligatorischschützen mit Wohnsitz in Wohlen die Schiessanlage Bremgarten in diesem Jahr benützt.

Seit der Schliessung der Schiessanlage in Wohlen haben sich die damals über 900 Obligatorischschützen in der ganzen Umgebung zerstreut. Die Standschützen der 300m-Distanz existieren seit Jahren nicht mehr. Ich weiss, dass viel mehr Schützen in Villmergen, Lenzburg, Buchs etc. schiessen als in Bremgarten.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, den Vertrag mit der armasuisse aufgrund der erwähnten sehr geringen Benutzerfrequenz per sofort zu kündigen. Der budgetierte Betrag von CHF 17'600.00 ist zu streichen. Sinnvoll wäre es, die Schützengesellschaft Bremgarten für jeden schiesspflichtigen Obligatorisch-Schützen verursachergerecht zu entschädigen, z.B. mit CHF 50.00 pro Schütze. Das ergäbe für 2010 einen Betrag von CHF 1'300.00. Das Sparpotential läge bei CHF 16'300.00.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Durch die Aufgabe des eigenen Schiessplatzes und dem Entscheid nach Bremgarten zu gehen, konnte man wesentlich einsparen. Man hat auch mit dem Bund wegen der Reduktion der Anzahl Scheiben verhandelt. Es ist in der Tat so, dass ein grosser Teil überall schießt. Sie haben es richtig gesagt. Es besteht ein Vertrag mit der armasuisse und auch mit der Stadt Bremgarten. Mit Bremgarten hat man abgemacht, dass wir Ihnen freundschaftlich einen Betrag bezahlen. Ursprünglich wollte das Bremgarten nicht und hat irgendwann doch nachgegeben. Im Jahre 2009 war es lediglich ein Betrag von CHF 3'000.00. Wir wissen nicht, weshalb wir keine Rechnung erhalten haben. Der Finanzvorsteher hat mir mitgeteilt und den Auftrag gegeben, die Finanzverhältnisse zu überprüfen, mit dem Ziel, dies aufzuheben. Ich bitte Sie, den Antrag zurückzuziehen. Wir nehmen aber Ihr Anliegen entgegen, um das Vertragsverhältnis zu beenden.

Bertschi Bruno, SVP: Eigentlich habe ich das alles bereits gewusst, was Herr Dubler gesagt hat. Der Vertrag mit der Stadt Bremgarten, da ging es um einen „Umweltbeitrag“. Ich glaube, die Zahlung, die an die armasuisse geht, da müsst Ihr darauf hinwirken, dass wir für das Jahr 2011 und alle nachfolgenden Jahre nicht mehr bezahlen müssen. Das ist nicht berechtigt. In diesem Sinne ziehen wir den Antrag zurück mit dem Auftrag an den Gemeinderat, bei Gelegenheit Bericht zu erstatten über die aktuelle Situation.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Bald drei Stunden warten wir auf den ersten Kürzungsantrag der CVP. Es wäre schön, wenn sie einen von uns unterstützen würden. Wir stellen wieder einen. Ihr könnt das Spiel alle gegen die SVP weiterführen.

Der Zivilschutz wurde in den letzten Jahren um zwei Drittel reduziert. Der Bestand ist von ca. 1'000 Mann auf 300 Mann oder noch weniger reduziert. Am Budget der ZSO ist das spurlos vorbeigegangen. Diese geben frischfröhlich gleichviel aus, wie wenn der Zivilschutz den gleichen Bestand wie früher hätte. Die SP sprach früher von zuviel Schutz. Die SP hat vermutlich nicht mal gewusst, wie stark recht sie hat. Auch von der SP müsste man erwarten, dass sie eine Kürzung unterstützt. Wir haben die Kürzung seit sechs Jahren immer beantragt. Der Antrag ging immer bachab. Die SP will immer noch zuviel Schutz, auch

nach der Reduktion des Zivilschutzes. Wir stellen den Antrag auf Reduktion auf CHF 180'000.00. Gleichzeitig habe ich eine Frage an Toni Schürmann: Es würde mich interessieren, welches die Sparvorgaben und Sparbemühungen waren, die der Vorstand des ZSO dieses Jahr in der Budgetierung gemacht hat.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Der Zivilschutz unterliegt und handelt gemäss rechtlichen Grundlagen und Vorschriften und muss das umsetzen, was der Bund und Kanton verlangen. Wir sind bei der Budgetierung des Zivilschutzes als ZSO-Verband immer daran interessiert und bemühen uns auch, das Budget so tief wie möglich zu halten. Dass der Zivilschutz bzw. Bestand des Zivilschutzes heruntergeschraubt wurde, heisst nicht automatisch, dass auch die Kosten gesenkt werden können. Es gibt immer einen Grundsockel an Arbeit, die geleistet werden muss. Zudem haben auch dort Zusatzaufwendungen zugenommen, wie z.B. die gesetzliche Aufgabe eines regionalen Führungsorganes, usw. Ich möchte aber für weitere Ergänzungen Beat Herzog bemühen.

Herzog Beat, Leiter Regionale Zivilschutzorganisation: Es ist richtig, dass die Bestände auf das Jahr 2004 massiv reduziert wurden. Vom Dienstalter 52 auf das Dienstalter 42. Zu einem späteren Zeitpunkt hat man das Dienstalter weiter reduziert auf 40. Im gleichen Atemzug wurde aber mit Beginn des Zivilschutzes 21 die Ausbildung massiv erhöht. Die Grundausbildung der Zivilschutzsoldaten dauert heute nicht mehr drei bis fünf Tage, sondern zwölf Tage. Zudem hat die gesamte Kostenberechnung seitens des Kantons komplett geändert. Rein die Ausbildung, die man in diesem Budget vorfindet, wird mit einem Sockelbetrag nach Anzahl Einwohner berechnet. Das sind fixe Kosten, die der Gemeinde bzw. dem Verband anfallen, ohne dass daran etwas geändert werden kann. Wenn man den Vergleich zieht zum Jahre 2004, wo wir bei ca. CHF 25'000.00 waren, alleine bei der Ausbildung, ist das ein massiver Budgetposten, der erhöht wurde. Das alleine macht CHF 50'000.00 aus. Im Weiteren hätten wir per Gesetz per 1. Januar 2009 das regionale Führungsorgan auf die Beine stellen müssen. Es ist auch seit da operativ und diese Aufgaben, die auf das regionale Führungsorgan zukommen, sind bedeutend höher als ursprünglich gedacht. Ich verweise auf den Auftrag, den wir im vergangenen Jahr vom Kantonalen Führungsstab erhalten haben. Es war ein Auftrag an die regionalen Führungsorgane, ein Konzept für die Bewältigung einer Pandemie zu erstellen. Das gab riesige Aufwendungen, auch wenn es im Nachhinein, wie Ihr alle wisst, versandet ist. Das Szenario steht aber. Da waren alle Verantwortlichen mit im Boot und haben das Szenario erarbeitet. Es hat Tage gedauert, bis das Szenario schlussendlich gestanden ist. Das könnte bei einer Pandemie jederzeit wieder hervorgeholt werden. So stehen noch weitere Szenarien an und müssen im Auftrag von Bund und Kanton erarbeitet werden. Die sind im Moment in Arbeit oder werden in Zukunft in Arbeit genommen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir haben viel gehört, ich glaube Herrn Herzog jedes Wort. Ich bin überzeugt, dass das alles stimmt. Leider ist meine Frage nicht beantwortet. Diese lautet: Welches waren die Sparvorgaben vom Vorstand an die Organisation bei der Budgetierung? Das betrifft die zuständigen Gemeinderäte. Also Toni Schürmann und es hat noch andere Leute von Wohlen, von jeder Gemeinde sind dort Leute. Ich verlange eine Antwort auf diese Frage. Wir alle haben ein Recht, eine Antwort zu erhalten. Es kann sein, dass es keine Sparvorgaben gegeben hat. Dann müsste man das einfach sagen. Die zweite Frage, die sich nun ergibt an das Votum von Herrn Herzog. Er hat operiert mit der Anzahl Dienstpflichtigen. Viel wichtiger wäre die Anzahl Dienstage, die pro Jahr geleistet werden. Es würde mich interessieren, wie hoch diese waren vor Zivilschutz 21. Wie hoch ist die Anzahl der geleisteten Dienstage heute? Dann sehen wir in etwa, wie viel dort läuft, wie viele Dienstage geleistet werden. Das ist das, was teuer ist. Nicht ob eine einzelne Ausbildung ein paar Tage mehr oder weniger beansprucht.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Wir versuchen das Budget so tief wie möglich zu halten nach den Vorlagen, die uns auch seitens des Kantons überstellt werden. Es ist auch so, dass z.B. die Gemeinden sehr gut vom Zivilschutz durch Dienst an der Allgemeinheit profitieren können. Es sind viele Sachen, die durch den Zivilschutz an die Gemeinden geleistet werden. Konkrete Vorgaben kann ich nicht bejahen.

Herzog Beat, Leiter Regionale Zivilschutzorganisation: Darf ich eine Antwort geben bezüglich Anzahl Dienstage. Ich kann nicht auswendig sagen, was seit 2004 bis heute an Dienstage geleistet wurde. Tatsache ist, dass für den Bevölkerungsschutz das Gesetz 2004 ein Obligatorium eingeführt hat und jeder Schutzdienstpflichtige eine Mindestanzahl Dienstage pro Jahr leisten muss. Das bewegt sich zwischen 2-14 Tage, je nach Ausbildung und Funktion der entsprechenden Schutzdienstpflichtigen. Es kommt dazu, wenn man den Vergleich zu den Jahren vor 2004 zieht: Dort war es so, dass die Dienstpflichtigen zwischen 40-50 Jahren keinen Zwang hatten, Dienst zu leisten. Die waren wohl in den Formationen eingeteilt, haben aber grösstenteils keinen Dienst geleistet. Das sind die, die von der Armee herausgekommen sind. Dienst geleistet haben vor allem die Leute zwischen 20-40 Jahren und das sind dieselben, die auch heute noch Dienst leisten. Die Anzahl Dienstage haben sich durch die Reduktion der Bestände in keiner Weise reduziert – im Gegenteil. Die Leute leisten im Moment eher mehr, einerseits gebunden an die gesetzlichen Vorschriften und zum zweiten auch aufgrund der Aufträge, die man seitens der Gemeinde, des Bundes und des Kantons erhält.

## Abstimmung

Der Antrag

*Dass die Einsparung der Konten 160.310 bis 160.380 anteilmässig vollzogen werden müssen und am Schluss die Reduktion von CHF 290'000.00 auf CHF 180'000.00 im Saldo ergibt*

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 61, Konto 210.310.03 Schulmaterial, Drucksachen, Bibliothek, Berufswahlschule

Spörri Marli, SVP: Jedes Jahr sind CHF 7'500.00 budgetiert und jedes Jahr benötigt man das Doppelte. Warum ist das so? Könnte man das nicht mindestens kurz erklären?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Das ist nun genau ein solcher Pauschalbudgetposten. Im Detail müsste ich diese Frage an die Schulverwaltung weitergeben. Diese könnte Auskunft geben, warum man nicht beantragt hat, dass dieser Posten im Budget entsprechend nach oben korrigiert wurde, wenn er jedes Jahr um dasselbe übertroffen wird.

Hitz Ernesto, Schulverwalter: Diese Position ist, wie das bei allen Schulmaterialpositionen ist, schülerabhängig. Gerade an der Berufswahlschule, was dieses Konto betrifft, haben die Zahlen markant abgenommen und entsprechend budgetieren wir tiefer. Ich kann im Moment nicht vergleichen, wie es in den Vorjahren war, ausser im letzten Jahr. Im Jahre 2009 hatten wir CHF 14'000.00, nun sind die Schülerzahlen wieder gesunken und wir sind auf CHF 7'500.00. So geht es bei denen einen nach oben, und in diesem Fall nach unten.

Seite 67, Konto 219.301 Löhne Schulverwaltung

Gallati Jean-Pierre, SVP: Eine neue Einladung an die CVP, einem Sparvorschlag zuzustimmen. Bis jetzt sind bei diesem Konto CHF 205'600.00 vorgesehen. Das wächst ziemlich explosiv an. Vor einem Jahr hatten wir CHF 183'000.00, nun wieder CHF 20'000.00 mehr. Unser Antrag lautet CHF 0.00. Die Schulpflege soll ihre Protokolle selber schreiben, die Sekretaria-

te der Schulleitungen sollen zusätzliche Arbeiten übernehmen. Wir haben Schulleitungen eingeführt, wir haben eine Schulpflege, die immer noch überdimensioniert ist, die können selber mehr schreiben. Wir müssen irgendwo zu sparen beginnen. So geht es nicht. Wir haben beim Zivilschutz von Gemeinderat Toni Schürmann gehört, dass keine Sparvorgaben bei der Budgetierung gemacht werden. Man gibt es irgendwann zu, nach dritter Nachfrage. Habt keine Angst, dass eure Kinder in der Schule schlechtere Noten bekommen. Das betrifft das Schulsekretariat und nicht die Lehrer, wo wir die Stellen kürzen würden. Ich möchte besonders die CVP auffordern, auch einmal einem Sparantrag zuzustimmen. Denn ohne effektiv die Ausgaben herunterzuholen, was überall mühsam ist, kann man mit dieser passiven Haltung wirklich nichts machen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich empfehle Ihnen, diesem Antrag nicht stattzugeben. Wir haben in Wohlen etwas andere Verhältnisse, was die Schule anbelangt. Wir haben drei Schulzentren, die koordiniert werden müssen. Es kann ja nicht sein, dass jedes Schulzentrum mit Aarau irgendwelche Sachen aushandelt und Kontakt hat. Wir brauchen eine zentrale Schulverwaltung in Wohlen, das geht gar nicht anders bei dieser Grösse. Bedenken Sie, dass wir rund 2'400 Schüler haben und diese brauchen Klassenzuteilungen und Klassenlehrer. Das alles läuft zentral über die Schulverwaltung. Es ist nicht möglich, diese Stelle zu streichen.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Die Löhne sollen gesenkt werden von CHF 205'600.00 auf neu CHF 0.00*

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

## **Seite 72, Konto 3.311.01 Ankauf von Bildern und Plastiken**

Stäger Urs, SVP: Ankauf von Bildern und Plastiken streichen. Erstens wird die Sammlung immer grösser und der Platz im Gemeindehaus bekanntlich immer weniger. Es macht also wirklich wenig Sinn noch mehr Ladenhüter einzukaufen und mindestens 1x jährlich abzustauben.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Das hat mit der Kulturförderung allgemein zu tun. Wenn der Künstler keine Bilder verkaufen kann an einer Wohler Ausstellung, übernimmt die Gemeinde ein Bild. Momentan wird das so gehandhabt. Wenn der Künstler ein Bild verkaufen kann an Privatpersonen, werden keine Bilder gekauft.

Bertschi Bruno, SVP: Betrifft das Votum von Ruedi Donat. Wenn die Gemeinde bloss dann Bilder kauft, wenn der Künstler keine Bilder verkaufen konnte, dann kauft die Gemeinde ja bloss Ramsch. Von einem Künstler, der hier ausstellt und nichts verkaufen kann, muss auch die Gemeinde nichts kaufen.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Ankauf von Bildern und Plastiken streichen*

wird mit 17 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Bisher CHF 30'800.00, neu CHF 46'800.00. Wieder eine Stellenerhöhung um 20 %. Wie immer gibt es irgendwelche Begründungen. Dieses Mal müssen sie glaube ich die 1. August-Feier organisieren. Dafür benötigen sie 20 %. Das kann es nicht sein. Aber mit CHF 5'000.00 ein paar Bilder kaufen, in den Keller stellen, verstauben lassen und dann den Gemeinderäten schenken, wenn es die Schöneren sind, das kann es nicht sein. Wir können nicht permanent Stellen erhöhen. Es verschwindet beinahe im Budget. Es wird wieder alle gegen die SVP gehen. Immer mehr Stellen. Man sollte eigentlich den Einwohnerrat abschaffen. Dann könnte die Gemeindeversammlung nur einmal pro Jahr auf dem Budgetweg Stellen erhöhen. Das würde wahrscheinlich nützen. Ich möchte wiederum die CVP einladen, hier mitzumachen. Das ist eigentlich nicht einmal sparen sondern ein Vermindern von Mehrausgaben. Hört mit dem Wuchern der Verwaltung auf.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Das Kultursekretariat macht nicht nur den 1. August zusätzlich. Wir haben dieses Jahr noch zwei Loktaufen in Wohlen, Stadtlauf Luzern zusammen mit Erlebnis Freiamt, 175 Jahre Volksschule, wobei ein 2tägiges Programm im Merkur-Areal organisiert wurde. Das sind alles Sachen, die nebst der 1. August-Feier und den alltäglichen Arbeiten durch das Kultursekretariat organisiert werden dürfen. Wir haben vor, diese 20 Stellenprozente zu erhöhen. Claudia Nick vom Kultursekretariat würde sich zur Verfügung stellen. Wir sprechen auch im Bereich vom Tourismus. Wir möchten mit Aargau Tourismus und mit Erlebnis Freiamt zusammenarbeiten. Das steht alles nicht im Pflichtenheft des Kultursekretariates. In Zukunft sollen Führungen durch Wohlen, die bis jetzt guten und grossen Anklang gefunden haben, über das Kultursekretariat organisiert und geführt werden. Dazu kommen die ihnen bekannten Anlässe wie Jungbürgerfeier, Neuzuzügeranlass, Kulturpreisvergabe und Wirtschaftsanlass. Zu den CHF 5'000.00 für Bilderkäufe: In letzter Zeit sind keine Bilder mehr gekauft worden. Dieses Budget war um einiges höher und man hat keine Bilder mehr zugekauft. Von den Bildern, die wir anschauen wollen, hängen die meisten in der Verwaltung und in den uns zur Verfügung gestellten Räumen.

Bertschi Bruno, SVP: Ruedi Donat hat soeben gesagt, dass der Gemeinderat keine neue Bilder mehr angekauft hat. Was hat er dann mit den CHF 4'900.00 aus dem Jahre 2009 gemacht?

Ruedi Donat, Gemeinderat: Es werden nicht überhaupt keine Bilder mehr gekauft. Es werden Bilder für Ausstellungen gekauft und das ist nicht nur eine, die in Wohlen stattfindet.

Kohli Benno, FDP: Ich schätze die Arbeit des Kultursekretariates sehr wohl und bin überzeugt, dass die Arbeit gut ausgeführt wird. Ich möchte diese auch nicht missen. Aber wenn wir vor dem Budget stehen und sehen, dass wir CHF 1.7 Mio. Cash-Flow haben, wir aber CHF 3 Mio. haben sollten, steht es für mich schräg in der Landschaft, dass wir weitere Stellenprozente erhöhen. Für Sachen, die zwar in Ordnung sind, aber auch situativ gegeben sind. Irgendwo ist es leider so, auch wenn es schmerzt, können wir nicht immer mehr ausgeben. Sonst müssen wir in die Schuldenberatungsstelle, so wie das jeder Bürger auch tut, wenn er zuviel Geld ausgibt.

## Abstimmung

Der Antrag

*Löhne Kultursekretariat Neu CHF 30'800.00 statt CHF 46'800.00*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Spörri Marlis, SVP: Wir stellen den Antrag, den Betrag von CHF 20'000.00 auf CHF 10'000.00 zu kürzen. Es hat einen Stern jedoch keine Erläuterung. Uns würde interessieren, ob eine Rechnung abgeliefert wird oder ob der Verein einen Pauschalbetrag erhält. Im Weiteren würde uns interessieren, wie viele Personen dieses Angebot überhaupt nutzen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich weiss im Moment die effektiven Zahlen auch nicht. Ich kann diese jedoch beschaffen. Es handelt sich um einen Beitrag, der die Gemeinde aufgrund der Leute, die ausgebildet werden, an den Verein leistet. Ich weiss, dass sehr viele Leute diesen Diensten zugewiesen wurden und genutzt haben. Es wurde durch die Toolbox kontrolliert, dass die Kurse bis zum Schluss besucht wurden. Ich weiss, dass das etwas Wichtiges ist. Es ist eine der einzigen Integrationsmassnahmen, die wir uns leisten. Es ist wichtig, diesen Beitrag stehen zu lassen. Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag nicht statt zu geben.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat wird jedes Jahr eingeladen, an der Versammlung teilzunehmen, wo Erläuterungen gemacht werden, wohin auch die Rechnung kommt und es hat mit der sprachlichen Förderung zu tun. Das sind Leute die eine rührige Arbeit machen und es ist ein Bestandteil der Förderung der Integration, die bestimmt kein Luxus ist, bei einem Ausländeranteil von 33 %. Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

Manimanakis Corinne, SP: Ich möchte zu diesem Verein sagen, dass es ganz wichtig ist, dass man diesen unterstützt. Dieser leistet sehr gute Integrationsarbeit, die viel teurer käme, wenn es diesen Verein nicht geben würde. Wir haben auch gelegentlich Anfragen beim Frauenverein, ob wir mithelfen könnten, wenn es z.B. um einen schweren Fall geht wie Spitalbesuche bei Ausländern. Der Verein macht noch viel mehr über die Sprache hinaus und dieser Betrag muss unbedingt stehen bleiben und unterstützt werden.

Kohli Benno, FDP: Aus diesen Voten die ich gehört habe würde mich interessieren, ob der Verein andere Einnahmen als diese der Gemeinde Wohlen hat und ob dieser Verein nun auch Spitalbesuche ähnlich einer Spitex macht?

Die Aussage von Paul, wir hätten keine Integrationsmassnahmen, erstaunt mich. Wir haben eben diese Toolbox für sehr viel Geld beschlossen, auch die Schulsozialarbeit. Ich weiss nicht, ob wir nun die ganze Integrationsleistung auf unserer Seite leisten müssen. Ich bin doch erstaunt, dass das nun soviel höher ist, ohne dass man Auskunft geben kann.

Paul Huwiler, Gemeinderat: Der Betrag im Speziellen wurde nicht erhöht. Diese Leute, die den Kurs besuchen, zahlen ebenfalls einen Beitrag. Ich kläre das ab und lege das an der nächsten Einwohnerratssitzung auf den Tisch, damit ihr die genauen Zahlen habt. Ich konnte dieses Mal nicht an der GV des Vereins „Lernen im Quartier“ teilnehmen. Es ist effektiv so. Es ist eine der niederschwelligsten und wirklich auch eine der wenigen Integrationsmassnahmen, die wir haben. Die Toolbox macht zu einem kleinen Teil Integrationsmassnahmen. Sie macht Informationsmassnahmen für Leute, die in Wohlen zuziehen und zwar nicht nur für Ausländer. Hier geht es nur um Ausländer. „Lernen im Quartier“ lehrt Mütter Deutsch zu sprechen. Das ist ihr Ziel und ihre Aufgabe.

Bruno Bertschi, SVP: Ich möchte Paul Huwiler nur noch daran erinnern, dass die nächste Einwohnerratssitzung zu 99 % morgen Abend stattfindet. Also mach dich auf die Socken, damit du dein Versprechen einhalten kannst.

## Abstimmung

Der Antrag

*Der Betrag von CHF 20'000.00 ist zu kürzen auf CHF 10'000.00*

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Seite 74, Konto 300.365.20 Kulturkredit Förder- und Anerkennungsbeiträge

Wüthrich Beat, Grüne: Ich stelle den Antrag, den Betrag im Konto 365.20 Kulturkredit, Förder- und Anerkennungsbeiträge von CHF 30'000.00 auf CHF 40'000.00 zu erhöhen.

Kultur ist ein wichtiger Standortvorteil. Wohlen hat keine Berge, Wohlen hat keinen See – was macht unsere Gemeinde attraktiv für Neuzuzüger?

Ein reichhaltiges Kulturangebot, das in die Region ausstrahlt, zeigt unsere Gemeinde in einem anderen Licht, bekämpft unser Image vom langweiligen, biederen Provinzkaff und zeigt, dass bei uns etwas läuft und möglich ist. Standortförderung fängt dort an, wo man aus dem etwas macht, wo man stark ist – und da hat Wohlen auf kulturellem Gebiet einiges zu bieten, und genau hier müssten wir fördern. Ich bitte Sie, dieser Erhöhung zuzustimmen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Als Kulturverantwortlicher der Gemeinde Wohlen spricht mir Beat Wüthrich aus dem Herzen. Konsequenterweise muss ich euch bitten, diesen Antrag abzulehnen. Wir wissen, dass die Finanzen nicht immer zum besten stehen hier in Wohlen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich glaube, es wäre den Antrag der Grünen nicht ernst genommen, wenn wir nicht über diesen Antrag debattieren würden. Dann spielt es keine Rolle, welche Uhrzeit es ist. Ich finde es auch nicht gut, wenn man sich über Sparbemühungen lächerlich macht. Es ist keine Sparbemühung, diesen Antrag abzulehnen. Man muss sich viel mehr die Frage stellen, ob der Gemeinderat Wohlen überhaupt in der Lage wäre, die CHF 10'000.00 sinnvoll einzusetzen. Ganz offen gesagt, habe ich das Gefühl, das sind keine Spezialisten in der Kulturförderung. Das ist kein Vorwurf, nur eine Feststellung. Vielleicht würde man das Geld besser nach Boswil geben. Ich glaube diese könnten das Geld gezielter und sinnvoller für die Kultur einsetzen als ein politisches Gremium. Die SVP könnte das auch nicht und auch der Einwohnerrat nicht. Es ist doch völlig falsch, hier Geld auszugeben und noch mehr Geld auszugeben, wenn der Gemeinderat nicht einmal die Kernaufgaben wie das Legislaturprogramm erfüllt. Er hat ja keine Zeit, er ist überlastet. Jetzt muss der Gemeinderat noch schauen, wo er das Geld für die Kultur verteilen kann.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Die Kulturkommission ist nicht irgend sonst eine Kommission. Sie hat Fachleute und sie wissen, wie sie die Beiträge zu verteilen haben. Ich wehre mich hier für die Kulturkommission. Es steht nicht an, diese Leute zu diskriminieren und zu sagen, sie machen ihre Arbeit nicht gut.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Eine kurze Richtigstellung. Ich habe kein Wort gesagt gegen die Kulturkommission. Wir hatten ja selber Leute in der Kommission, vielleicht immer noch. Aber ich habe etwas gesagt gegen die Qualifikation des Gemeinderates. Dazu stehe ich auch. Ich habe gesagt, wir seien der Auffassung, der Gemeinderat sei nicht das richtige Gremium, um Kulturförderung zu betreiben. Ich habe aber auch gesagt, ich könnte das selber auch nicht und die SVP ebenfalls nicht.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Es geht darum, dass du wahrscheinlich nicht weisst, wie es hier drinnen läuft. Die Kulturkommission vergibt die CHF 30'000.00 und nicht der Gemeinderat.

## Abstimmung

Der Antrag

*Erhöhung von CHF 30'000.00 auf CHF 40'000.00*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

## Seite 74, Konto 3.365. Kulturförderung

Veghini Dario, SP: Fast ein bisschen provokativ stelle ich den Antrag zur Erhöhung zu weiteren Kulturförderungsbeiträgen. Ich bin der Ansicht, dass die Beiträge zur Kulturförderung in der Gemeinde Wohlen generell zu niedrig sind und möchte eine Erhöhung um insgesamt CHF 16'500.00, das sind + 0,1 % relativ zum Nettoaufwand, beantragen. Das soll auf folgende Posten aufgeteilt werden:

- |   |                                     |
|---|-------------------------------------|
| - Kultur im Sternensaal                             | von CHF 15'000.00 auf CHF 20'000.00 |
| - Kantiforum  | von CHF 12'000.00 auf CHF 16'000.00 |
| - Diverse Beiträge an Vereinen<br>und Institutionen | von CHF 1'500.00 auf CHF 5'000.00   |
| - Ludothek Wohlen                                   | von CHF 16'000.00 auf CHF 20'000.00 |

Es ist unumstritten, dass diese Organisationen durch ihre Leistung und ihre Ausstrahlung zur Attraktivität von Wohlen wesentlich beitragen. Die SP-Fraktion ist fest überzeugt, dass die Attraktivität einer Gemeinde nicht nur am Steuerfuss gemessen werden kann. Die Kulturförderung ist ein wesentlicher Teil der Standortförderung. Mehrere Kollegen in diesem Rat haben sich vor kurzem bereit erklärt, in die Attraktivität von Wohlen zu investieren. Eine verhältnismässige, aber terminierte Kulturförderung muss deshalb vorangetrieben werden. Der Vergleich mit unseren Nachbargemeinden ist auch interessant. Wohlen investiert ca. 0.7 % seines Nettoaufwandes in die Kulturförderung. Baden und Lenzburg deutlich mehr als 1 %. Die vorgeschlagene Anpassung würde den Beitrag zur Kulturförderung auf 0.8 % bringen. Noch wenig im Vergleich mit unseren Nachbargemeinden, aber genug um ein deutliches Signal zu geben. Das kulturelle Leben in Wohlen soll von der eigenen Initiative der Bürger leben. Es ist aber die Aufgabe der Gemeinde, die Initiative stark zu unterstützen. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, sie tun das auch.

Stäger Urs, SVP: Ich bin hin und wieder im Kantiforum und ich habe noch nie einen Einwohnerrat getroffen. Das wundert mich. Zudem: Habt Ihr schon gehört vom Kulturprozent, das die Migros hat? Ich habe auch noch nie gesehen, dass irgend ein Kulturanlass von Wohlen sich dort um Geld bemüht hat.

Arsène Perroud, Präsident: Ich möchte Dir kurz eine Antwort geben, Urs Stäger: Meine Partnerin ist seit Jahr und Tag im Kantiforum-Vorstand gewesen. Sie haben massgebliche Beiträge von sämtlichen anderen Unterstützungsstiftungen, usw. Ich bin zudem regelmässiger Gast im Kantiforum.

Kohli Benno, FDP: Ich wäre beinahe geneigt, dem zuzustimmen. Ich finde auch, es sei interessant, unter dem Titel „Standortmarketing“ auch die Kultur zu fördern. Wenn es um das Thema Standortmarketing geht, verlange ich nach wie vor den Bericht und auf diesen lege ich Wert. Wenn der Bericht und Antrag oder das Konzept sagt, dass wir für die Standortförderung in Wohlen die Kultur stärken gewichten sollen, bin ich dafür, dass das unterstützt

wird. Aber nun geht es beinahe in Richtung Hagewo und das kann ich nicht einfach so unterstützen. Ich bin sehr für die Standortförderung und kann mir durchaus vorstellen, dass die Kultur ein Teil davon ist. Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich das nicht unterstützen und logischerweise auch nicht auf einer Argumentation, wo es um 0,3 % des Bruttosozialproduktes oder was auch immer geht. Das ist für mich etwas technisch.

Bertschi Bruno, SVP: Mir ist vor allem der Vergleich mit Baden und Lenzburg in die Nase gestochen. Betrachtet deren Jahresrechnung, die arbeiten anders als Wohlen. Das ist kein Vergleich.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich finde, das ist eine gute Gelegenheit, um in die Attraktivität von Wohlen zu investieren. Packen wir doch die Chance. Ich bin auch dafür, dass wir das Konzept für die Standortförderung erhalten aber ich denke, das wird auch in diese Richtung laufen müssen. 1 % für die Kultur ist eigentlich angemessen für die Zukunft.

## Abstimmung

Der Antrag

365.11 Kultur im Sternensaal	von CHF 15'000.00 auf CHF 20'000.00
365.13 Kantiforum	von CHF 12'000.00 auf CHF 16'000.00
365.10 Diverse Beiträge an Vereinen und Institutionen	von CHF 1'500.00 auf CHF 5'000.00
365.08 Ludothek Wohlen	von CHF 16'000.00 auf CHF 20'000.00

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung

abgelehnt.

### Seite 75, Konto 303.314.02 Baulicher Unterhalt durch Dritte ausserordentlich

Kuhn Urs, Gemeinderat: Da kann ich eine Korrektur anbringen. Die CHF 40'000.00 für Trennwände sind bereits ausgegeben.

### Seite 77, Konto 340.365.01 Beiträge an Sportvereine Fussballclub Wohlen

Brunner Edi, SVP: Wir finden es absolut in Ordnung, dass Vereine, die sich für unsere Jugend, Umwelt etc. einsetzen, durch die Gemeinde unterstützt werden, sei dies finanziell oder auch durch die Bereitstellung von genügenden und geeigneten Räumen und Lokalitäten. In diesem Budgetposten werden CHF 3'000.00 an den FC Wohlen ausgewiesen. Wer erhält diese CHF 3'000.00? Der FC Wohlen oder die FC Wohlen AG? Auf welches Konto wird überwiesen? Werden mit diesem Budgetposten wirklich der Breitensport und die Juniorenförderung vom FC Wohlen unterstützt? Oder wird das Geld der FC Wohlen AG zugeführt und dort völlig unnötigerweise den Spitzenfussballern der Challenge League weitergegeben? Wäre dem so, müsste die SVP-Fraktion einen Streichungsantrag stellen. Deshalb bitten wir den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten: Wird der FC Wohlen oder die FC Wohlen AG mit dem Budgetposten unterstützt? Auf welches Konto wird überwiesen?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben heute vermehrt das Wort „Standortmarketing“ gehört. Man kann unterschiedlicher Auffassung sein. Aber wir sind der Meinung, der FC Wohlen sei ein Mittel von Standortmarketing. Wohlen wird weitgehend in der Schweiz wahrgenommen wegen des FC Wohlens. Es ist eine interessante Frage die gestellt wird. Der Betrag CHF 3'000.00 an den FC Wohlen ist ein Betrag mit Höhe und den er sicher schon viele Jahre hat. Dass die Aufwendungen sowohl für den FC Wohlen als auch für die AG ge-

stiegen sind, dürfte keine längere Begründung bedingen. Ich frage jedoch den Finanzverwalter konkret. Ich meinte, dass das Geld an den FC Wohlen geht und nicht an die AG.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Das Geld geht meines Wissens an den FC Wohlen, also Breitensport.

#### Seite 78, Konto 343 Sportzentrum Niedermatten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Drei Fragen. Wir haben dort Einnahmen von CHF 2'400.00. Die kommen meines Wissens aus Rückerstattungen der Firma Eurogreen, die den Kunstrasen pflegt, ein Honorar dafür erhält und irgendwelche Rückerstattungen bezahlt. Zu dem Ertrag von CHF 2'400.00 3 Fragen und die richten sich an den Gemeinderat:

1. Wie hoch sind die Einnahmen aus der Vermietung des Stadions?
2. Sind die CHF 2'400.00, die hier als Einnahmen geplant sind für das nächste Jahr, auch wieder Rückerstattungen der Eurogreen?
3. Wenn es Erträge gibt aus der Vermietung des Stadions, wohin gehen die Erträge? In die Gemeindekasse? In die Kasse eines Vereines oder einer AG?

Kuhn Urs, Gemeinderat: Erträge können die Vereine gemäss Vertrag und Vereinbarung mit der Gemeinde selber einnehmen. Der Vertrag wurde seinerzeit vom Einwohnerrat so abgesegnet. Wie es genau mit den Rückerstattungen der Eurogreen ist, möchte ich den Finanzverwalter fragen.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Rückerstattungen, die hier berücksichtigt sind, sind für die Benützung der Inline-Anlage. Die Einnahmen der Eurogreen haben wir jeweils als Aufwandminderung im Unterhalt verbucht (314).

#### Seite 79, Konto 343.314.01 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Dort ist ein Betrag wegen Serviceverträgen mit der Eurogreen von CHF 26'000.00 auf CHF 93'600.00 gestiegen. Bleibt das so für die kommenden Jahre oder ist das eine Ausnahme?

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich muss die Frage weitergeben an Florian Püntener. Könnten Sie das genau begründen?

Püntener Florian, Bereichsleiter Liegenschaften: Bei diesem Betrag handelt es sich vorwiegend um eine Umbuchung des Kontos 314.02, den wir neu beim Konto 314.01 zugeordnet haben, da es sich um einen regelmässigen, sich wiederholenden Aufwand handelt.

#### Seite 81, Konto 450.365.01 Lungenliga Aargau

Stäger Urs, SVP: Ich bitte den Beitrag an die Lungenliga ersatzlos zu streichen. Begründung: Die Lungenliga hat es geschafft, durch ihre Tätigkeit im Gastgewerbe über 10'000 Arbeitsplätze zu eliminieren. Das Gastgewerbe leidet sehr, es gibt zwischen 20 bis 40 % weniger Umsatz. Ich in meiner Firma habe deswegen 30 % weniger Umsatz. Es kann nicht sein, dass wir solche Tätigkeiten mit öffentlichen Geldern unterstützen.

## Abstimmung

Der Antrag

*Der Beitrag an die Lungenliga sei ersatzlos zu streichen.*

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Seite 82, Konto 540.365.06 Jugendrat

Gallati Jean-Pierre, SVP: Vorgesehene Ausgabe CHF 6'000.00. Dazu eine Frage an den zuständigen Gemeinderat. Hat dies etwas mit dem Kantonalen Jugendrat und dem komischen Parlament zu tun? Oder ist dies ausschliesslich für Wohlen?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Das hat nur mit Wohlen zu tun.

Seite 82, Konto 542 Chinderhuus

Duschén Andrea, FDP: Jedes Jahr kommen zweimal die Anfragen, wie es mit dem Chinderhuus aussieht betreffend Privatisierung. Wir werden immer wieder vertröstet, es gebe noch einen Bericht und Antrag. Das war letztes Jahr bereits so und nun auch wieder. Ich habe bereits bei der Rechnung gefragt und wurde vertröstet. Ich frage nun wieder: Was läuft mit dem Chinderhuus?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich kann zitieren aus der Antwort, die der Gemeinderat an die GPK gegeben hat. *„Im Zusammenhang mit der Privatisierung des Chinderhuus wurden bereits verschiedene Abklärungen getätigt. Einzelne Rückmeldungen diesbezüglich sind noch pendent und müssen ausgewertet werden. Eine Gesamtwürdigung dieser Thematik wurde seitens des Gemeinderates noch nicht im Detail vorgenommen, eine konkrete Antwort kann jedoch in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt werden“.*

Andrea Duschén, FDP: „Kann in absehbarer Zeit beantwortet werden“ hiess es bereits letztes Jahr. Was ist „absehbar“?

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es handelt sich nach meinen bescheidenen Erinnerungen um eine Motion, die zweimal aus der Reihe der SVP eingereicht wurde. Soviel ich weiss hat der Gemeinderat eine bestimmte Frist, um Motionen zu beantworten. Das sind Aufträge des Parlamentes. Ich habe schon erlebt, dass eine Behörde gesagt hat, im Herbst habt ihr den Entscheid. Dann muss man fragen in welchem Jahr. Ich erwarte auch vom Ratspräsidium, dass hinter den Kulissen auf den Gemeinderat Druck ausgeübt wird, dass er solch wichtige Vorstösse, wenigstens innerhalb der doppelten Zeit, die der Gemeinderat hat, beantwortet werden und nicht in der zehnfachen Zeit, denn die Kosten explodieren wieder.

Seite 82, Konto 540.365.02 Kostenbeteiligung Mittagstisch

Lanz Christian, SVP: Nichts gegen das gesamte Projekt, aber stetig steigt der Gemeindebeitrag. Seit Beginn des Projekts Mittagstisch von CHF 5000.00 bis zum heutigen Budget auf CHF 20'000.00. Obschon mehrere Male verlangt wurde, dass klar aufgezeigt werden soll, wie viele Kinder von unserer Gemeinde und wie viele Kinder aus den umliegenden Gemeinden von diesem Angebot Gebrauch machen. Es soll auch aufgezeigt werden, wie sich die Elternteile daran beteiligen. Weiter wurde in diesem Zusammenhang ein Kostenteiler verlangt, wie sich die betroffenen Gemeinden an diesem Projekt beteiligen.

Gemäss den Erläuterungen gegenüber der FIKO von Gemeinderat Paul Huwiler soll der Mittagstisch in den kommenden Jahren noch ausgebaut werden. Das sagt doch auch aus, dass die Kosten noch mehr steigen werden. Der Gemeinderat hat zwar angeordnet, einen Leistungsvertrag auszuarbeiten. Das ist noch nicht unter Dach und Fach. Also für uns nicht würdig.

Wir stellen den Antrag auf Streichung des Budgetpostens 540.365.02, also von den CHF 20'000.00 auf Fr 0.00 zu kürzen, und erwarten vom Gemeinderat einen Bericht und Antrag mit den klar definierten Angaben des Kostenteilers. Wir haben nichts gegen diesen Mittagstisch. Nur gegen die Art, wie hier wieder mehr Geld hineingeschleust werden muss, obschon laut Aussage von Paul Huwiler der Mittagstisch in mehrere Schulzentren ausgeweitet werden soll. Das bedeutet auch Mehrkosten. Ich bitte um Unterstützung des Antrages und dass klar ein Auftrag an den Gemeinderat zurückgegeben wird.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Mittagstisch und Tagesstrukturen hat mit der Standortgunst zu tun. Wenn sich heutzutage Leute nach einem neuen Wohnort umschaun, wo sie ihre Familie haben wollen, ist eines der Kriterien, was die Gemeinde in der ausserschulischen Betreuung bietet. Aus diesem Grunde pflegt die Gemeinde Wohlen mit dem Mittagstisch Schmatz eine langjährige Zusammenarbeit. Schmatz hat um das Jahr 2006 gestartet und soweit zurück habe ich die Zahlen. Es hat damals ein Minus gemacht von CHF 10'000.00, 2007 ein Minus von CHF 9'100.00, 2008 ein Minus von CHF 7'200.00 und 2009 einen bescheidenen Gewinn von CHF 41.90. Das hatte damit zu tun, dass die Gemeinde Wohlen im Jahre 2009 den Betrag leicht erhöht hat. Wir haben einen Partner, das ist der gemeinnützige Frauenverein, der bis jetzt über Jahre hinweg immer Defizite mitgetragen hat. Die arbeiten, erhalten das aufrecht und tragen sogar einen Teil des Defizites mit. Schmatz ist bekanntlich im Gebäude des VJF und das ist relativ weit weg vom Schulzentrum Junkholz. Wir haben das Problem, dass wir Kinder haben, die den Dienst in Anspruch nehmen würden, es aber für die kleinen Kinder zu weit ist über den Mittag. Da sind wir auch gleich beim Punkt. Es geht um die kleinen Kinder. Es sind nur Schüler aus Wohlen, die den Dienst in Anspruch nehmen. Ich habe heute noch mit Corinne gesprochen, sie leitet den Schmatz. Es gibt ganz vereinzelt Schüler aus Hilfikon, die gekommen sind. Man kann nicht sagen, dass regelmässig auswärtige Kinder dabei sind. Falls auswärtige Kinder den Dienst in Anspruch nehmen würden, müssten diese selbstverständlich einen anderen Tarif bezahlen. Die Eltern bezahlen einen Beitrag, pro Mittagessen von CHF 10.00. Es profitieren rund 60 Kinder von diesem Dienst, soweit ich informiert bin. Ich wäre froh, wenn Sie der Erhöhung, die der Gemeinderat vorschlägt, zustimmen würden. Das heisst den Antrag ablehnen, damit man im Junkholz eine zweite Mittagstischgelegenheit aufbauen kann und diese Schüler ebenfalls in den Genuss einer solchen Dienstleistung kommen können.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Streichung des Budgetpostens 540.365.02 Kostenbeteiligung Mittagstisch von CHF 20'000.00 auf 0.00*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

## Seite 84, Konto 580.361.03 Massnahmen gegen häusliche Gewalt

Vogt Roland, SVP: Was sind das für Massnahmen?

Schürmann Toni, Gemeinderat: Es handelt sich um eine Beratungsstelle die der Kanton geschaffen hat, um bei häuslicher Gewalt den Opfern Beratung und Hilfe bieten kann. Das ist ein Beitrag, den die Gemeinde bezahlen muss.

Bertschi Bruno, SVP: Eine Entgegnung an Toni Schürmann: Was ist das für ein Gesetz, wo das drinnen steht? Ist die Zahlung freiwillig? Ist sie vorgeschrieben? Ich bin von deinem Votum nicht überzeugt, ich habe das Gefühl, du weißt das auch nicht.

Toni Schürmann, Gemeinderat: Das Gesetz kann ich nicht benennen, ich weiss es im Augenblick nicht, kann das aber abklären.

Brunner Franz, CVP: Ich bin der Meinung, es geht um das Sozialpräventionsgesetz.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Das ist richtig so.

## Seite 84, Konto 580.361.01 Restkosten Sonderschule/Heimaufenthalt

Spörri Marlis, SVP: Bei der Einführung der Schulsozialarbeit wurde uns immer wieder gesagt, es könnten damit später kostenintensive Massnahmen wie Heimplatzierungen verhindert werden. Es ist mir schon klar, dass diese Auswirkungen nicht bereits im ersten Jahr ersichtlich sind. Aber ist es zwingend notwendig, dass der Ausgabeposten steigt? Könnte man diesen nicht auf demselben Niveau wie das letzte Jahr belassen? Es interessiert uns auch, mit wie vielen Einweisungen im Jahre 2011 gerechnet wird.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Betreffend Anzahl Einweisungen kann ich keine Auskunft geben. Ich kann aber Auskunft betreffend Betrag geben. Das ist eine gebundene Ausgabe. Es gibt eine Schätzung des Kantons, die wir brieflich mitgeteilt erhalten, wie viel wir aufgrund der erwarteten Kosten ins Budget nehmen müssen und das ist nun dieser Betrag. Mehr können wir nicht machen, wir können da nicht kürzen. Wenn man diesen kürzt und der Betrag höher ist, muss dieser bezahlt werden, der effektiv verrechnet wird.

Franco Corsiglia,: Das Ziel für die Anzahl Einweisungen wäre null. Wir können sagen, dass wir im letzten Schuljahr bei etwa fünfzehn waren. Alle setzen alles daran, dass es so wenige Einweisungen wie möglich gibt. Wenn ich wüsste, wie viele das wären, wüssten wir viele Probleme bereits im Voraus. Ich kann es auch nicht sagen.

Kohli Benno, FDP: Ich möchte kurz auf den Abstimmungskampf zur Schulsozialarbeit kommen. Es wurde gesagt, man könne weniger Heimeinweisungen machen mit der Schulsozialarbeit und das Geld komme wieder retour. Das haben wir vorhin gehört und ich glaube das Matthias, das sind Restkosten der Sonderschulung und wir haben keinen Einfluss. Alle die, die der Schulsozialarbeit zugestimmt haben, weil sie gedacht haben, wir hätten nachher weniger Kosten beim Posten „Restkosten Sonderschulung“, denen hat man einen Unsinn erzählt.

## Seite 93 und 94, Konto 780.318.07 Label Energiestadt und 780.319.05 Mitgliederbeitrag Trägerverein Energiestadt

Stäger Urs, SVP: Beide Beiträge, CHF 5'000.00 und CHF 2'000.00, sind zu streichen, da die Gemeinde keinen aktiven Nutzen daraus hat. Es wäre wesentlich sinnvoller, die Verantwortlichen in der Gemeinde, die Hausabwarte, aber auch die Angestellten in den Büros,

usw. auf das Thema Energiesparen zu sensibilisieren. Wer den Bericht von den Effen Ingenieuren über den Energieverbrauch in den öffentlichen Gebäuden liest, wird mir zustimmen. Es nützt nichts, sich damit zu brüsten, dass man eine Energiestadt ist. Es nützt aber sehr viel, wenn man das Thema auch ernst nimmt.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Diesen Herbst wird ein Re-Audit für die Energiestadt Wohlen gemacht. Die CHF 5'000.00 sind für die Ergänzungen bestimmt, die es jedes Jahr braucht. Das Konto „Mitgliederbeiträge Trägerverein“, das angesprochen wurde, geht in dieselbe Richtung. Das ist der Beitrag, den man an diejenigen bezahlt, die das Re-Audit machen. Zu den Spargründen: Da sind wir ständig daran. Es vergeht fast keine Woche, wo man diesbezüglich nicht etwas in der Zeitung lesen kann. Wir haben eine Fachstelle Umwelt- und Energieberatung, Peter Eberhart und ich denken, er macht seine Arbeit sehr gut. Ich bitte euch, diese Beträge im Budget stehen zu lassen.

Stäger Urs, SVP: So gut scheint die Arbeit nicht gemacht zu werden. Wenn am 1. September bei Aussentemperaturen von 33 Grad im Schwimmbad elektrisch geheizt wird, habe ich damit ein Problem.

## Abstimmung

Der Antrag

*Beide Beträge, CHF 5'000.00 und CHF 2'000.00, sind zu streichen*

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

Seite 94, Konto 790.318.01 Honorare Konzepte, Ortsplanung Gestaltungs-/ Strassenrichtplan

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich stelle im Namen der SVP-Fraktion folgenden Antrag den Budgetposten auf CHF 50'000.00 statt bisher vorgesehen CHF 107'000.00 festzulegen.

Das ist kein Sparantrag. Uns ist auch klar, dass die Zonenplanung vorangetrieben werden muss. Allerdings ist es so, dass über Ausgaben, die über mehrere Jahre laufen, ein Bericht und Antrag geschrieben und ein Verpflichtungskredit verlangt werden muss, der vom Einwohnerrat abgesegnet und am Schluss auch abgerechnet werden muss, ähnlich wie bei einem Bauprojekt. Wir operieren nur immer mit Budgetpositionen. Jedes Jahr von der Hand in den Mund, ähnlich wie damals bei der Erschliessung Rebberg, wo der damalige Fiko-Präsident Guido Benz in einer grossen Kleinarbeit über das Budget und über die Rechnungen der letzten Jahre die Kosten zusammengestellt hat. Wir von der SVP haben überhaupt nichts gegen Ausgaben in der Raumplanung. Wir wollen aber auch diese im Griff behalten, Kontrolle ausüben können und uns interessiert es als Frage an den Gemeinderat, wieso es keinen Verpflichtungskredit gibt, warum nie ein Bericht und Antrag gekommen ist. Der Antrag lautet, dass man auf CHF 50'000.00 reduziert. Das würde den Gemeinderat zwingen, Bericht und Antrag zu schreiben. Weil er nur mit dem Geld, das er über den Bericht und Antrag erhält, die Raumplanung richtig weiterführen kann. Wir haben dann die Möglichkeit, Kostenkontrolle ausüben zu können, wenn wir den Verpflichtungskredit abnehmen und abrechnen. Es interessiert uns wirklich, was die Grundlage für solche mehrjährige, langjährige Ausgaben in sechsstelliger Höhe ist. Das müssen wir in den Griff bekommen, sonst laufen uns die Kosten auch hier, wie damals beim Rebberg, aus dem Ruder.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Überlegungen von Herrn Gallati haben wir nun Jahr für Jahr gehört. Man hat diesen Weg beschritten und das ist nichts Ausserordentliches. Es geht darum, diese Arbeiten betreffend Revision des Bau- und Zonenplanes zum Abschluss

zu bringen. Davon werden Sie bald wieder hören. Wir bitten Sie, damit wir diese Planungen beenden können, den Antrag abzulehnen. Im Übrigen liegt die Rechnung auf. Man kann zu den Punkten Fragen stellen und selbstverständlich wird bei uns aufbewahrt, was die einzelnen Positionen anbelangt. Wir müssen und sind in der Lage, anschliessend Auskunft zu erteilen. Behindern Sie bitte die Gemeinde nicht daran, wenn es darum geht, diese planerisch vorwärts zu bringen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Von Behindern der Gemeinde kann keine Rede sein. Der Gemeinderat ist in der Lage, innert 5 Tagen einen Bericht und Antrag zu schreiben und an die nächste Sitzung zu bringen, wenn er will. Es geht darum, die Vorschrift korrekt einzuhalten, 225 andere Gemeinden im Kanton machen immer einen Bericht und Antrag, gehen mit dem Verpflichtungskredit an die Gemeindeversammlung oder den Einwohnerrat bei Zonenplänen, das weiss wahrscheinlich auch Franz Wille aus seiner Tätigkeit in Villmergen. Mich interessiert aber in diesem Zusammenhang die Meinung des Fiko-Präsidenten, wieso er das überhaupt geschehen lässt? Hat die Fiko überhaupt eine Meinung, diskutiert sie solche Themen oder ist es ihr an und für sich egal? Laissez-faire, wir geben das Geld aus und uns interessiert nicht, wie hoch die Gesamtkosten der Raumplanung sind.

## Abstimmung

Der Antrag

*Reduktion um CHF 57'000.00 auf CHF 50'000.00 statt CHF 107'000.00*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

## Seite 94, Konto 790.362 Beitrag an Regionalplanung

Kohli Benno, FDP: Ich stelle den Antrag, dass der Beitrag wieder auf CHF 14'500.00, sprich CHF 1.00 pro Einwohner, reduziert wird, wie er es in den vergangenen Jahren war, bevor man die Erhöhung mit der komischen Begründung des Pflegegesetzes gemacht hat. Die Erhöhung des Beitrages an die Regionalplanung ohne sichtbare Erfolge ist meines Erachtens abzulehnen und ist das Geld nicht wert.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Franz Wille war der Vorgänger des Repla-Präsidenten. Es gibt eine Abgeordnetenversammlung und da wird der Betrag festgelegt. CHF 1.50 pro Einwohner ist ein sehr geringer Betrag im Vergleich zu anderen Replas. Ein Gebiet, das letztes Jahr vor allem kostenintensiv war, sind die gesamten Abklärungen im Zusammenhang mit dem Pflegegesetz. Dort geht es darum, Kosten einzusparen. Die Leistungen, die hier erbracht werden, sind es alleweil wert. Natürlich kann man einen Beschluss fassen, aber nachher ist entscheidend, was die Abgeordnetenversammlung beschliesst und dann muss die Rechnung einfach bezahlt werden. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Kohli Benno, FDP: Die CHF 28'000.00 betreffend dem Pflegegesetz sind im Budget 2010 enthalten, damit ist das erledigt. Ich stelle einfach fest, dass man nach einer Erhöhung der Ausgaben nur auf die Hälfte zurückgeht. Die Abgeordnetenversammlung wird wahrscheinlich wieder so sein, dass es wieder ein überregionaler Verband ist, der über alle hinweg etwas beschliesst, was er will und wir erhalten die Rechnung. Ich frage mich echt, wie viele Beträge das noch sind, wo einfach still erhöht und gesagt wird, es koste jetzt mehr. Es wird gar nicht darüber diskutiert. Schlussendlich sind das Kosten, die wir bezahlen. Ich sehe keine Leistung im Gesamten. Mit den regionalen Sachplänen, die der Kanton macht, werden die Regionalplanungsgruppen zwischen Gemeinden und Kanton zerrieben. Ich weiss, dass es das Instrument gibt, aber ich sehe keinen Sinn, das zu erhöhen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Benno Kohli ist nicht auf dem neusten Stand. Im Zusammenhang mit dem neuen Baugesetz hat man auch regionale Sachpläne eingeführt. Der Kanton legt mehr Wert darauf, dass es bei Revisionen der Zonenpläne, aufeinander abgestimmt ist. Man will eher mehr, wir wehren uns zum Teil dagegen. Was die demokratische Legitimation anbelangt, muss ich korrigieren, dass Entscheide, die in der Abgeordnetenversammlung gefällt werden, vorher bei den Gemeinderäten sind, Gemeinderäte mandatiert werden und ganz klar festgehalten ist, dass jede Gemeinde mindestens ein Mitglied im Vorstand haben könnte. Davon machen nicht alle Gebrauch. Von der Legitimation kann man nicht sagen, dass diese überhaupt nicht vorhanden ist und wenn ich richtig informiert bin, das wissen die anwesenden Grossräte, ist sogar vorgesehen, dass man Initiativ- und Referendumsrecht einbauen will. Es ist nicht irgendeine unkontrollierte Cruise Missile, die in der Landschaft umher fliegt, sondern es hat eine Basis. Der Betrag, der festgelegt wurde, ist sehr bescheiden. Insbesondere im Zusammenhang mit den Veränderungen im öffentlichen Verkehr, gibt es eine sehr intensive Zusammenarbeit zwischen den Replas Oberes Freiamt, Unteres Bünztal und Mutschellen, die einen Bevölkerungsraum von 100'000 Personen abdeckt. Dies wird auch vom Kanton als sehr gewichtig wahrgenommen. Dass diese Verbesserungen im öffentlichen Verkehr im Zusammenhang mit der bevorstehenden Eröffnung des 3. Gexi-Gleises im November und der Einführung der Flirt-Züge realisiert werden konnten, ist nicht zuletzt auf den Einsatz der Repla zurückzuführen. Lehnt bitte den Antrag ab.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die SVP unterstützt selbstverständlich den Kürzungsantrag von Benno Kohli. Man hat den Betrag angehoben letztes Jahr mit der Begründung „Engagement Pflegegesetz“ etc. Dieses Engagement ist beendet, also muss man jetzt wieder zurück. Vielleicht mag es sein, dass das neue Baugesetz eine 5%ige Zusatzaufgabe der Replas überbürdet hat. Dann muss man nach Sparmöglichkeiten suchen. Es ist wie bei der ZSO, wir haben es von Toni Schürmann gehört, nach zweimaligem Nachfragen. Gespart wird nicht, Sparbemühungen 0. Demokratisch legitimiert, Herr Gemeindeammann, ist es, das gebe ich zu, es ist an und für sich korrekt. Aber wir dürfen auch, und zwar von unten her demokratisch legitimiert, beschliessen wenn wir kürzen wollen. Das ist dann der Auftrag an den Gemeinderat, die Kürzungen in die Vorstände und in die Abgeordnetenversammlung hineinzutragen. Deshalb unterstützen wir den Antrag, auch wenn es bereits 23.45 Uhr ist. Wir können auch um 03.00 Uhr noch diskutieren.

Wille Franz, CVP: Was der Herr Gemeindeammann gesagt hat, ist absolut richtig. Benno Kohli scheint keine Ahnung zu haben, was die Aufgaben der Repla sind und was sie in den letzten Jahren gemacht haben. Vor allem im planerischen Bereich was dich interessieren sollte. Beispielsweise mit der Fahrplangruppe, wo wir hier auch schon hitzige Debatten hatten, das ist auch ein Teil der Repla, regionale Entsorgungsmassnahmen ebenso. Unsere Regionalplanungsgruppe arbeitet mit einem ganz niedrigen Budget. Dieser Betrag im Budget ist etwa 40 % des Gesamtbudgets der Repla unteres Bünztal, weil Wohlen fast die Hälfte der Einwohner stellt und somit auch mehr Stimmrecht hat als die anderen. Jetzt könnt Ihr euch vorstellen, wie das bei unseren Nachbargemeinden ankommt, wenn Wohlen diesen Beitrag streicht.

Kohli Benno, FDP: Die Regionalplanung interessiert mich sehr wohl. Mir geht es um die Resultate. Ich sehe zu wenige Resultate. Daneben muss man auch klar sagen, dass sich die anderen Gemeinden auch Fragen stellen, wenn Wohlen und Villmergen als einzige ablehnen und die anderen nichts zu sagen haben. So ist es etliche Male passiert. Das ist noch viel peinlicher. Wir studieren die Sachen auch und wir sind nicht unfähig und blöd. Vorher hatten wir CHF 14'000.00, jetzt will man CHF 21'750.00, dann müsste mindestens die Hälfte mehr Leistungen herauskommen.

## Abstimmung

Der Antrag

*Der Betrag für die Regionalplanung soll von CHF 21'700.00 auf CHF 14'500.00 reduziert werden*  
wird mit 13 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

### Seite 96, Konto 840.412 Konzessionsgebühren IB Wohlen AG

Gallati Jean-Pierre, SVP: Vorgesehen ist der Betrag von CHF 180'000.00 Einnahmen Konzessionsgebühren. Wir von der SVP sind natürlich daran interessiert, dass der Betrag möglichst hoch ist. Das würde auch die Rechnung entlasten. Dazu zwei Fragen an den Gemeinderat:

1. Wie bemisst sich der Betrag?
2. Es gibt ja einen Vertrag mit der IB Wohlen AG. Wie lange läuft der Vertrag? Wann wird die Leistung neu ausgeschrieben, damit ein Wettbewerb hergestellt werden kann und andere Offerenten eingeladen, die vielleicht höhere Konzessionsabgaben, leisten würden, dass vielleicht plötzlich eine viel höhere Zahl steht als CHF 180'000.00?

Jauslin Matthias, Vizeammann: Es steht auf Seite 34, 860.412. Ein Reglement, das der Einwohnerrat erlassen hat, dass die Konzessionsgebühren im Strassenreglement festgelegt sind mit CHF 1.00 pro Laufmeter Rohrblock. Wenn Sie den höher möchten, müssten Sie das Strassenreglement anpassen. Wie lange der Konzessionsvertrag gültig ist, Jean-Pierre Gallati, kann ich auswendig nicht sagen. Ich bin der Meinung, wir hätten diesen auf 10 Jahre gemacht, bin aber nicht 100 % sicher.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die Frage 1 ist klar beantwortet. Das lässt die Aussicht offen, dass wenn der Rebbewer erschlossen ist, der Betrag nach oben geht, weil es mehr Laufmeter Strasse gibt. Das ist erfreulich. Die zweite Frage, wenn der Vertrag auf 10 Jahre befristet wäre, müsste man wahrscheinlich jetzt daran denken, diesen zu erneuern. Denn von 2002, als die Verselbständigung war, plus 10 Jahre ergibt das Jahr 2012, also übernächstes Jahr. Dann müsste man jetzt an die Erneuerung des Vertrages denken. Die Frage war ja eigentlich, wann wird das ausgeschrieben? Die Konzession wird erneuert und vorher ausgeschrieben wie bei einem Kraftwerk. Da können sich die Stromfirmen bewerben, wenn sie ein Kraftwerk für die nächsten 50 Jahre übernehmen möchten und bezahlen dann die Konzessionsabgaben. Das müsste in Wohlen mit der Konzession auf Stromverteilung genau gleich ablaufen. Das kann ja nicht sein, dass es immer dieselbe Firma macht, ob sie nun privat oder öffentlich ist. Vielleicht auch ein Hinweis an den Gemeinderat, obwohl er kein Ressort hat im Bereich IBW. Diese hat über CHF 30 Mio. Umsatz. Der Gemeinderat stellt zwei Verwaltungsräte, hat aber immer noch kein Ressort im Bereich IBW. Er müsste sich ja Gedanken machen, wie es weiter geht in diesem Bereich. Es mag mühsam sein für gewisse Gemeinderäte, immer dasselbe zu hören, aber es ist nach wie vor dasselbe Problem. Wir geben keine Ruhe, bis das grosse Problem gelöst und richtig an die Hand genommen ist, auch wenn es 23.30 Uhr ist.

### Seite 96, Konto 820.410 Jagdpachtzins von Jagdgesellschaft Wohlen

Kohli Benno, FDP: Wir haben CHF 0.00, weil das neue Jagdgesetz eingeführt wurde und die Gemeinde leider das Geld nicht mehr erhält, sondern das Geld nun nach Aarau fliesst. Schade, aber ist nun mal so.

Kohli Benno, FDP: Der Betrag soll von CHF 30'000.00 auf CHF 100'000.00 erhöht werden. Begründung: Nach drei Jahren ist immer noch kein Konzept für eine Standortförderung erarbeitet. Da der Gemeinderat das offenbar nicht kann oder nicht will, soll das durch Fachleute extern erarbeitet werden, damit der Einwohnerrat endlich Bericht und Antrag erhält. Ich möchte Sie bitten, das zu unterstützen, damit das peinliche Gespräch betreffend der HAGEWO dieses Jahr nicht wieder stattfindet.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben vorhin bei der Ortsplanung gehört, dass ein Bericht und Antrag vermisst wurde. Das ist eine Thematik, mit der wir uns auseinandersetzen werden. Das wird ein Bestandteil des Legislaturprogramms sein. Wir wollen darlegen, wie man das Standortmarketingkonzept macht und den Begriff haben wir heute bei verschiedenen Anträgen verschiedentlich gehört. Es sind unterschiedliche Vorstellungen vorhanden, was man sich unter Standortmarketing vorstellt. Bevor wir hier so locker CHF 70'000.00 mehr ausgeben, müssen wir eine Einigkeit haben. Wir gehen mit den Mitteln sorgsam um, wenn wir diesbezüglich eine Vorstellung hätten, wo die Kosten von CHF 30'000.00 überstiegen würden, möchten wir mit einem Bericht und Antrag an den Einwohnerrat gelangen, damit sich der Rat Rechenschaft geben kann, was man damit gemacht hat. Lehnt diesen Antrag bitte ab.

Keller Anna, Grüne: Ich möchte grundsätzlich fragen, was mit den CHF 30'000.00 gemacht wird?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich kann noch nicht Genaueres sagen. Aber z.B. der Wirtschaftsanlass wird darüber abgewickelt. Letztes Jahr waren beispielsweise in der Rechnung Positionen erhalten, die wir für Vermittlung im Zusammenhang mit Liegenschaftsverkäufen haben. Da ist einiges gelaufen und da sind Berichte und Anträge oder Vorlagen in Vorbereitung, die ihnen unterbreitet werden. Diese Massnahmen haben gefruchtet, weil wir selber die Zeit nicht haben, um das alles vom Gemeindehaus her zu machen. Detaillierter kann ich das nicht sagen. Es können Mittel eingesetzt, für gewisse Vorbereitungen, werden. Wir werden aber auch mit diesem Geld sorgsam umgehen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Darf ich dem Votum des Gemeindeammanns entnehmen, dass nächstens ein Bericht und Antrag bezüglich dem Konzept Standortmarketing an den Einwohnerrat gelangen wird?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte korrekt sein, weil man zeitliche Begriffe definiert. Ich würde sagen, das Thema ist ein Thema für den Gemeinderat und das Wort „nächstens“ würde ich weglassen, weil wir sonst wieder den Streit haben, was „nächstens“ ist.

Bertschi Bruno, SVP: Ich verstehe den Antrag von Benno Kohli so, dass man dem Gemeinderat die CHF 100'000.00 zur Verfügung stellt. Er muss die ja nicht auf Teufel komm raus für irgendetwas brauchen. Wenn er das Geld nicht braucht, wird es nicht ausgegeben. Aber falls ihm doch noch etwas Sinnvolles einfallen sollte in Sachen Standortmarketing, sollte er die Mittel zur Verfügung haben.

Kohli Benno, FDP: Ich möchte es nochmals präzisieren: Die CHF 70'000.00 zusätzlich sind dafür vorgesehen, dass der Bericht und Antrag endlich vorbereitet werden kann. Es muss doch ein Konzept erarbeitet sein. Der Gemeinderat ist offenbar nicht willens, dies zu tun, oder nicht in nächster Zeit. Den zeitlichen Begriff lassen wir nun weg. Es sollte etwas passieren. Der Bericht und Antrag ist beinahe dreijährig. Wir sprechen jedes Mal darüber und ich werde auch nicht aufhören, darüber zu reden, bis wir endlich etwas auf dem Tisch ha-

ben, das den Namen verdient. Deshalb möchte ich dem Gemeinderat ein Budgetkredit vorschlagen von CHF 70'000.00. Für das kann man sicher einen Bericht erarbeiten, oder mit den CHF 30'000.00 zusammen sind es ja CHF 100'000.00. Brauchen muss man es nicht. Ziel ist: Bericht und Antrag an den Einwohnerrat.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Den Vorstoss, den Benno Kohli meint, war im Zusammenhang mit dem Teilamt des Gemeindeammanns. Das ist nicht gekommen. Den muss man in irgendeiner Form noch abhandeln. Aber diese Grosszügigkeit ist für uns beinahe umwerfend nach diesen Diskussionen, die sie hatten. Machen Sie mit dem Antrag was sie wollen, was sie als gut erachten. Aber ich bin überwältigt, dass Sie uns das Vertrauen aussprechen und uns jetzt locker CHF 70'000.00 auf das draufsetzen wollen, was wir gemeint haben, um ihnen einen Bericht und Antrag zu bringen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Danke, dass ich hier auch ein erstes Votum halten darf. Wenn es droht absurd zu werden, muss man etwas sagen. Bei der Zonenplanung, die Walter Dubler angesprochen hat, geht es um eine Ausgabe, die mehrere Jahre hintereinander über einen Budgetkredit im Einwohnerrat bewilligt wird und es am Schluss nie eine Gesamtabrechnung geben wird, das ist unsere Kritik. Wir haben eine Vorschrift in den finanzhaushaltsrechtlichen Vorschriften des Kantons, dass wir bei mehrjährigen, überjährigen Ausgaben einen Verpflichtungskredit beschliessen müssen. Ich warte immer noch auf die Antwort der Finanzkommission. Beim Antrag von Benno Kohli geht es nicht um eine mehrjährige Ausgabe, sondern um eine die nur ausschliesslich das nächste Jahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 konsumiert und auch abgeschlossen werden soll. Wenn der Gemeinderat mehr will, muss er Bericht und Antrag bringen, wie es der Antragsteller Benno Kohli geschildert hat. Man kann ja schon zuerst bei der Raumplanung sagen, man will es nicht und hier sagen, man will unbedingt einen Verpflichtungskredit. Das wirkt auf mich persönlich scheinheilig.

## Abstimmung

Der Antrag

*Der Betrag für das Standortmarketing soll von CHF 30'000.00 auf CHF 100'000.00 erhöht werden*

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

## Seite 98, Konto 940.426 Dividende Aktien IB Wohlen AG

Bertschi Bruno, SVP: Wie weit ist die Bearbeitung meines Postulates betr. Bewertung der IB Wohlen AG gediehen? Ich mag mich erinnern an die letzte Generalversammlung der Firma, wo wir zu unserem grossen Erstaunen teilnehmen durften. Es wurde festgelegt, dass der Gemeinderat die Abklärungen treffen muss und nicht der Verwaltungsrat der IB Wohlen AG. Bis wann können wir mit einem Bericht rechnen, mit Zeitangabe?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das ist eine berechtigte Frage und es ist eine Pendeuz, die unmittelbar bei mir liegt. Wir haben vier Offerten eingeholt und der Gemeinderat hat sich entschieden, mit welcher Firma er fahren möchte. Man muss jetzt dort betreffend Arbeitsausgestaltung, die Sache noch konkretisieren. Ich persönlich werde mich bemühen, dass wir das innert vernünftiger Frist machen können und wir Ihnen die Vorlage unterbreiten können. Wir haben bald Oktober, ich bemühe mich, dass sie in diesem Jahr noch einen Bericht und Antrag erhalten.

Lanz Christian, SVP: Bekanntlich findet in dieser Liegenschaft der Unterricht der Musikschule statt, was sicher ein wichtiger Teil von unserem Ausbildungsangebot ist. Doch nach Rückfrage anlässlich der gemeinsamen Sitzung mit Finanzvorsteher/Finanzverwalter und FIKO war klar die Aussage vom Gemeinderat Matthias Jauslin, dass man sich im klaren sei, dass die Liegenschaft Steingasse 3 nicht das richtige Objekt für den Musikunterricht sei in Bezug auf bauliche Einrichtungen, die man im Moment hat und man sei im Gemeinderat an den Schulraumabklärungen.

Wir erachten es als unangebracht und konzeptlos, dass jetzt noch CHF 83'100.00 in dieses Haus gesteckt werden, wenn man sich schon bewusst ist, dass man bereits eine andere gute Lösung sucht. Wir bitten den Gemeinderat, so schnell wie möglich eine tragbare Lösung für die Zukunft zu unterbreiten und stellen den Antrag auf Kürzung des Budgetpostens Konto 943.314 von CHF 83'100.00 auf neu CHF 15'000.00. Die Kosten für Allgemeinen Unterhalt, Ersatz Beleuchtung und Wandtafeln mit Notenlinien sollen bestehen bleiben.

Ich bitte Sie, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen diesem Antrag zuzustimmen. Wir können Geld sparen und sicher eine bessere Lösung finden.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Es stimmt, ich stehe zu dieser Aussage. Es ist ein schwieriges Haus für Musikschule, der Unterricht in diesem Haus ist erschwert. Wir müssen akustische Raumverbesserungen machen, auch aus Arbeitsschutzgründen für die Musiklehrer. Die Lärmbelastung ist zu hoch, auch wenn es Musik ist. Wenn man einfach so schnell ein neues Gebäude herbeizaubern könnte im Rahmen eines solchen Planungsprozesses, könnte man darüber diskutieren. Aber die nächsten Jahre wird das Haus mit Garantie als Musikschule funktionieren. Deshalb ist es auch zwingend notwendig, dass man die Sanierungen macht. So schnell geht es mit der Schulraumplanung nicht und je nach dem, das werden Sie im Finanzplan sehen, wie man die ganze Geschichte mit allen Investitionen takten kann, müssen wir damit rechnen, dass wir die Musikschule die nächsten Jahre mit Garantie an diesem Standort haben werden.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Der Budgetposten 943.314 ist von CHF 83'100.00 auf CHF 15'000.00 zu kürzen*

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

Kohli Benno, FDP: Wir haben folgenden Antrag: Der Betrag für die Dividende der IB Wohlen AG soll von CHF 800'000.00 auf CHF 1 Mio. erhöht werden. Begründung: Die IB Wohlen AG ist eine Firma, die zwischen CHF 30 Mio. bis CHF 50 Mio. Wert ist. Da ist eine Dividende von CHF 800'000.00 schlicht lächerlich. Bereits 2009 wurden CHF 960'000.00 an die Gemeinde ausbezahlt. Wir sind der Meinung, es sollte bei einem angespannten Finanzbudget möglich sein, dort Geld zu erhalten, wo Geld ist. Wir sollten schauen, dass wir von der IB Wohlen AG für das Investment tatsächlich eine angemessene Dividende erhalten. Bitte unterstützen Sie den Antrag.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen. Wir nehmen die Gedanken und den Wunsch mit, aber die Dividende wird an der Generalversammlung der

IB Wohlen AG festgelegt und das bedingt vorher eine gründliche Analyse des Jahresabschlusses. Aber die Botschaft haben wir gehört.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte den Gemeinderat nur darauf hinweisen, dass die Bewertung der IB Wohlen AG, die uns in Aussicht gestellt wurde, auch viel erfolgreicher und besser ausfällt, wenn eine höhere Dividende bezahlt würde, weil dann die Rendite des Kapitals höher ist. Das gilt es zu bedenken.

Kohli Benno, FDP: Selbstverständlich ist das eine Zielformulierung, das ist klar. Aber eine Zielformulierung gibt jeder Investor, der ein Unternehmen wirklich beherrscht. Die Gemeinde Wohlen beherrscht die IB Wohlen AG, gibt klare Vorgaben und klare Ziele. Wenn das Ziel CHF 800'000.00 ist, ist das Ziel deutlich kleiner als wenn das Ziel CHF 1 Mio. ist. Wenn es CHF 1 Mio. ist, heisst das, wir wollen das Geld. Wir sehen dann selber, dass der Abschluss anders aussieht. Ich möchte einfach zu Bedenken geben: Der Gemeinde- und Einwohnerrat sieht höchstens in die Abschlüsse der IB Wohlen AG, wir sehen jedoch nicht in die Tochtergesellschaften hinein.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Das ist jetzt ein wichtiger Punkt, wo ich auch die CVP einladen möchte, aus der Lethargie zu erwachen und vielleicht selber beizutragen, dass man mehr Geld herausholen kann und zwar ohne jemanden gross zu vergewaltigen. Wenn man eine Dividende vorsieht von CHF 800'000.00 bei einer Firma, die vielleicht CHF 40 Mio. Wert hat, das werden wir alle irgendwann erfahren, sind das etwas 2 %. Es wird immer gesagt, es seien 10 % auf den nominalen Aktienkapitalwert, es sind aber etwa 2 %. Wenn der Gemeinderat mit 2 Verwaltungsräten, die er abstellt, keine klare Vorgabe macht in der Firma, welches die Dividendenpolitik ist auf die nächsten 4 Jahre, ist das schlicht und ergreifend Führungslosigkeit. Das findet nicht irgendwann am Schluss statt. Es muss ja eine Vorgabe geben an den Verwaltungsrat der IBW und die muss umgesetzt werden, dafür sorgen die delegierten Gemeinderäte. Wenn sie es nicht können, ist es so, dass jemand anders die Firma führt als die beiden delegierten Gemeinderäte. CHF 10'000.00 Gewinn pro Mitarbeiter würde bedeuten bei 70 Mitarbeitern (Strom, Wasser, Gas, alles zusammengezählt), einen Gewinn von CHF 700'000.00. Das ist extrem wenig. Wenn eine Firma mit 70 Mitarbeitern, die in einem Monopolbereich arbeitet (Strommonopol, Wassermonopol, ich glaube auch Gasmonopol), die die Preise auch noch selber festlegen kann, nur CHF 10'000.00 herausholt, nähert sich diese einer geschützten Werkstatt an oder einem Beschäftigungsprogramm. Es gibt keine Firma, die in einem Monopol arbeitet, die nicht ein Vielfaches herausholt. Wir sehen aber auch, dass es gewisse Grenzen gibt, weil man schlussendlich den Bürger stärker auspresst. Aber diese Rendite ist völlig im Keller. Man müsste eigentlich den Antrag stellen von CHF 2 Mio. Wir machen das nun nicht, um die Sitzung nicht zu verlängern. Überlegt Euch bitte: Wenn die SVP den Antrag stellt, wird er immer abgelehnt. Hintendrein geht es dann plötzlich, die CHF 960'000.00, ihr mögt euch alle erinnern, wir hatten einen solchen Antrag, noch etwas mehr, wurde abgelehnt. Plötzlich geht es. Ich möchte den Gemeinderat auffordern, führt die Firma endlich, nehmt sie in die Hand und möchte euch höflich bitten, dem Antrag der FDP zuzustimmen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich möchte auf zwei Sachen hinweisen. Das Gas ist in dem Sinn kein Monopol, weil sie auf einen anderen Heizträger ausweichen können und aus dem Grund nicht als Monopolbetrieb betrachtet werden kann. Bei der Elektrizität ist es effektiv so. Denken Sie aber daran, dass ein Geschäftsabschluss entscheidend ist auf die Dividendenauszahlung, der muss ja vorliegen. Der Verwaltungsrat macht einen Vorschlag zu Händen der GV und die GV beschliesst dann darüber. Wenn wir unserer Gesellschaft den Auftrag geben, CHF 1 Mio. als Dividende, die wir herausziehen möchten, wird das wahrscheinlich einen direkten Einfluss haben auf die Tarifgestaltung dieses Betriebes. Das müssen wir uns klar sein. Wir können nicht auf der einen Seite verlangen, wir hätten zu hohe Strompreise und auf der anderen Seite mit dem Hut, das ist, in dem Fall der Einwohnerrat,

möglichst viel Geld herauszieht. Damit müsst Ihr einfach umgehen können und entsprechend bereit sein. Wegen der Bewertung ist es so, dass nicht die Dividende, die wir herausholen entscheidend ist für die Bewertung, sondern was schlussendlich für Kapitalien drinnen sind. Selbstverständlich bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen und die budgetierten CHF 800'000.00 stehen zu lassen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir haben die höchsten Strompreise weit und breit. Also darf man auch erwarten, dass eine anständige Dividende herauschaut. Wenn wir die tiefsten Strompreise hätten, wären wir auch einverstanden, dass diese Dividende bescheiden ist.

## Abstimmung

Der Antrag

*Der Betrag der Dividende der IB Wohlen AG soll von CHF 800'000.00 auf CHF 1 Mio. erhöht werden*

wird mit 17 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen, mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

## Seite 106, Konto 620506.02 Anschaffung Parkuhren

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir stellen nicht einfach einen Antrag, wir haben das Konzept gesehen, das der Gemeinderat uns zugestellt hat. Uns interessieren zwei Fragen.

1. Gibt es, wenn man für die CHF 120'000.00 die Parkuhren ersetzt hat, mehr Parkfelder? Wie viele Parkfelder gibt es nachher? Wie viele Parkfelder gibt es jetzt, wo Gebühren verlangt werden?
2. Werden mehr Gebühren verlangt, wenn man die 120 Parkuhren angeschafft und in Betrieb genommen hat? Wir haben gesehen, dass der Stundensatz derselbe ist mit CHF 0.70.--, der ergibt sich aus dem Reglement.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Es gibt eine Anpassung im Chilegässli und bei der Steingasse. Der Gemeinderat hat das beschlossen, weil das Chilegässli bis jetzt gratis war und die obere Zentralstrasse bezahlt werden musste. Bei der Steingasse hat es sehr viele Dauerparkierer und das ist der Grund, weshalb man das auch bewirtschaften möchte. Zudem ist bei der Bahnhofstrasse sicher auch die Aufhebung der einzelnen gelben Felder passiert. Auch dort wird die Möglichkeit bestehen, diese Parkfelder zu bewirtschaften.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die Frage ist teilweise beantwortet. Wir wissen nicht, wie viele zusätzliche Parkplätze es geben wird. Es sind ja zwei Strassenzüge und an der Bahnhofstrasse, ebenfalls zwei bis drei Parkplätze. Es sind so viele, dass wir in dem Fall den Antrag stellen müssen, dass der Posten auf CHF 0.00 gesetzt wird statt CHF 120'000.00. Wir haben das letzte Mal bei der Vorlage, die der Einwohnerrat abgelehnt hat, klar gesagt, dass wir den reinen Ersatz der alten Parkuhren unterstützen würden, aber jegliche Gebührenerhöhung, wenn es mehr Parkfelder gibt, ablehnen. Wir sind sogar ein wenig im Zweifel, ob der Gemeinderat neue Parkfelder einfach so als gebührenpflichtig erklären darf. Ich möchte hier aber nicht den Krieg auslösen. Wir sagen klar, dass wir keine neuen Parkgebühren wollen und diese Vorlage bringt neue gebührenpflichtige Parkplätze. Deshalb müssen wir den Antrag auf CHF 0.00 statt CHF 120'000.00 stellen.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Es gibt für die Parkuhren vom Hersteller keine Ersatzteile mehr, der Service wurde ebenfalls eingestellt. Defekte an noch funktionierenden Parkuhren werden zurzeit durch die Regionalpolizei mit Ersatzteilen von ausgemusterten Parkuh-

ren repariert. Bis Ende Jahr sind auch diese Ersatzteile aufgebraucht. Dann können defekte Parkuhren nicht mehr repariert werden. Der Ersatz der Parkuhren ist absolut notwendig. Damit die Bewirtschaftung im Zentrum und damit auch Ordnung bei den Parkplätzen im Zentrum erreicht werden kann, kann der Ersatz der Parkuhren nicht auf das Parkraumkonzept warten. Wie bereits erwähnt, will der Gemeinderat mit einer Anpassung beim Chilegässli eine Gleichstellung mit der Zentralstrasse erreichen, auch die Argumentation der Steingasse habe ich bereits gesagt. Wir sprechen hier über Einnahmen für die Gemeinde. Parkplätze sind nie gratis, auch die werden von den Steuerzahlenden bezahlt. Wo sollen, wenn nicht auf Parkplätzen im Zentrum, diese Einnahmen generiert werden. Ich bitte sie, den Betrag für den Ersatz der Parkuhren im Zentrum im Budget zu belassen.

## Abstimmung

Der Antrag

*Budgetposten 620506.02: Neu CHF 0.00 statt CHF 120'000.00*

wird mit 7 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

### Seite 106, Konto 620.506.01 Fahrzeuge

Lanz Christian, SVP: Hier handelt es sich um die Anschaffung eines neuen Lastwagens mit Kran für unseren Werkhof. Ich stelle keinen Antrag. Wir möchten anfragen, da es ja keinen Bericht und Antrag braucht, wie das Fahrzeug gekauft wird.

Wie wird bei diesem Kauf vorgegangen? Wird das Fahrzeug ausgeschrieben, was für Anforderungen werden gestellt? Grösse, Leistung, Partikelfilter, evtl. Zubehör und so weiter? Mit einer klaren abschliessenden Auflistung kann eine Alibiübung wie mit dem Traktor vermieden werden und mit dem eventuell eingesparten Geld keine neue Anschaffung im Hintertürchen getätigt werden.

Wir bitten den zuständigen Gemeinderat uns ausführlich zu informieren

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat schafft nicht Fahrzeuge durchs Hintertürchen an. Die Diskussion, die wir geführt hatten, müssen wir nicht mehr führen. Es ist eine operative Aufgabe, das Fahrzeug anzuschaffen. Der Bauverwalter hat nun den ganzen Abend zugehört, ich weiss nicht, ob er dazu noch etwas detaillierter Auskunft geben kann. Aber man kann sicher davon ausgehen, dass wie bei allen anderen in letzter Zeit angeschafften Fahrzeugen, das auch ausgeschrieben wird. Wenn man einen Lastwagen anschafft, marschiert man nicht einfach in eine Garage und sagt, den kauf ich. Es ist nicht der erste Lastwagen, den die Gemeinde Wohlen kauft, sondern sie hat ein altes Gerät und das muss ersetzt werden.

Handler Marcel, Bauverwalter: Der Fahrzeugeinsatz ist eigentlich beschrieben. Wir möchten das bestehende Fahrzeug ersetzen. Wir haben jetzt auch Vorschläge, welche Marken berücksichtigt werden können. Es werden verschiedene Offerten geprüft. Der eine Teil ist dann auch noch der Kran der dazu gehört, CHF 60'000.00 und das Fahrzeug CHF 230'000.00.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wiederum im Namen der SVP-Fraktion zwei Anträge:

Beim Kultursekretariat 0.0 Stellen Anwachs.  
Bei der Bauverwaltung minus 2.2 Stellen.

Begründung: Beim Kultursekretariat verzichte ich auf eine Begründung, da haben wir vorhin bereits diskutiert. Bei der Bauverwaltung haben wir beste Erfahrungen gemacht mit dem Auslagern an eine regionale Bauverwaltung und man hat Stellen für die Grossprojekte Niedermatten, HPS, usw., aufgebaut und man hat auch gesagt, die würden wieder abgebaut werden. Deshalb sollte das der Einwohnerrat beschliessen. Ich danke, wenn jemand anders auch einmal einen Antrag zum Sparen unterstützen würde.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich spreche zur Bauverwaltung, Ruedi Donat wird zum Kultursekretariat sprechen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Wenn festgestellt wird, dass die regionale Bauverwaltung gut arbeitet, ist das sehr schön. Aber nach wie vor ist der erste Ansprechpartner der Bauverwalter und ich kann Ihnen sagen, man hat hier aus der Not eine Tugend gemacht, es ist gut gelaufen. Aber wir haben mehrere Baugesuche und auch andere Tätigkeiten, die noch schneller bewältigt werden sollten. Wir haben hier unter uns den Einwohnerrat Geissmann, der sehnlichst wartet, dass er eine Bewilligung erhält. Herr Gallati, wenn Sie eine Gemeinde entwickeln wollen, müssen sie vor allem in der Bauverwaltung versuchen, so schnell als möglich zu sein. Weil Leute, die bauen wollen, so schnell wie möglich eine Baubewilligung wollen. Wenn sie davon ausgehen, dass wir das nächste Jahr mit dem Bau der Wagenrainstrasse beginnen wollen, und es nachher auch Leute hat, die bauen wollen, kommt eine grosse Menge Baubewilligungen auf die Gemeinde zu. Das ist ein Punkt, der unterdotiert ist.

Der zweite Punkt hat auch mit dem effizientem Umgang mit den finanziellen Mitteln zu tun: Immobilienmanagement. Wir wissen, dass wir ein Portefeuille von rund CHF 220 Mio. haben. Sie haben auch darum gebeten, dass wir das machen. Man hat alles erhoben und wenn man Geld sparen will, muss man auch Liegenschaften unterhalten und pflegen. Das ist ein völliger Trugschluss, was vorhin gesagt wurde mit Niedermatten, usw. Die Welt dreht sich weiter und wir haben sehr vieles im Immobiliensektor, das gemacht werden muss. Sie werden es im Finanzplan sehen, sie sehen es auch bereits im jetzigen Finanzplan. Wir haben Schulhäuser, die gemacht werden müssen und Fragen im Zusammenhang mit der Schulraumplanung, die noch unbeantwortet sind. Das ist ein grosser Haufen Arbeit, der auf die Bauverwaltung wartet. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Das meiste habe ich bereits gesagt. Ich bitte Sie, den 20 Stellenprozenten für das Kultursekretariat zuzustimmen. Ich habe auch das gehört, was Benno Kohli betreffend Standortmarketing gesagt hat. Ebenfalls das, was von Seiten der SP gesagt wurde, dass wir Wohlen als Kulturstadt fördern können und so Standortmarketing machen können. Das ist ein Beitrag an Standortmarketing.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Zwei Bemerkungen zum Votum des Herrn Gemeindeammanns. Wir haben nicht gesagt, man soll weniger arbeiten. Wir haben gesagt, man soll mehr auf Externe abstellen, wenn man die 2.2 Stellen streicht. Das ist etwas anderes. Die Schwergewichte in der Bauverwaltung und im Gemeinderat werden sehr selektiv gelegt, wenn man z.B. an die Behandlung der Motion „Aufhebung der Ausnutzungsziffer“ denkt. Im Kern geht das dort viel weniger schnell vorwärts als andere Sachen.

Zweitens würde es uns auch freuen, wenn die Baugesuche an der Bahnhofstrasse genauso schnell behandelt würden wie das Baugesuch von Armin Geissmann. Wir verlangen an sich nur eine Gleichbehandlung aller, auch an der Bahnhofstrasse. Das meinen wir sehr ernst.

### **Abstimmung Kultursekretariat**

Der Antrag

*Keine Erhöhung der Stellenprozente beim Kultursekretariat*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

### **Abstimmung Bauverwaltung**

Der Antrag

*Reduktion um 2.2 Stellen*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

### **Seite 116, Steuerfuss**

Balazs Dimitri, SP: Wie bereits angekündigt, stellen wir den Antrag, den Steuerfuss auf einen vernünftigen Satz von 115 % anzuheben. Begründet habe ich das bereits. Auch der Gemeinderat hat die Einsicht gefunden, dass 113 % sehr knapp seien. Wie ich jetzt gesehen habe mit den Anträgen, wurden die wenigsten Sparanträge angenommen. Deshalb bitte ich insbesondere auch die CVP, in diesem Jahr den 115 % zuzustimmen. Vielleicht gibt es auch bei der FDP Vereinzelte. Vielen Dank für die Unterstützung unseres Antrages.

Duschén Andrea, FDP: Ich stelle den Antrag auf die andere Seite. Auch ich habe das bereits angekündigt. Wir möchten den Steuerfuss senken und zwar auf 111 %. Ich habe es bereits gesagt, so wenig Steuern wie möglich, aber soviel wie notwendig, damit wir arbeiten können. Ich weiss, 111 % und 113 % sind nicht weit voneinander weg. Es ist Kosmetik, aber auch Kosmetik kann schön sein. Wir sind der Meinung, im Budget hätte es noch Reserven, aber wir sehen auch, dass nicht beeinflussbare Belastungen zugenommen haben und in den nächsten Jahren grosse Investitionen auf uns zukommen.

Kohli Benno, FDP: Es tut mir leid, diese Kosmetik der SP mit 2 % nach oben – Ihr widersprecht euch selber. Das bringt nichts. So wie ihr heute votiert habt und euch das ganze Jahr verhält, müsst ihr mindestens 10 % nach oben. Seid so ehrlich, steht dazu. Sagt was ihr wollt und dass es nach oben gehen muss. Mit 2 % nach oben ist das nicht finanzierbar, was ihr wollt. Zu meinen Kollegen, muss ich ehrlicherweise sagen, bin ich auch nicht dafür, denn 2 % ist Kosmetik. Ich stehe nicht auf Kosmetik, weder in der Architektur noch in der Politik. Meines Erachtens ist das keine richtige Steuersenkung. Wenn wir bei 109% wären, wäre das von mir her gesehen eine Steuerfussenkung, die Sinn machen würde und die ich auch unterstützen könnte. Was wir hier machen bringt nichts, so kann ich keinen diesen Anträge, ausser eine radikale Steuerfussenkung, unterstützen.

Geissmann Thomas, FDP: Worüber diskutieren wir überhaupt? Schlussendlich um Geld. Geld heisst Handlungsspielraum. Alle Elternteile wissen das, sie geben dem Kind Sackgeld und je nach dessen Höhe hat man diesen Handlungsspielraum. Die Freisinnigen sind der Meinung, dass der Handlungsspielraum für das Individuum möglichst gross sein muss. Von da her ist eine Steuerfussreduktion anzustreben. Auf der anderen Seite darf man aber den Handlungsspielraum der Gemeinschaft, des Staates, nicht soweit einschränken, dass nichts

mehr möglich ist. Natürlich ist es nicht sehr sexy, wenn man nicht mehr machen kann als die 2 %. Aber es ist auch Vernunft. Vernunft heisst, dass man das macht, was möglich ist und nicht einfach Polemik betreibt, z.B. mit 99 %. Wir wissen genau, und auch jeder einzelne der SVP weiss, dass das gar nicht möglich ist und es in einem Fiasko enden würde. Deshalb sage ich immer: Könnt ihr überhaupt wollen, was ihr verlangt? Das wage ich zu bezweifeln. Deshalb ist die Steuerfussreduktion um 2 % ganz klar Vernunft innerhalb der Möglichkeiten und deshalb versuche ich auch, die CVP zu animieren, hier mitzuhelfen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Gestern hat uns der Einwohnerrat Geissmann noch gelobt, heute ist das bereits nicht mehr der Fall. Schade. Wir sind geistig noch gesund von der SVP und stehen jederzeit für entsprechende Untersuchungen bereit.

Wir haben die 99 % in der Wahlwerbung dem Volk versprochen. Das ist unser Ziel, wir haben das auch beschlossen. Ich wiederhole: Wenn wir 99 % beschlossen hätten in den Jahren 2004 bis 2010, hätte es jedes Jahr einen Überschuss gegeben. Was daran so dumm ist, verstehe ich nicht. Ich finde es billige Polemik der FDP, wenn sie Märchen erzählt, die SVP komme hinten und vorne nicht draus. Das ist der Spielraum, den wir haben, wir schöpfen diesen nun eher gegen unten aus. Die FDP trägt hier und auch im Gemeinderat seit Jahren eine linke Hochsteuerpolitik mit.

Roeleven Corina, CVP: Ich möchte zeigen, dass die CVP noch nicht schlafen gegangen ist und auch gedanklich noch voll da ist. Ich möchte zwei Sachen sagen:

Wir haben nun über das Budget debattiert, sind Punkt für Punkt durchgegangen und ich glaube keine einzige Kürzung wurde angenommen. Das Budget basiert auf einem Steuerfuss von 113 %. Wie kann man nun von 99 % sprechen? Wie kann man ehrlicherweise von 2 % weniger sprechen? So schön der Wink auch wäre, dass wir endlich den Steuerfuss mal senken könnten und so sehr es auch das Ziel der CVP ist, mittel- bis langfristig mit den Steuern zurückzugehen. Aber was wichtig ist, ist nicht der Steuerfuss alleine. Das sind ganz andere Softfaktoren, die eine Rolle spielen. Es gibt unzählige Umfragen und Untersuchungen, die das zeigen. Eine neuste hat die ZHAW in Winterthur herausgegeben, die sagt, dass die Steuerfusshöhe nebensächlich ist für einen Entscheid, ob man in eine Gemeinde zieht oder nicht, ob eine Unternehmung herzieht oder nicht. Zumal die nicht vom Wohler Steuerfuss profitieren würde. Wohnraum, Bauland, Schulen, Wohnkosten und Baulandpreise, die in einem vernünftigen Mass sind, Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstandort – all das sind Sachen, die zählen. Was wir in Wohlen falsch machen, dass wir einen schlechten Ruf generieren, der weit über die Wohler Grenze hinausgeht, und zwar auch ins 25 Minuten entfernte Zürich, und deshalb nicht mehr Steuerzahler anlocken, dass wir nicht Qualität bieten wollen. Wir haben breite Strassen auf denen noch breitere Lastwagen fahren, wir haben kein schönes Dorfzentrum. Wir brauchen die Steuergelder, damit wir diesen negativen Punkten entgegenwirken können. Deshalb bitte ich sehr, dass wir beim Steuerfuss 113 % bleiben.

## **Abstimmung**

Die Anträge der SP (115 %), der FDP (111 %) und der SVP (99 %) werden einander gegenübergestellt. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus.

Antrag SP: Steuerfuss 115 %: 10 Stimmen

Antrag FDP: Steuerfuss 111 %: 7 Stimmen

Antrag SVP: Steuerfuss 99 %: 12 Stimmen

Enthaltungen: 7 Stimmen

*Der Antrag der FDP (111 %) scheidet aus, somit werden die Anträge der SP (115 %) und der SVP (99 %) einander gegenübergestellt.*

Antrag SP: Steuerfuss 115 %:10 Stimmen

Antrag SVP: Steuerfuss 99 %: 12 Stimmen

Enthaltungen: 14 Stimmen

*Der Antrag der SP (115 %) scheidet somit aus und der Antrag der SVP (99 %) wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt.*

Antrag Gemeinderat: Steuerfuss 113 %: 24 Stimmen

Antrag SVP: Steuerfuss 99 %: 12 Stimmen

### **Abstimmung**

Der Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Wohlen mit einem Steuerfuss von 113% wird mit 24 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen angenommen.

Keller Anna, GPK: Unser Gemeindehaus ist nicht dicht. Die GPK konnte vor Ort die tropfenden Stellen besichtigen, denen im Moment mit der Zwei-Kübel-Strategie zu Leibe gerückt wird. In den einen tropft es, der zweite ist Reserve, wenn der erste voll ist.

Das Hauptproblem ist, dass niemand weiss, wo das Leck im Dach ist. Trotz Kontrolle der Dachfolie und einer Leckortung konnten die schadhaften Stellen nicht gefunden werden. Es tropft nicht bei Regen, sondern einige Tage später, d.h. das Wasser dringt irgendwo ein, nässt die Isolation, die deshalb auch nicht mehr isoliert, läuft Rohren entlang und tropft dann in der Finanz- und Steuerverwaltung in die Zimmer.

Nun wissen wir, dass unser Gemeindehaus sanierungsbedürftig ist. Doch werden andere Sanierungen wie Badi, Eisbahn vom Gemeinderat als vordringlicher angesehen und das Gemeindehaus soll erst zu einem späteren Zeitpunkt saniert, aufgestockt, angebaut oder ersetzt werden.

Das Gemeindehaus wird also die nächsten Jahre noch so bleiben, deshalb soll das Flachdach gesamthaft erneuert werden und möglichst lange keine Reparaturen nötig haben. Das Bauamt hat zwar Variante 2 (siehe Vorlage) aus Spargründen, nicht aus fachlicher Sicht, vorgeschlagen. Doch dabei besteht keine Gewissheit auf Erfolg.

Falls es weiterhin hineintropft und der Rest des Daches in einem zweiten Schritt saniert werden muss, wird es teurer, als die vom Gemeinderat vorgeschlagene Gesamtsanierung für CHF 130'000.00.

Zudem ist bei einer Teilsanierung das Erfolgsrisiko bei der Gemeinde. Bei einer Gesamtsanierung gilt eine 10jährige Garantiefrist des Unternehmers.

Auch der Vorschlag von WIFE Geissmann war der GPK bekannt, wurde auch geprüft, aber als ungenügend verworfen. Er hätte auch wie andere Unternehmer an der Submission teilnehmen können, hat dies jedoch unterlassen.

Die nasse Wärmedämmung wird durch eine neue ersetzt, da es sehr schwierig ist, eine nasse Dämmung wieder trocken zu bekommen. Es gibt heute Produkte die bei gleicher Dicke mindestens 30 % besser dämmen.

Für die neue, bessere Isolation wurde diese Woche noch ein Gesuch für Fördergelder bei Gebäudesanierungen beim Bund eingereicht. Falls dieses akzeptiert wird, erhält Wohlen CHF 20'000.00 Subventionen.

In der GPK wurde auch die Frage einer extensiven Begrünung des Daches gestellt. Diese Daten wurden jetzt von der Bauverwaltung noch nachgeliefert. Die Kosten wären rund CHF 70'000.00 höher. Darin enthalten wären die Extensivbegrünung, das Ersetzen des Dachrandes, neue Lichtkuppeln, neue Ventilatoren und noch bessere Wärmedämmung.

Eine sofortige Behebung des jetzigen Zustandes wird von allen GPK-Mitgliedern als notwendig erachtet. Doch wird von einigen bemängelt, dass noch kein Gesamtkonzept über die künftige Nutzung des Gemeindehauses besteht. So weiss niemand, ob z.B. eine Aufstockung mit einem herkömmlichen Dach möglich und sinnvoll wäre. Doch hat der Bauver-

walter darauf hingewiesen, dass eine Aufstockung erheblich grössere Investitionen bedeuten würde.

Eine Projektstudie über den Umbau und die Erneuerung des Gemeindehauses wurde zwar erst kürzlich erstellt, doch muss diese vom Gemeinderat erst noch umfassend studiert werden und das weitere Vorgehen ist erst noch festzulegen.

Die GPK hat schliesslich dem Nachtragskredit mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ganz herzlichen Dank an Anna Keller für ihre Ausführungen. Es liegt uns wirklich am Herz, dass wir das heute noch behandeln können.

Ich habe nicht mehr viel beizufügen. Ausser vielleicht im gesamten Geschäft den Hergang der letzten paar Wochen. Wir hatten das Projekt in der Baukommission und sind damit an die GPK gelangt. An beiden Orten gab es zusätzliche Fragen, die wir abgeklärt haben. Anna Keller hat das bereits erwähnt. Es besteht die Problematik, dass eine extensive Begrünung zwar das Klima eindeutig verbessern würde und man zudem eine höhere Wärmedämmung erreichen könnte, andererseits kämen wir um grosse Anpassungen an diesem Dach nicht herum, womit wir zu Mehrkosten von rund CHF 70'000.00 kämen. Wir sprechen dann also CHF 200'000.00 anstelle von CHF 130'000.00. Der Gemeinderat ist sparsam, macht seine Hausaufgaben und schlägt deshalb vor, dass wir versuchen, das Flachdach jetzt so zu sanieren, dass es die nächsten 10-15 Jahre sicher wieder hält. Denn wie die genaue Terminierung all dieser Investitionsvorhaben ist, können wir im Moment noch nicht sagen. Das werden wir Ihnen mit dem Finanzplan vorlegen. Wir gehen aber davon aus, das ist eine politische Einschätzung, dass sicher das Gemeindehaus nicht das erste sein wird, was wir in nächster Zeit machen werden, wenn es um Investitionen geht. Ich denke an eine Badi, an eine Kunsteisbahn oder an Schulen. Wir müssen froh sein, wenn wir auf diese Art und Weise, das Haus relativ kostengünstig noch ein paar Jahre nutzen können. In diesem Sinne bitte ich sie, unseren Antrag zu bewilligen. Falls sie Fragen haben, sind unsere Fachleute der Bauverwaltung noch anwesend.

## Fraktionsmeinungen

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP würde einer Teilsanierung niemals zustimmen. Bei Flachdächern ist es so, dass es zwei Sorten gibt: Diejenigen die nicht dicht sind und diejenigen die bald nicht mehr dicht sind. Wir sind ganz klar für eine Komplettsanierung. Wir gehen auch davon aus, dass dadurch der Wunsch, der vermutlich im Gemeinderat herrscht, ein neues Gemeindehaus zu bauen, hinausgezögert werden kann. Ich habe soeben zur Kenntnis genommen, dass das Gemeindehaus die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre wieder reichen sollte. Wir wissen auch, dass die Repol demnächst ausziehen wird und es wieder freie Räume geben wird. Wir sind grossmehrheitlich für eine Komplettsanierung.

Manimanakis Corinne, SP: Es ist wieder fünf vor zwölf. Es tropft bereits hinein. Wie wir von Urs Kuhn gehört haben, werden noch andere Sanierungen anstehen. Deshalb sind wir auch dafür, dass das Flachdach ganz saniert wird, also Variante 3. Es ist wichtig, dass man das richtig macht und anschliessend zehn Jahre Ruhe hat. Dann wissen wir auch, in welche Richtung es mit dem Gemeindehaus geht. Wir stimmen dem Nachtragskredit zu.

Waeber Roger, CVP: Die CVP ist einstimmig für die Komplettsanierung. Es freut mich besonders, dass wir gleicher Meinung sind wie die SVP und das so zusammen durchziehen können.

Geissmann Thomas, FDP: Das wird ein würdiger Abschluss dieses Abends. FDP und Dorfteil Anglikon sind ebenfalls dafür. Ich glaube, wenn es um das persönliche Haus gehen würde, würde man dies nicht nochmals zu reparieren versuchen. Man würde es korrekt machen und deshalb sind wir ebenfalls für eine Komplettanierung.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Auch Freis Wohle ist für eine Komplettanierung des Flachdaches. Wir haben aber noch eine Frage. Es geht um die Lichtkuppel, wo man nun abgeklärt hat, wie viel die Kosten würde, wenn man diese machen würde. Kann ich dort noch den Betrag erfahren, wenn man zusätzlich die Lichtkuppel machen würde, weil diese wesentlich besser isoliert sind und vielleicht noch eine Gegenüberstellung zur bestehenden Lichtkuppel. Weil wenn wir das machen, bin ich dafür, dass man die Lichtkuppel auch noch machen würde.

Urs Kuhn, Gemeinderat: Die Lichtkuppel würde ca. CHF 20'000.00 kosten, wenn man nur diese alleine machen würde.

Burkart Thomas, Grüne: Wir Grünen bevorzugen klar die Variante 3, Komplettanierung und hoffen, dass wir zu einem harmonischen Abschluss kommen, wenn alle für die Variante 3 sind.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich stelle den Antrag, dass man zusätzlich die Lichtkuppel macht und CHF 20'000.00 mehr in den Kredit nimmt.

### **Änderungsantrag**

Geissmann Armin, FDP: Ich habe noch drei fachtechnische Fragen. Wenn man sowieso eine Isolation aufs Dach macht, heisst das ganz klar, dass die Lichtkuppel erhöht werden muss, sonst regnet es hinein. Also ist das im gesamten Konzept so, dass die CHF 130'000.00 mit der Lichtkuppel drinnen sein müssten. Ich denke, da stimmt mir unser Bauverwalter zu. Die weitere Frage ist: Sind Dachränder und Dachaufbauten, das heisst die Abschürzungen, auch dort isoliert? Wir haben ja das Energiestadtlabel, worauf wir auch achten müssen. Das heisst, dass das teurer wird. Oder bringen wir das mit CHF 130'000.00 durch?

Handler Marcel, Bauverwalter: Die CHF 130'000.00 sind nur der Ersatz dessen, wie es heute ist. Es wurde gesagt, dass man durch die besseren Materialien eine Verbesserung erzielen kann. Aber die Lichtkuppeln sind CHF 20'000.00. Wenn man eine Erhöhung macht, kommt eines nach dem andern. Das sind die CHF 70'000.00, die bereits erwähnt wurden. Das heisst, man müsste CHF 70'000.00 einsetzen, um das ganze Dach im neuen Standard zu erreichen. Wir sind aber der Meinung, im Hinblick auch auf die Studie des Gemeindehauses, dass wir mit den CHF 130'000.00 fahren sollten. Deshalb wurde auch der Antrag so gestellt.

Geissmann Armin, FDP: Das heisst, die Lichtkuppeln sind dort nicht dabei, die guten und sauberen Abschlüsse auch nicht. Also isolationstechnisch nicht der Rahmen, den wir haben sollten. Stimmt das? Das ist also nur eine Notlösung, wo wir ja hier eine andere Offertenstruktur haben. Stimmt auch das?

Püntener Florian, Bereichsleiter Liegenschaften: Bei der Lichtkuppel ist es so, dass wir einen U-Wert der bestehenden von 1,6 haben. Dort ist mit dem Kredit nicht berücksichtigt, das zu verbessern. Neue Kuppeln wären 1,2 eines U-Wertes. Wenn man eine schnelle Überschlagsrechnung machen würde mit Solargewinn und Transmissionsverlust, ist es schlussendlich kein grosser Gewinn, den wir durch eine Erneuerung der Kuppel erreichen könnten. Daher erachten wir es als sinnvoll, dass man, wenn etwas kaputt geht bei der Kuppel, das nach und nach ersetzen würde. Vor allem aber, dass wir in der Fläche mit Isolation ar-

beiten und wir die besseren K-Werte erreichen. Das können wir mit einer neuen Wärmeisolation.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Wir haben eine Variante gut und eine Variante Deluxe. Wir haben uns für die Variante gut entschieden, weil sie wärmedämmungsmässig etwas bringt, weil wir dank den neuen Materialien damit rechnen, dass man sogar im Gebäudeprogramm die CHF 20'000.00 erhalten wird. Das ist das, was sinnvoll machbar ist. Alles Weitere haben wir als übermässig und übertrieben erachtet. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

### **Abstimmung Änderungsantrag**

Der Antrag

*Ersatz Lichtkuppel mit Kostenfolge von CHF 20'000.00*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

### **Abstimmung**

Der gemeinderätliche Antrag

*Es sei ein Nachtragskredit von CHF 130'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung für die Erneuerung Flachdach Gemeindehaus zu bewilligen.*

wird mit 34 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen genehmigt.

Perroud Arsène, Präsident: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung, ich bedanke mich ganz herzlich für die konstruktive Mitarbeit.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am 15. November 2010 statt. Ich wünsche Ihnen bis dahin eine gute Zeit und freue mich, sie dann wieder begrüßen zu dürfen.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

**Für das Protokoll**



Perroud Arsène, Präsident



Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.